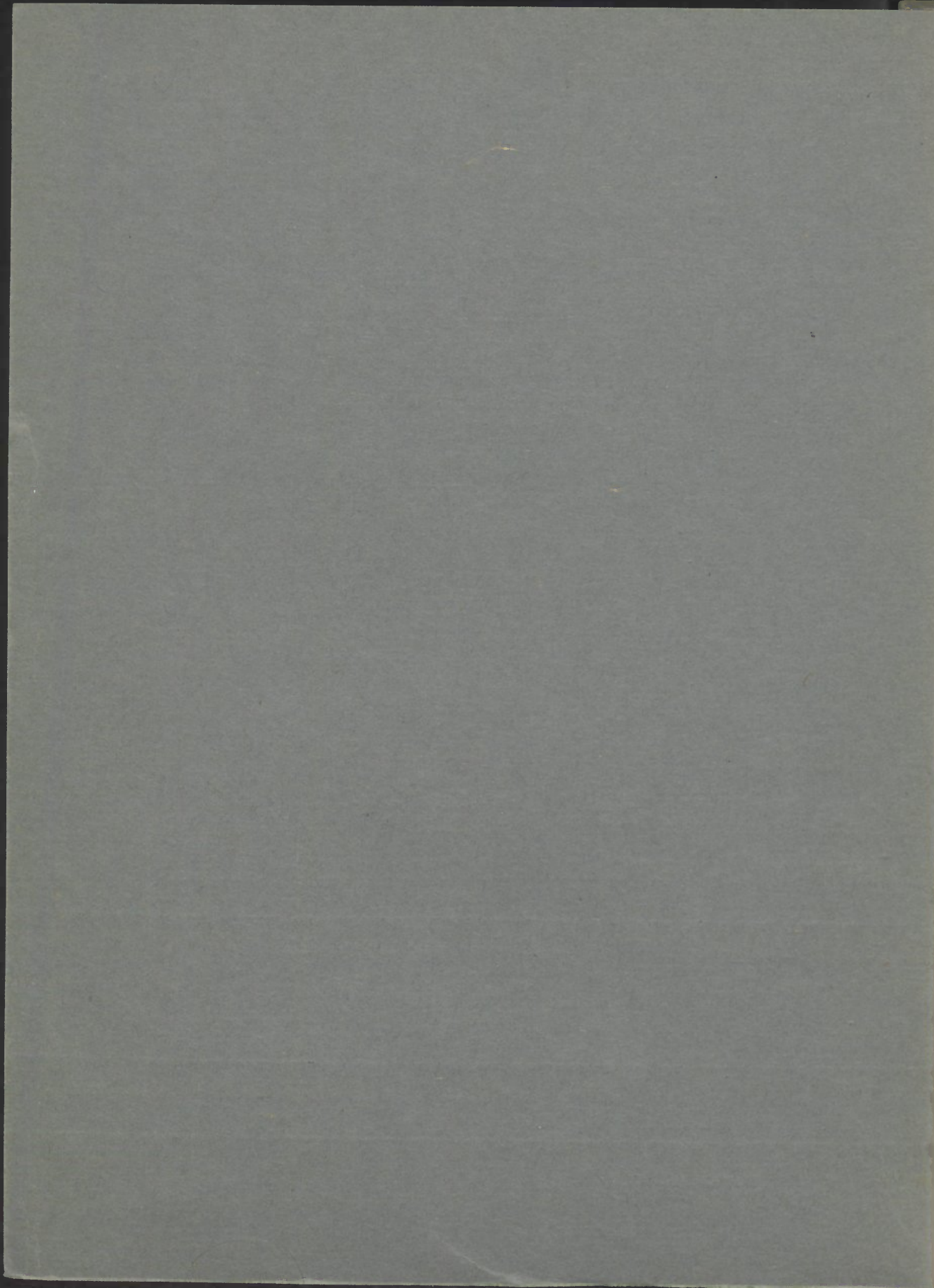


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

C 2386



Denkschrift

betreffend

die Einführung der altländischen direkten Steuern

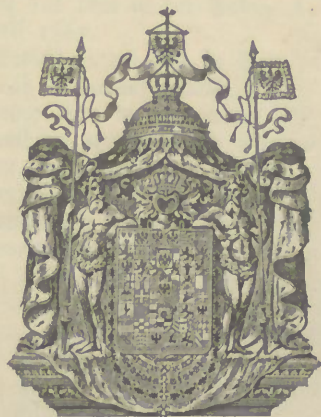
in den

durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866

mit der preussischen Monarchie vereinigten Landestheilen.



9332



Berlin, 1867.

Gedruckt in der Königl. Staatsdruckerei.



In Betreff der durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 mit der preußischen Monarchie vereinigten Landestheile ist mittelst der Allerhöchsten Verordnungen,

1. vom 28. April 1867 für das Gebiet des vormaligen Königreichs Hannover (Gesetzsammlung, Seite 533),
 2. vom 28. April 1867 für das Gebiet des vormaligen Kurfürstenthums Hessen (Gesetzsammlung, Seite 538),
 3. vom 28. April 1867 für das Gebiet der Herzogthümer Schleswig und Holstein (Gesetzsammlung, Seite 543),
 4. vom 11. Mai 1867 für das Gebiet der zum Regierungsbezirk Wiesbaden vereinigten Landestheile und des vormalig großherzoglich hessischen Kreises Wöhl mit Einschluß der Enklaven Eimelrod und Höringhausen (Gesetzsammlung, Seite 593),
 5. vom 22. Mai 1867 für die vormalig bayerische Enklave Kaulsdorf (Gesetzsammlung, Seite 729),
 6. vom 4. Juni 1867 für das Gebiet des vormalig landgräfllich hessen-homburgischen Oberamtsbezirks Meisenheim (Gesetzsammlung, Seite 761),
 7. vom 24. Juni 1867 für die vormalig bayerischen Gebietstheile, Bezirksamt Versfeld und Landgerichtsbezirk Orb ohne Aura, (Gesetzsammlung, Seite 842),
- die Einführung der preussischen Gesetzgebung über die direkten Steuern, und zwar vom 1. Juli 1867 ab, angeordnet worden.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, welche für den Erlaß der fraglichen Verordnungen maßgebend gewesen sind, ergeben sich aus dem in der Anlage A. beigefügten Immediatberichte des Staatsministeriums vom 27. April 1867.

Im Anschluß an diesen Bericht findet sich in Betreff der Grundsteuer von den Liegenschaften nur noch zu bemerken, daß es darauf ankam, hinsichtlich derselben bis zu dem Zeitpunkt ihrer anderweiten Regulirung nach dem vorbehaltenen Gesetz ein angemessenes Provisorium herzustellen, um die neuen Landestheile auch in dieser Beziehung mit den altländischen Provinzen auf einen gleichen Fuß zu stellen, dergestalt, daß sie schon vom 1. Juli 1867 ab im Großen und Ganzen an Grundsteuer überhaupt nicht mehr zu entrichten hätten, als sie voraussichtlich bei der späteren definitiven Umgestaltung der Grundsteuer zu übernehmen haben würden. Um dies zu erreichen, sind die neu erworbenen Landestheile einzeln mit solchen Theilen der altländischen Provinzen verglichen worden, mit welchen sie nach Boden-, klimatischen und Verkehrsverhältnissen, nach der Dichtigkeit der Bevölkerung, nach der Größe des Viehstandes u. s. w. annähernd gleichgestellt werden können, indem dabei von der Voraussetzung ausgegangen wurde, daß, sofern bezüglich aller dieser, auf den Ertrag des Grund und Bodens einen vorzugsweise entscheidenden Einfluß übenden Verhältnisse annähernde Uebereinstimmung zwischen den verglichenen Gebietstheilen herrsche, auch die Höhe der Belastung des Grund und Bodens durch die Grundsteuer eine annähernd gleiche sein müsse. Auf Grund der dieserhalb stattgefundenen Ermittlungen, hinsichtlich deren die Einzelheiten in der nachfolgenden Auseinandersetzung mitgetheilt sind, hat für den überwiegenden Theil der neuen Erwerbungen durch die ergangenen Allerhöchsten Verordnungen die bis dahin gesetzlich bestandene Grundsteuer mehr oder weniger ermäßigt werden müssen.

Die Ausführung der Allerhöchsten Verordnungen selbst hat unter Mitwirkung von altpreußischen, mit dem Wesen der preussischen Steuergesetzgebung und deren praktischer Handhabung vertrauten Beamten als Ministerialkommissarien, denen insbesondere oblag, die Gleichmäßigkeit in der

Anwendung der Besteuerungsgrundsätze sicher zu stellen und zu diesem Behuf das Veranlagungsverfahren selbst zu begleiten und zu überwachen, der Hauptsache nach einen durchaus regelmäßigen Verlauf genommen. Auf Grund der ihnen für jede Steuerart erteilten Spezialanweisungen haben sich die zur Theilnahme und Mitwirkung berufenen Organe, sowohl die dem Beamtenstande Angehörigen, als die aus der Zahl der Steuerpflichtigen selbst hervorgegangenen Kommissionen fast durchgängig die prompte und gute Förderung der Veranlagungsarbeiten mit Umsicht und Eifer angelegen sein lassen.

Nur für verhältnismäßig wenige Veranlagungsbezirke, in welchen bezüglich einzelner Steuerarten das befolgte unrichtige Verfahren zu ganz verfehlten Resultaten geführt hatte, mußten zur Herstellung der erforderlichen Gleichmäßigkeit durchgreifende Veränderungen in den Vorarbeiten herbeigeführt werden. Im Uebrigen hat sich die leitende Instanz einer ins Materielle eingreifenden Thätigkeit fast ganz enthalten und darauf beschränken können, die von den Kommissionen vorge schlagenen Steuerätze der Mehrzahl nach unverändert festzustellen und Abänderungen nur da eintreten zu lassen, wo materielle Irrthümer oder offenbare Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften klar zu Tage lagen.

Daß bei der Eigenthümlichkeit der maßgebenden Verhältnisse und der Neuheit der Sache im Einzelnen mannichfache Verstöße und unrichtige Veranlagungen vorgekommen und in der Revisionsinstanz unbemerkt geblieben sein mögen, ist zuzugeben; übrigens auch ungeachtet aller, dem Veranlagungswert zugewendeten Sorgfalt nicht zu vermeiden gewesen. Solche Fehler und Ueberbürdungen werden in dem gesetzlichen Reklamations- und Rekursverfahren jedenfalls die erforderliche Abhülfe finden. Im Großen und Ganzen lassen aber die vorliegenden Veranlagungsergebnisse, wie die weiter unten angestellten Vergleiche des Näheren darthun werden, mit ausreichender Sicherheit erkennen, daß die neu erworbenen Landestheile bezüglich der von ihnen aufzubringenden Steuern im Wesentlichen überall in das richtige Verhältniß zu den altländischen Provinzen gesetzt worden sind. Im Hinblick hierauf erschien es auch, wie durch den Allerhöchsten Erlaß vom 22. September 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 1644) angeordnet worden, zulässig, von einer anderweiten Veranlagung der Klassen-, klassifizirten Einkommen- und Gewerbesteuer in den ersteren für das Jahr 1868 Abstand zu nehmen. In der Anlage B. ist der Immediatbericht des Finanzministers vom 21. September 1867, auf welchen jener Erlaß ergangen, in den betreffenden Stellen abgedruckt.

Anlage B.

In den Denkschriften, welche zur Erläuterung der Allerhöchsten Verordnungen entworfen und seiner Zeit durch den Staatsanzeiger veröffentlicht worden sind, waren die von der Steueranlagung in den neuen Landestheilen zu erwartenden Ergebnisse nach den Materialien, wie sie damals beschafft werden konnten, ungefähr veranschlagt worden. Von diesen Voranschlägen weichen die thatsächlich erzielten Veranlagungsergebnisse insofern ab, als sie für mehrere der betreffenden Gebiete über die ersteren hinausgehen, für einige dahinter zurückbleiben. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Landestheile ist mithin damals theils unter-, theils überschätzt worden und der Grund hierfür wesentlich darin zu suchen, daß in den Unterlagen, welche für die Voranschläge zum Anhalt gedient hatten, die bezüglich der Verhältnisse theils nicht vollständig, theils nicht zutreffend mitgetheilt waren und erst jetzt ihre thatsächliche Berichtigung erfahren haben, wie in dem Nachfolgenden des Näheren nachgewiesen ist.

Die nunmehr folgende Darstellung enthält in den ersten sieben Abschnitten für jeden einzelnen der betreffenden Landestheile den erforderlichen Nachweis

1. in welcher Form und in welcher Höhe die bisherigen direkten Steuern veranlagt waren.
2. auf Grund welcher Erwägungen und Materialien das Maß der vorläufig und bis zur erfolgten anderweiten Regelung der Grundsteuer noch in Hebung zu belassenden bisherigen Grundsteuern von den Liegenschaften festgestellt worden ist,
3. wie sich die Ergebnisse der neuen Besteuerung, sowohl im Vergleich zu der bisherigen Besteuerung in den betreffenden Landestheilen, als im Vergleich zu der Besteuerung der altländischen Provinzen, gestalten.

Im achten Abschnitt ist demnächst für die Gesamtheit des Gebietszuwachses das Maß der bisherigen und der gegenwärtigen Besteuerung, der letzteren zugleich im Vergleich zu der Besteuerung der altländischen Provinzen des Näheren erläutert.

Bezüglich der Details der Belastung mit den direkten Steuern in den einzelnen Kreisen, Regierungsbezirken u., sowohl der altländischen Provinzen, als der neu erworbenen Landestheile, wird auf die umfassende „Uebersicht des Sollaufkommens an direkten Steuern für das Jahr 1867 und des Istaufkommens an Mahl- und Schlachtsteuer für das Jahr 1866“, welche den beiden

Häusern des Landtags der Monarchie gleichzeitig mit dieser Denkschrift vorgelegt worden ist, Bezug genommen. Die in dieser Uebersicht nachgewiesenen Zahlen sind, was die Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer, sowie die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer anbelangt, für die altländischen Provinzen einerseits und für die neuen Landestheile andererseits insofern nicht völlig gleichartige, als in den Letzteren das Reklamations- und Rekursverfahren noch nicht zum Abschluß gelangt ist und hierdurch für letztere voraussichtlich noch wesentliche Ermäßigungen in den nachgewiesenen Resultaten eintreten werden. Dem gegenüber kommt jedoch in Betracht, daß die Gewerbesteuer von denjenigen Gewerben, welche im Umherziehen betrieben werden, für die neu erworbenen Landestheile in die gedachte Uebersicht noch nicht hat aufgenommen werden können, weil die Unterlagen dafür seither noch nicht vollständig haben herbeigeschafft werden können. Es ist anzunehmen, daß der Betrag der Hausirgewerbesteuer den größeren Theil der Ausfälle, welche in Folge der Steuerermäßigung aus Veranlassung des Reklamations- und Rekursverfahrens zu erwarten stehen, zur Ausgleichung bringen werde.

I. Abschnitt.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein.

1. Bisherige Besteuerung.

Die bisherigen direkten Steuern und steuerartigen Abgaben in den Herzogthümern Schleswig und Holstein gehörten ihrem Ursprunge nach zum Theil einer mehrere Jahrhunderte zurückliegenden Vergangenheit an. Mit der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse und dem Steigen der Bedürfnisse des Staats waren den alten Abgaben nach und nach neuere hinzugekommen, jedoch ohne daß zu einer Beseitigung der ersteren oder zu einer durchgreifenden, den veränderten öffentlichen Verhältnissen entsprechenden Umbildung und Fortentwicklung des Steuerwesens geschritten worden wäre. So war es gekommen, daß bisher noch eine große Zahl von Steuern und steuerartigen Abgaben bestand, welche in buntem Gemische vorzugsweise auf dem Grundeigenthum haftend, die Steuerkraft des Einzelnen sehr ungleich belastete und den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entsprach.

Die bisherigen direkten Steuern, soweit dieselben als Staatssteuern im Sinne der altländischen Gesetzgebung anzusehen, waren folgende:

- A. die unter der Benennung „Kontribution“ bestehende Pflugschababgabe,
- B. die Magazin- und Fouragegelder,
- C. die Landsteuer,
- D. die Haussteuer,
- E. die Gewerberekognitionsgelder,
- F. die Nahrungssteuer,
- G. die Rangsteuer, endlich
- H. verschiedene in den Etats und Rechnungen unter den sogenannten stehenden Gefällen nachgewiesene Steuern und steuerartigen Abgaben.

Was zunächst

A. die unter der Benennung Kontribution bestehende Abgabe anbelangt, so ist dieselbe die einzige ältere allgemeine Grundsteuer, deren Repartitionsnorm die sogenannte ordinaire Pflugschab bildet. Bei der schon in den ältesten Zeiten erfolgten Ansetzung der Ländereien zur Pflugschab wurde lediglich das damals urbare Land in Anschlag gebracht, auf Heiden, Moore, Wälder und Seen aber keine Rücksicht genommen. Das Land war zu der Zeit, als diese Ansetzung geschah, nur in geringem Umfange vermessen, so daß die Pflugschab meistens nur auf Grund einer ungefähren Schätzung, beziehungsweise nach Ausfaat und Ertrag festgestellt werden konnte. Wo Vermessungen erfolgt waren, hatten dieselben auf nur annähernde Genauigkeit jedenfalls keinen Anspruch. Die bei der Bestimmung der Pflugschab wenigstens zum Theil mit in Betracht gezogene Bonität des Landes hat sich selbstverständlich durchaus geändert, wie dies z. B. bei den Marschen hervortritt, in denen früher wegen der Unsicherheit der Bedeckung das

höher belegene Land lediglich dieser Belegenheit wegen als besonders werthvoll angesehen wurde, während gegenwärtig nahezu das umgekehrte Verhältniß stattfindet.

Die Städte waren gleichwie die Landdistrikte im Allgemeinen der Kontribution unterworfen und entrichteten solche nach sogenannten Steinpflügen, deren Anzahl nach dem Umfange des Betriebs der bürgerlichen Nahrung oder demjenigen Kontingente bestimmt zu sein scheint, welches eine Stadt ohne Druck in's Feld stellen konnte.

Die ursprüngliche Pflugsehung hat im Wesentlichen unverändert fortbestanden, bis im Laufe des siebzehnten Jahrhunderts eine Revision derselben vorgenommen und durch die sogenannte renovirte Landesmatrikel vom 26. Mai 1652 zum Abschluß gebracht wurde. Nach dieser Matrikel enthalten beide Herzogthümer 18 654 Pflüge. Die Absicht dieser Revision ging jedoch nicht dahin, eine genaue und vollständige Ausgleichung der Pflugzahl vorzunehmen, sondern es sollte nur einzelnen Beschwerden über unverhältnißmäßige Belastung abgeholfen und die Pflugzahl derjenigen Gegenden herabgesetzt werden, von denen ein Theil des Landes ganz verloren gegangen oder werthlos geworden war.

Nach dieser Zeit hat eine allgemeine Regulirung der Pflugzahl unter Feststellung der Größe und der Bonität der Ländereien, beziehungsweise des Wohlstandes der Städte nicht wieder stattgefunden.

In Betreff der Höhe der Kontribution im Allgemeinen galt als Regel, daß in dem vormalig gottorfischen Antheile beider Herzogthümer 72 Mark (28,8 Thlr. preuß.), in dem allezeit königlichen Antheile mit Ausnahme der holsteinischen Marschen dieses Antheils 108 Mark (43,2 Thlr. preuß.), in letzteren 144 Mark (57,6 Thlr. preuß.), aus den Gütern und Klöstern in Holstein 108 Mark (43,2 Thlr. preuß.), in Schleswig 84 Mark (33,6 Thlr. preuß.) jährlich an Kontribution von jedem Pfluge zu entrichten waren.

Diese Sätze sind jedoch später vielfach abgeändert worden.

In mehreren Ämtern und Landschaften war die Abgabe der ursprünglich zu denselben gehörig gewesen Ländereien eine gleiche für einen Pflug, und Verschiedenheiten kamen nur vor bezüglich der von anderen Amts- oder Güterdistrikten dem alten Bezirk später hinzugelegten Theile.

Innerhalb anderer Distrikte dagegen variierte der Betrag der von den einzelnen Besitzungen zu entrichtenden Kontribution so sehr, daß von Angabe eines Durchschnittsbetrages derselben pro Pflug kaum die Rede sein kann.

Bei der Kontribution bestanden mancherlei Befreiungen und Bevorzugungen der verschiedensten Art, und stellenweise wurden anstatt der Kontribution andere besonders festgesetzte Abgaben entrichtet.

In mehreren Distrikten ist die Kontribution mit Domainalabgaben zusammengeworfen.

Wie sich schon aus dem Vorstehenden zur Genüge ergibt, sind die einzelnen Distrikte der Herzogthümer Schleswig und Holstein durch die Kontribution im höchsten Grade ungleich belastet.

B. Die Repartitionsnorm für die Magazin Korn- und Fouragegelder in denjenigen Distrikten, in welchen dieselben überhaupt zur Erhebung kommen, bildete die ordentliche Pflugzahl, welche jedoch in Betreff einer Anzahl dieser Distrikte durch spezielle landesherrliche Verordnungen modifizirt war. Sene Gelder stellten sich in den pflichtigen Distrikten mithin als eine Zusatzsteuer zur Kontribution dar.

Die Magazin Kornabgabe wurde seit dem Jahre 1721 nur von den Eingeseffenen der königlichen Landschaften und Ämtern in den Herzogthümern Schleswig und Holstein und deren inkorporirten Länden, wie auch der Herrschaft Pinneberg, erhoben.

Mehrere Distrikte haben von Zeit zu Zeit mit der Regierung wegen des Magazin Korn ein Abkommen getroffen.

Außer der ordinären Magazinkieferung, welche bis heut zu Tage 1 Tonne Roggen und 1 Tonne Hafer vom Pfluge betrug, bestand zuletzt noch eine Lieferung von Fourage, nämlich 2 Fuder Heu und 2 Fuder Stroh von jedem Marschpfluge und 1 1/2 Fuder Heu und 1 1/2 Fuder Stroh von jedem Geestpfluge, das Fuder Heu zu 600 Pfd. und das Fuder Stroh zu 480 Pfd. Seit dem Jahre 1763 wurde die Fouragelieferung mit dem Magazin Korn in Verbindung gesetzt und hat solchergestalt bis zum 1. Juli 1867 fortgedauert. Beide Prästationen sind jedoch, um die Pflichten von den Fuhren und anderen mit der Naturallieferung verknüpften Beschwerden zu befreien, mehrentheils nicht in natura eingebracht, sondern mit Geld nach den gangbaren Preisen bezahlt worden.

Daß übrigens auch innerhalb der pflichtigen Distrikte mehrfache Befreiungen von der Magazin- und Fouragielieferung bestanden, folgt aus dem, was bereits oben bei Darlegung der auf die Kontribution bezüglichen Verhältnisse angedeutet worden, indem jene Abgabe mit der Kontribution denselben Repartitionsfuß, die ordinaire Pflugzahl gemein hatte, abgesehen von den zum Zwecke der Repartition der ersteren stattgehabten besonderen Modifikationen der Pflugzahl.

C. Die Landsteuer ist durch die Verordnung vom 15. Dezember 1802 eingeführt und später abwechselnd erhöht und ermäßigt worden. Ihre Veranlagung beruht auf dem nach Lonnzahl und Bonitirung berechneten Steuerwerthe.

Die Steuer ist nach einem zwiefachen Anschläge, nämlich vom fruchtbringenden Eigenthum des urbaren Landes und von dem Erwerb durch Benutzung desselben berechnet, aus welchem Grunde sie auch „Grund- und Benutzungssteuer“ genannt wird.

Der ursprünglichen Taxation und Ansetzung der Steuer ist nur das urbare Land, nämlich auf der Geest das Acker- und Wiesenland und in der Marsch das Pflug- und Weideland unterzogen. Holzgründe, Moore, Heiden, Gemeinweiden, nicht urbar gemachte Geestweiden, Außenweidensländereien, Teiche und Seen haben bei der Ansetzung zur Steuer nur den steuerbaren Werth des übrigen Landes, wenn solches nicht ohnehin schon zu dem höchsten Werthe angeschlagen worden, erhöht, sind aber unmittelbar zur Steuer nicht angelegt.

Neu urbar gemachtes Land unterlag der Steuer nicht.

Jetzt wird die Landsteuer als auf der ganzen Landstelle des Besitzers haftend angesehen, dergestalt, daß bei theilweisen Landveräußerungen auch auf das später urbar gemachte Land ein verhältnismäßiger Theil der auf der ganzen Stelle ruhenden Landsteuer übertragen wird.

Die Landsteuer ist im Uebrigen sowohl von Eigenthümern, als Festebsitzern und Erbpächtern, sowohl von Amtseingekessenen als von Städtebewohnern entrichtet worden.

Für Land, welches öffentlichen oder Privatstiftungen gehört, und welches diese, ohne davon eine Abgabe zu genießen, an Andere pro officio oder auf andere Weise überlassen, erlegte derjenige, dem das Land übertragen ist, die Landsteuer. Auf gleiche Weise wurde es gehalten mit den Beamten, die bei ihren Bedienungen Dienstländereien haben, indem dieselben die Landsteuer selbst bezahlen mußten, indessen gleich den Erbpächtern zc. berechtigt waren, an ihrem Kanon von jedem Reichsthaler $2\frac{1}{2}$ Schill. bis zum Betrage der Grundsteuer zu kürzen.

Auch die Zeitpächter königlicher Ländereien waren zur Erlegung eines Beitrags zu der Landsteuer verpflichtet, und zwar selbst in dem Falle, wenn in den Pachtkontrakten hinsichtlich der Landsteuer eine Bestimmung nicht getroffen worden.

D. Die Haussteuer wurde nach der Verordnung vom 15. Dezember 1802 von allen in den Städten und Flecken und zu städtischer Nahrung berechtigten Orten und deren Bezirken belegenen Häusern, mit Ausnahme der zum Landbau eingerichteten Nebengebäude und Räumlichkeiten, ferner von den auf dem platten Lande befindlichen Fabrikgebäuden, Krügen, Mühlen und dazu gehörigen Wohngebäuden, ingleichen von den Landhäusern der Städte ohne Rücksicht auf sonstige Schatzungsfreiheit, je nach dem geringeren oder größeren Taxationswerth der Gebäude in der Brandklasse mit $\frac{1}{2}$ bis 2 Schill. R. M. für die hamburger Quadratelle ($= 3\frac{1}{2}$ preuß. □ Fuß) erhoben.

Diese Steuer wurde gleichzeitig mit der Landsteuer eingeführt und war vorzugsweise auf die Städte und städtischen Gewerbe berechnet.

Gebäude, die zu 320 Rthlr. R. M. = 240 Thlr. preuß. und darunter taxirt waren, blieben sowohl in den Städten als in den Landdistrikten steuerfrei.

In den früher zu Sütlund gehörigen Theilen Schleswigs waren auch alle diejenigen Gebäude auf dem Lande einer Gebäudesteuer unterworfen, in welchen irgend ein bürgerliches Gewerbe betrieben wurde.

Anstatt der Haussteuer hatte die Stadt Altona in Folge landesherrlicher Bewilligung eine Aversionalsumme von jährlich 78 750 Mark zu entrichten.

Außer den gesetzlichen Befreiungen kamen bei der Haussteuer Exemptionen kaum vor. Nur für einige kleine Mühlen auf den Halligen in der Westsee war diese Steuer erlassen, sowie auch für die vom Staat veräußerten Grundstücke in der Augustenburger Harde, woselbst ausnahmsweise auch im Uebrigen die Haussteuer auf $\frac{1}{3}$ des gesetzlichen Betrages ermäßigt war.

E. Die Gewerberekognitionsgelder beruhten zu einem sehr erheblichen Theile auf den über die Betreibung bürgerlicher Gewerbe auf dem platten Lande geltenden Grundätzen. Es galt in dieser Beziehung als allerdings nicht ausnahmslose Regel, daß Handwerke, Fabriken und Handel nur in den Städten und Flecken ohne besondere Erlaubniß betrieben

werden durften, in den Landdistrikten dagegen hierzu eine persönliche Konzession erforderlich war, für deren Ertheilung eine jährliche von den konzessionirenden Behörden zu bestimmende Rekognition entrichtet wurde. Bei Abmessung derselben war die Bestimmung des Zirkulare vom 21. Juni 1823 maßgebend, wonach die den Handwerkern und Gewerbetreibenden in den Landdistrikten aufzuerlegende Rekognition in der Regel betrug für Weißbäcker, Färber, Höfer, Holzhändler, Maler, Schiffbauer 6 Thlr. preuß., für Schlächter 4 ½ Thlr., für Glaser, Rademacher, Schmiede, Seiler, Tischler, Zimmerleute 2c. 3 Thlr., für Maurer, Schneider, Schuster 2c. 1 ½ Thlr. preuß.

Auch für die Ausübung verschiedener, der polizeilichen Aufsicht unterworfenen Gewerbe, wie z. B. des Seiltanzens, Schauspiels 2c. wurde eine Rekognition entrichtet, deren Höhe bei Ertheilung der Konzession willkürlich bis zu einem Belaufe von ungefähr 30 Mark jährlich bestimmt zu werden pflegte.

Nicht selten waren auch Gewerbeberechtigten mit dem Besiz von Grundstücken verbunden und dagegen deren Eigenthümer rekognitionspflichtig.

Ferner hatten nach der Verordnung vom 24. Oktober 1837, den Probenhandel betreffend, Reisende oder Kommissioneire auswärtiger Handelshäuser oder Fabrikanten, um in den Herzogthümern Bestellungen auf Waaren suchen zu dürfen, einen Erlaubnißschein zu lösen, welcher nach §. 5 dieser Verordnung nur gegen Entrichtung einer jährlichen Rekognition zu ertheilen war. — Nach den Zirkularen vom 18. Dezember 1810 und 27. Juni 1817 war gleichfalls für die Erlaubniß zum Handel mit inländischen Spigen eine Rekognition zu bezahlen. Beide letztgenannte Arten von Rekognitionen waren in den Etats 2c. unter den indirekten Steuern nachgewiesen.

F. Die Nahrungssteuer, welche aus verschiedenen Flecken der Herzogthümer Schleswig und Holstein an die Staatskasse entrichtet wurde, war als ein Equivalent der Gewerberekognitionen anzusehen, welche die Landbewohner für die zur Treibung bürgerlicher Nahrung ertheilten Konzessionen erlegen mußten. Das Objekt der Steuer war danach im Wesentlichen das den Städten und Flecken im Allgemeinen vorbehaltene Gewerbe und der Handel.

Die Grundsätze über die Erhebung dieser Steuer lassen sich nicht mit voller Sicherheit nachweisen. Die Ansetzung zu derselben erfolgte mit variirenden Beträgen nach einer jährlich auf Grund des Umfangs des Gewerbebetriebes der einzelnen Contribuenten seitens der Steuerbeamten, beziehungsweise unter Mitwirkung der Oberbeamten des Distrikts vorzunehmenden Schätzung, deren Resultat von der höchsten Verwaltungsbehörde approbirt wurde. Diese Beträge wurden in den älteren Flecken im Anschluß an die durch Gewohnheit seit langer Zeit festgestellten Grundsätze ex aequo et bono normirt. Für die neueren Flecken war die Höhe der auf dem platten Lande bezahlten Gewerberekognitionen maßgebend.

Auch in einigen Landdistrikten fand die Erhebung einer Nahrungssteuer für die Staatskasse statt.

G. Die Rangsteuer wurde nach Maßgabe der Verordnung vom 31. Januar 1764 von allen dem Zivil- oder Militär-, dem geistlichen oder weltlichen Stande angehörigen Personen erhoben, welche in der Rangordnung vom 14. Oktober 1746 „ihres Karakters halber klassifizirt oder auch ohne Charakter mit einem gewissen Range begnadigt wurden.“

Die in vierteljährigen Raten zu entrichtende Rangsteuer betrug jährlich von 60 Thlr. preuß. für Personen der 1. Rangklasse bis herab zu 4 ½ Thlr. preuß. für Personen der 9. Rangklasse.

H. Die sogenannten stehenden Gefälle bestehen zwar überwiegend aus Domanalintraden, enthalten aber zugleich einen nicht unerheblichen Belauf an Abgaben, welche den Charakter von Gewerbesteuern, Haussteuern und Grundsteuern an sich tragen. Eine nur einigermaßen zutreffende Ermittlung und Aussonderung dieser Abgaben erfordert, da dieselben schon seit Jahrhunderten mit den Domanalintraden mehr oder weniger vermisch worden und ihrer Entstehung nach einer längst vergangenen Zeit angehören, es bei manchen derselben auch an zuverlässigen Nachrichten über ihre Entstehung überhaupt fehlt, sehr umfassende und eingehende Untersuchungen, welche wegen Mangels an Zeit und Unterlagen bisher nicht haben zu Ende geführt werden können, gegenwärtig aber einer besonderen, zu diesem Behufe eingesetzten Kommission übertragen sind.

Bemerkt sei hier nur, daß der wesentlichste Theil der hierher zu rechnenden steuerlichen Abgaben aus Grundsteuern unter den allerverschiedenartigsten Benennungen besteht, in manchen Amtsdistrikten 2c. sogar, wie bereits oben hervorgehoben worden, die ordinaire Kontribution mit einschließt. An hausteuerartigen Abgaben kommen hier namentlich die sogenannten Rathengelber,

eine Steuer von kleinen Landstellen, an gewerbesteuerartigen Abgaben ein Theil der Gewerbe- und Mühlenrekognitionen, auch Nahrungssteuer und ähnliche in Betracht.

Nachstehend ist das Sollaufkommen für das Finanzjahr 1865—66 an sämtlichen direkten Steuern mit Einschluß der unter den indirekten Steuern nachgewiesenen Rekognitionen von Handelsreisenden und Spitzenhändlern für die Herzogthümer Schleswig und Holstein — in ihrem gegenwärtigen, durch die stattgehabte Grenzregulirung gegen Lütland und die an Oldenburg erfolgte Abtretung des Amtes Ahrensboeck veränderten Umfange — zusammen- gestellt:

Steuerart	Schleswig			Holstein			Zusammen		
	Gesamt-	für die	für	Gesamt-	für die	für	Gesamt-	für die	für
	betrag	Qua-	den	betrag	Qua-	den	betrag	Qua-	den
	Thaler	Thaler	Gr.	Thaler	Thaler	Gr.	Thaler	Thaler	Gr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
A. Kontribution	244 537	1 520	18,1	288 030	1 910	16,0	532 567	1 700	16,9
B. Magazin- und Forage-	109 783	680	8,1	28 295	190	1,5	138 078	440	4,4
C. Landsteuer	279 497	1 730	20,6	308 722	2 040	17,1	588 219	1 890	18,6
D. Haussteuer	74 138	460	5,5	135 980	900	7,5	210 118	670	6,6
E. Gewerberekognitionen	44 712	280	3,3	44 617	300	2,5	89 329	290	2,8
Hierzu Rekognition von Handelsreisenden u. Spitzen- händlern	3 200	20	0,2	9 600	70	0,6	12 800	40	0,4
F. Nahrungssteuer	—	—	—	3 301	20	0,1	3 301	10	0,1
G. Rangsteuer	2 371	10	0,2	5 760	30	0,3	8 131	30	0,3
Zusammen	758 238	4 700	56,0	824 305	5 460	45,6	1 582 543	5 070	50,1
H. Die sogenannten stehenden Gefälle betragen überhaupt 796 979 Thaler, und hierunter waren nach einem ungefähren Ueberschlage an Abgaben steuerlicher Natur enthalten etwa							300 000	960	9,5
Die direkten Steuern beliefen sich mithin im Ganzen auf							1 882 543	6 030	59,6

Von diesen Steuern sind die Kontribution, die Landsteuer und der als grundsteuerartige Abgaben anzusehende Theil der stehenden Gefälle mit den unten bezeichneten Modifikationen, beziehungsweise Ermäßigungen als vorläufige Grundsteuer von den Liegenschaften einstweilen beibehalten, alle übrigen aber gegen Einführung der altländischen Gebäudesteuer, Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer, sowie der Gewerbesteuer vom 1. Juli 1867 ab ganz außer Hebung gesetzt worden.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Bereits in der Einleitung zu dieser Denkschrift ist darauf hingewiesen worden, daß es geboten war, die Grundsteuer von den Liegenschaften, deren anderweite Regelung einen Zeitraum von mehreren Jahren erfordert, einstweilen — abgesehen von durch die Umstände gebotenen Modifikationen derselben — in ihrer bisherigen Gestalt beizubehalten, jedoch mit Rücksicht auf die Höhe der neu eingeführten, schon zum 1. Juli 1867 zur Hebung gekommenen übrigen direkten Steuern auf dasjenige Maß zu beschränken, welches die demnächstige definitive Regelung derselben in verhältnismäßiger Gleichheit zu der Grundsteuer der altländischen Provinzen muthmaßlich ergeben wird. Zu diesem Behufe ist für die Herzogthümer nachstehender Anschlag aufgestellt worden:

Die Herzogthümer, deren Einwohner in der Landwirthschaft ihre wichtigste und wesentlichste Erwerbsquelle finden, zerfallen bezüglich ihrer Boden- und landwirthschaftlichen Verhältnisse in drei wesentlich von einander verschiedene Theile. An der Südseite längs der Elbe und an der Westseite längs der Nordsee werden sie in abwechselnder Breite von einem Striche überaus fruchtbarer, durch Deiche gegen den Andrang der Wasserfluthen geschützter s. g. Marschen eingefaßt. Derselbe Boden bildet auch die Hauptbestandtheile der schleswigschen Nordsee-Inseln. Die Ostseite des Landes ist hügelig und besteht fast durchgängig aus einem bald milderen, bald

strengeren Lehmboden, welcher in Schleswig die geringere, in Holstein die größere Ausdehnung hat, und namentlich in dem letztgenannten Herzogthume oft von ausgezeichnete Fruchtbarkeit ist. Die Mitte beider Herzogthümer wird von einem hoch gelegenen Striche Sandbodens eingenommen, welcher zwar untermischt mit kleineren Flächen fruchtbareren Bodens, jedoch im Allgemeinen dem Ackerbau weniger günstige Verhältnisse darbietet, und auf großen Strecken mit Heidekraut bewachsen und mit Moorgründen bedeckt ist.

Der Betrieb der Landwirthschaft befindet sich auf hoher Stufe. Der Absatz der landwirthschaftlichen Erzeugnisse ist ein sehr günstiger, namentlich werden in Folge der Nähe des Londoner Markts hohe Preise erzielt.

Die Industrie ist im Allgemeinen wenig entwickelt, der Handel aber, durch die Lage des Landes zwischen zwei Meeren begünstigt, nicht unbedeutend, wenngleich hauptsächlich auf die Erzeugnisse der inländischen Landwirthschaft gerichtet. Namentlich in Altona und Flensburg wird Seehandel betrieben.

Das Land zeichnet sich durch einen allgemein verbreiteten Wohlstand seiner Bevölkerung vortheilhaft aus. Eigentliches Proletariat kommt selten vor.

Mit Berücksichtigung der eingetretenen Grenzveränderungen gegen Jütland und der Abtretung des Amts Ahrensboeck stellt sich:

	Schleswig	Holstein	Zusammen
1. der Gesamtflächeninhalt auf □ Meilen	161,1	151,2	312,3
2. die Volkszahl im Ganzen			
a) in den Städten und Flecken auf	82 839	182 348	265 187
b) auf dem platten Lande auf	323 647	359 558	683 205
c) zusammen auf	406 486	541 906	948 392
3. der Antheil am Hundert der Gesamtbevölkerung			
a) in den Städten und Flecken auf	20,4	33,6	28,0
b) auf dem platten Lande auf	79,6	66,4	72,0
4. die Volkszahl auf der □ Meile auf	2 523	3 584	3 040
5. der Viehstand auf Großvieh reduziert			
a) im Ganzen auf Stück	553 633	435 923	989 556
b) auf der □ Meile auf =	3 440	2 880	3 170

Auf unbedingte Zuverlässigkeit können diese Nachrichten allerdings keinen Anspruch machen und namentlich gilt dies von den Angaben über den Viehstand, indem es offenbar einen Widerspruch in sich schließt, daß im Herzogthume Schleswig 3 440 Stück Großvieh (reduziert), im Herzogthume Holstein dagegen, in welchem der fruchtbare Boden nicht in geringerer Ausdehnung vorkommt und welches anerkanntermaßen einen größeren Viehstand als Erstes hat, nur 2 880 Stück Großvieh (reduziert) auf der Quadratmeile vorhanden sein sollen. Zum Theil ist die Ursache dieser Unrichtigkeit darin zu suchen, daß die Viehzählung in Schleswig am 15. Juli 1861, also im Sommer, die Viehzählung in Holstein am 15. Februar 1862, mithin im Winter stattgefunden hat, der Sommerviehstand aber stets größer zu sein pflegt, als der Winterviehstand, überdies bei den in Schleswig-Holstein obwaltenden Verhältnissen das fette Vieh im Herbst nach England ausgeführt und dafür im Frühjahr mageres Vieh aus Jütland eingeführt wird.

Bei dem Mangel einer genauen Vermessung können auch die auf den Flächeninhalt des Landes bezüglichen Angaben nicht ganz zuverlässig sein, jedoch mag der hierin begründete Fehler innerhalb verhältnißmäßig enger Grenzen verbleiben, da die vorhandenen Generalkarten eine annähernd zutreffende, planimetrische Berechnung des Flächeninhalts gestatten dürften.

Was die Ausdehnung der verschiedenen Kulturarten anbelangt, so wird nachgewiesen:

	Schleswig	Holstein	Zusammen
Der Antheil der einzelnen Kulturarten am Hundert der Gesamtfläche und zwar:	In Procenten.		
a) des Ackerlandes zu	62,4	65,8	64,1
b) der Wiesen und des Graslandes zu	15,5	13,0	14,3
c) des Holzlandes zu	5,3	7,1	6,2
d) des unbebauten Acreals zu	16,8	14,1	15,4
zusammen	100,0	100,0	100,0

Diese Zahlen mögen das gegenseitige Verhältniß der verschiedenen Benutzungsarten zu einander im Großen und Ganzen richtig darstellen, wie daraus erhellt, daß für solche Kreise der älteren Provinzen des preussischen Staats, welche nach ihren Gesamtverhältnissen mit den Herzogthümern gleichgestellt werden können, sich ähnliche Prozentzahlen ergeben.

Unter Festhaltung des oben aufgeführten Gesamtflächeninhalts der Herzogthümer von 312,3 Quadratmeilen = 6735 070 preussische Morgen, berechnet sich der wirkliche Flächeninhalt der einzelnen Benutzungsarten nach Maßgabe der gedachten Prozentzahlen wie folgt:

	in preuß. Morgen:	in Prozenten der Gesamtfläche:
1. für das Ackerland	4 317 180	64,1
2. für die Wiesen und das Gartenland zu	963 115	14,3
3. für das Holzland zu	417 574	6,2
4. für das unbebaute Areal zu	1 037 201	15,4
zusammen	6 735 070	100,0

Von der Fläche des unbebauten Areals mit 1 037 201 Morgen können nach den aus den älteren Landestheilen des preussischen Staats sich ergebenden Anhaltspunkten etwa 5 Prozent der Gesamtfläche oder . . . 336 754 = auf öffentliche Wege, Flüsse, Bäche, Gebäudflächen, Hofräume u. und auf ganz ertragloses Unland u. s. w. gerechnet werden, so daß von obiger Fläche noch 700 447 Morgen

verbleiben, welche der Hauptsache nach aus Heiden und Mooren bestehen.

Behufs Gewinnung der weiteren Unterlagen für die Veranschlagung des muthmaßlichen Ertrages der nach Maßgabe des altländischen Gesetzes vom 21. Mai 1861 auszuführenden anderweiten Regelung der Grundsteuer in Schleswig-Holstein kommt es nunmehr noch darauf an, diesem Lande solche altpreussische Gebietstheile gegenüber zu stellen, deren Gesamtverhältnisse bezüglich der Grundsteuer im Großen und Ganzen auf eine gleiche Steuerkraft mit Ersterem schließen lassen. In Schleswig-Holstein nehmen an Flächenraum ungefähr ein:

	Quadratmeilen:	in Prozenten der Gesamtfläche:
A. die Marschgegenden	39,3	12,6
B. die Gegenden mit fruchtbarem Lehmboden	138,0	44,2
C. die Sandgegenden mit den Heiden und Mooren in der Mitte des Landes	135,0	43,2
zusammen	312,3	100,0

Unter den altpreussischen Gebietstheilen können diesen Distrikten in Betreff des Reinertrags der Liegenschaften annähernd gleichgestellt werden und zwar:

	Flächenraum in Quadratmeilen:	in Prozenten der Gesamtfläche:
A. den Marschgegenden: die niederrheinischen Kreise Mörs, Kleve, Rees und der preussische Niederrheinkreis Marienburg mit	43,70	12,8
B. den Lehmgegenden: die westfälischen Kreise Hamm und Soest, der ufermärkische Kreis Prenzlau, die pommerschen Kreise Pyritz und Demmin nebst der Stadt Stettin, sowie die vier neuvorpommerschen Kreise Greifswald, Grimmen, Franzburg und Rügen mit	149,19	44,0
C. den Sandgegenden: die westfälischen Kreise Borken, Althaus und Steinfurt, die altmärkischen Kreise Salzwedel und Osterburg, sowie die fürmärkischen Kreise Ostprienitz und Nuppin mit	146,52	43,2
zusammen	339,41	100,0

Die zu A. aufgeführten Kreise enthalten fruchtbaren Marschboden bei umfangreichen Grasländerereien, welche eine ausgedehnte Viehzucht wesentlich begünstigen, ähnlich wie in den Schleswig-Holsteinschen Marschen. Die Kreise zu B. haben ähnlich wie die Güterdistrikte und Amtsbezirke an der Ostseite Schleswig-Holsteins überwiegend sehr ertragsfähigen Lehmboden, dessen Fruchtbarkeit dort wie hier stellenweise eine ausgezeichnete ist, und die Kreise zu C. enthalten neben umfangreichen Heidestrecken und sumpfigem Graslande mit Torflagern hier und da zugleich einige Striche mit besseren und guten Bodenverhältnissen, ebenfalls so, wie der mittlere Theil von Schleswig-Holstein.

Die mit in den Vergleich gezogene Stadt Stettin ist, was deren Rückwirkung auf die Landwirthschaft anbetrifft, der Stadt Altona gegenüber zu stellen.

An der Hand der vorliegenden statistischen Nachrichten über die genannten altländischen Kreise ergeben sich in Gegenüberstellung derselben mit den Herzogthümern Schleswig und Holstein folgende Vergleichspunkte. Es beträgt:

	in den zur Vergleichung gezogenen altländischen Kreisen:	in Schleswig- Holstein:
1. der Antheil am Hundert der Gesamtbevölkerung:		
a) für die städtische Bevölkerung	% 33,1	28,0
b) für die ländliche Bevölkerung	% 66,9	72,0
2. die Volkszahl auf der Quadratmeile	3 290	3 040
3. der Viehstand, reduziert auf Großvieh, auf der Quadratmeile	2 400	3 170
4. der Antheil am Hundert der Gesamtfläche:		
a) für das Ackerland und die Gärten	% 57,4	64,1
b) für die Wiesen, Weiden, Wasserstücke und Nebländereien	% 23,3	24,7
c) für die Holzungen	% 14,9	6,2
d) für die Wege, Bäche, die Hofräume u., das Un- land u. s. w.	% 4,4	5,0

Auch diese Gegenüberstellung läßt einen ausreichenden Grad von Gleichartigkeit in den Gesamtverhältnissen der beiderseitigen Landestheile nicht verkennen. Zwar sind die altländischen Kreise dichter bevölkert, als Schleswig-Holstein, beim Viehstande tritt aber das umgekehrte Verhältniß ein. Und wenngleich letzteres wiederum noch erheblicher zu Gunsten Schleswig-Holsteins als ersteres zu Gunsten der altländischen Kreise ausschlägt, so darf hieraus dennoch nicht auf eine um eben so viel höhere Fruchtbarkeit der Herzogthümer geschlossen werden, vielmehr kommt in Betracht, daß, wie thatsächlich der Fall, in letzteren der Betrieb der Landwirthschaft in hervorragendem Maße auf die Verwerthung der Bodenerzeugnisse durch Viehzucht gerichtet ist. In den Herzogthümern haben endlich die Ackerländereien, in den verglichenen altländischen Kreisen die Holzungen eine verhältnißmäßig größere Ausdehnung, jedoch auch dieser, übrigens nicht erhebliche Unterschied kommt bei der Art und Weise, wie unten bei Berechnung des muthmaßlichen Steuerertragnisses verfahren, nicht weiter in Betracht.

Sowohl die Herzogthümer einerseits, als die in Vergleichung gezogenen altländischen Kreise andererseits sind umfangreich genug, um eine nachtheilige Einwirkung besonderer Einzelheiten auf die zu bewirkenden Veranschlagungen auszuschließen.

Auch berechtigt die geographische Lage jener Kreise, indem sie überwiegend benachbarten Landstrichen angehören und theils unmittelbar, wie Schleswig-Holstein, an der See, theils nicht fern derselben belegen sind, endlich eine vorzugsweise Ackerbau treibende Bevölkerung, dagegen wenig Industrie haben, zu der Voraussetzung, daß durch ihre Auswahl nicht wesentlich fremdartige Verhältnisse in die anzustellenden Vergleiche hineingetragen werden.

Der bei der Grundsteuerveranlagung ermittelte Reinertrag stellt sich im Durchschnitt jener Kreise für den Morgen:

a) Ackerland und Garten auf	57,0 Egr.
b) Wiesen, Weiden, Wasserstücke und Nebland auf	38,4 "
c) Holzungen auf	15,0 "

Unter Anwendung dieser durchschnittlichen Reinertragsätze für den Morgen auf die oben ermittelten Flächen der verschiedenen Benutzungsarten des Grund und Bodens in Schleswig-Holstein berechnet sich für Letzteres der gesammte, der altländischen Grundsteuerveranlagung entsprechende Reinertrag der ertragsfähigen Liegenschaften folgendermaßen:

a) Ackerländereien	4 317 180 Morgen zu 57,0 Egr. =	8 202 642 Thlr.
b) Wiesen und Grasland	963 115 " =	} = 38,4 " = 2 129 359 "
c) Heiden, Moore u. s. w.	700 447 " =	
d) Holzungen	417 574 " = 15,0 " =	208 787 "
zusammen	6 398 316 Morgen zu 49,5 Egr. =	10 540 788 Thlr.

Von diesem Reinertrage würde nach dem Prozentsatze von 9,5742344, welcher in den altländischen Provinzen an Grundsteuer vom Reinertrage erhoben wird, zu entrichten sein an Grundsteuer ein Gesamtbetrag von jährlich

1 009 200 Thaler.

Bei dieser Berechnung sind nur die zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche dienenden Flächen, wie Wege, Eisenbahnen, Flüsse, Bäche u. s. w., ferner die Gebäudflächen, Hofräume und Hausgärten, sowie das Unland außer Anjaß geblieben und im Uebrigen ist angenommen worden, daß alle ertragfähigen Liegenchaften in den Herzogthümern nach Einführung der altländischen Grundsteuerverfassung steuerpflichtig sein würden. Die letztere Voraussetzung trifft aber nicht zu, indem die im Eigenthum des Staates befindlichen Grundstücke unbedingt, die Grundstücke der Kirchen, Pfarren, Schulen, milden Stiftungen u. s. w., soweit sie bisher steuerfrei gewesen, von der Grundsteuer frei zu lassen sind. Nur in Ansehung der Staatsforsten liegen Angaben über deren Flächeninhalt vor, und zwar beträgt letzterer für die Herzogthümer Schleswig und Holstein im Ganzen 107 590 preußische Morgen. Bei Anwendung des oben gedachten durchschnittlichen Reinertragsfußes für einen Morgen Holzungen von 15,0 Sgr. auf diese Fläche ergibt sich für dieselbe ein Gesamtreinertrag von 53 795 Thaler. Es berechnet sich danach die hierfür oben zu viel in Anjaß gekommene Grundsteuer auf den Jahresbetrag von 5 110 Thaler. Der Umfang des sonstigen Eigenthums des Staates ist ganz unerheblich. Die Grundstücke der Kirchen, Pfarren, Schulen, milden Stiftungen u. s. w. unterliegen grundsätzlich der bestehenden Landsteuer und sind daher — vielleicht abgesehen von einzelnen Fällen — auch künftig grundsteuerpflichtig. Nach Allem werden somit die künftig steuerfrei zu lassenden Grundstücke muthmaßlich in irgend erheblichem Umfange nicht vorkommen, der oben veranschlagte künftige Gesamtgrundsteuerbetrag von 1 009 200 Thaler wird daher aus Anlaß derselben nicht weiter als auf

„1 000 000 Thaler“

ermäßigt werden dürfen.

Wie sich dieser Grundsteuerbetrag nach den Durchschnittsbeträgen für die Quadratmeile und für den Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu der Grundsteuer

- a) der zur speziellen Vergleichung gezogenen altländischen Kreise,
- b) der Provinzen Rheinland und Westfalen,
- c) der Gesamtheit der acht altländischen Provinzen gestaltet, ist nachstehend nachgewiesen:

Landestheil	Durchschnittlicher Betrag der Grundsteuer			
	für die □ Meile		für den Kopf	bei einer Bevölkerung auf der □ Meile von
	der grundsteuerpflichtigen Fläche	der Gesamtfläche		
	Thaler	Thaler	Sgr.	Seelen
1.	2.	3.	4.	5.
1. Schleswig-Holstein	3 400	3 200	31,5	3 040
2. Zur speziellen Vergleichung gezogene altländische Kreise	3 260	2 770	25,3	3 290
3. Rheinland und Westfalen	3 440	3 080	15,9	5 810
4. Gesamtheit der acht altländischen Provinzen	2 350	2 010	15,9	3 800

Hiernach weichen die durchschnittlichen Beträge an Grundsteuer für den Kopf der Bevölkerung, wie solche für Schleswig-Holstein veranschlagt sind, einerseits und wie sie sich in den zur speziellen Vergleichung herangezogenen altländischen Kreisen, sowie für die altländischen Provinzen nach dem bestehenden Zustande ergeben, andererseits, zwar erheblich von einander ab. Das hierin sich aussprechende Verhältniß wird jedoch vollkommen begründet, theils durch die größere Dichtigkeit der Bevölkerung in den Landestheilen zu 2. mit 3 290 Einwohner auf der Quadratmeile, zu 3. mit 5 810 und zu 4. mit 3 800, gegenüber Schleswig-Holstein mit

3 040 Einwohnern auf der gleichen Fläche, in Folge dessen sich zu 2., 3. und 4. ein niedrigerer Durchschnittssatz berechnet, theils dadurch, daß Schleswig-Holstein hinsichtlich der Ertragsfähigkeit seines Bodens und der sonstigen hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse vor der Gesamtheit der älteren acht Provinzen entschieden und erheblich begünstigt ist.

Für die Quadratmeile der steuerpflichtigen Fläche ist für Schleswig-Holstein ein Grundsteuerbetrag von 3 400 Thaler veranschlagt, während die diesfällige Verhältniszahl für Westfalen und die Rheinprovinz zusammen genommen 3 440 Thaler, also ungefähr ebensoviel beträgt, und auch dieses Verhältniß wird den thatsächlichen Zustand richtig erfassen. Es kann sonach das Gesamtergebniß der vorstehenden Veranschlagung im Großen und Ganzen als richtig angesehen werden.

Bis zur anderweiten Regelung der Grundsteuer ist demgemäß von den bestehenden Grundsteuern für die Herzogthümer Schleswig und Holstein nur ein Betrag von etwa 1 000 000 Thlr. beizubehalten, und der hierüber hinausgehende Betrag der ersteren abzusetzen bez. zu erlassen.

In Betreff des bisherigen Aufkommens an Liegenschaftssteuern ist bereits oben nachgewiesen, daß

A. die Kontribution	532 567 Thlr.
B. die Magazinform- und Fouragegelder	138 078 "
C. die Landsteuer	588 219 "

betragen. Hierzu treten jedoch noch aus den sogenannten stehenden Gefällen, in welchen, wie ebenfalls oben bereits bemerkt, im Ganzen etwa 300 000 Thlr.

Abgaben steuerlicher Natur enthalten sind, an grundsteuerartigen Abgaben etwa	270 000 =
so daß an Liegenschaftssteuern überhaupt aufzubringen waren	1 528 864 Thlr.
von welchen nach Abzug des als Liegenschaftsteuer beizubehaltenden Betrages von 1 000 000 =	528 864 Thlr.

in Wegfall zu stellen blieben.

Um dies zu erreichen, ist in den §§. 1. und 4. der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 543) bezüglich der Grundsteuer bestimmt worden, daß vom 1. Juli 1867 ab

I. ganz außer Hebung zu setzen seien:

1. die Magazinform- und Fouragegelder,
2. von der unter der Benennung „Kontribution“ bestehenden Pflugzablsabgabe derjenige Theil, welcher von den Städten und Flecken zu entrichten war,
3. von derselben zu 2. gedachten Kontribution, sowie von der Landsteuer diejenigen Beträge, welche auf solchen kleinen Besitzungen hafteten, welche lediglich aus Gebäuden nebst Hofraum und einem nicht über einen preussischen Morgen großen Hausgarten bestehen, endlich
4. von denjenigen unter den sogenannten stehenden Gefällen befindlichen Abgaben, welche den Charakter einer grundsteuerartigen Abgabe an sich tragen, ebenfalls alle Beträge, welche von kleinen Besitzungen der zu 3. bezeichneten Kategorie zu zahlen waren;

II. dagegen mit drei Viertheilen ihres bisherigen Jahresbetrages fortzuentrichten seien:

1. die unter der Benennung „Kontribution“ bestehende Pflugzablsabgabe,
2. die Landsteuer,
3. die unter den sogenannten stehenden Gefällen befindlichen Beträge, welche nachweislich den Charakter einer grundsteuerartigen Abgabe an sich tragen,

alle diese Steuern jedoch nur insoweit, als sie nicht nach den zu I. bezeichneten Anordnungen ganz aufgehoben worden sind.

Der unter I. zu 3. und 4. bezeichnete gänzliche Steuererlaß war jedenfalls nothwendig, indem die daselbst bezeichneten kleinen Besitzungen, welche lediglich aus Gebäuden nebst Hofraum und einem nicht über einen preussischen Morgen großen Hausgarten bestehen, nicht nur von den auf ihnen etwa ruhenden besonderen haussteuerartigen Abgaben, sondern auch von Grundsteuern nicht betroffen werden dürfen, weil sie nach den Grundsätzen des schon zum 1. Juli 1867 zur Ausführung gekommenen altländischen Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 lediglich der Besteuerung durch die Gebäudesteuer anheim fielen, nicht aber daneben noch eine Liegen-

schäftssteuer entrichten durften. Der solchergestalt in Wegfall gekommene Grundsteuerbetrag ist auf etwa 2 000 Thlr. zu veranschlagen, so daß von dem überhaupt zu erlassenden Grundsteuerbetrage von 528 864 = noch ein weiterer Betrag von 526 864 Thlr. in Wegfall zu stellen blieb. An letzterem Betrage alle Arten der bisherigen Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben gleichmäßig Theil nehmen zu lassen, hätte nur dann für zweckmäßig und gerecht erachtet werden können, wenn dieselben wenigstens in einigermaßen gleichmäßigem Verhältnisse von allen Theilen des Landes getragen worden wären. Da dies aber nicht der Fall, so empfahl es sich, diejenigen Grundsteuerarten vorab in Wegfall zu stellen, welche vorzugsweise ungleich vertheilt oder ihrem Ursprunge und ihrer Bedeutung nach nicht recht eigentlich von dem Grund und Boden veranlagt waren. Nach diesen Gesichtspunkten mußten, wie oben unter I. zu 1. erwähnt, in erster Linie die Magazinkorn- und Fouragegelder, welche sich auf 138 078 Thlr.

belaufen, in Wegfall gestellt werden, indem dieselben nach dem, was hierüber oben des Näheren dargelegt worden, einerseits in einzelnen Distrikten überhaupt nicht bestanden, andererseits auch in ihren Individualbeträgen höchst ungleich vertheilt waren.

Nächstidem war die Kontribution der Städte mit 44 761 = ins Auge zu fassen (unter I. zu 2. oben). Dieselbe war ursprünglich mit überwiegender Rücksicht auf den Umfang des Betriebes der bürgerlichen Nahrung veranlagt worden, hatte mithin gleichzeitig den Charakter einer gewerblichen Steuer und war daher gegenüber der Einführung der altländischen Gebäudesteuer, Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer und Gewerbesteuer um so mehr schon vom 1. Juli 1867 ab in Wegfall zu stellen, als gerade die Städte von diesen neuen Steuern am stärksten betroffen wurden, für die städtischen Feldmarken aber in der bestehenden und, wie oben unter II. zu 2. erwähnt, mit drei Viertheilen ihres bisherigen Betrages fortzuentrichtenden Landsteuer eine ausreichende Liegenschaftsteuer beibehalten werden konnte.

Ähnliche Gründe kamen in Ansehung der unter I. zu 2. ebenfalls erwähnten Kontribution der Flecken, deren Betrag auf etwa 10 000 = zu veranschlagen, in Betracht. Auch diese mußte daher zum sofortigen Wegfall bestimmt werden. Hiernach waren an Grundsteuern ganz in Fortfall 192 839 Thlr. zu stellen, aber überhaupt zu erlassen 526 864 = Mithin blieb noch weiter abzusetzen ein Betrag von 334 025 Thlr. welcher zweckmäßiger Weise nur dem Reste der Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben gleichmäßig zu Gute gerechnet werden konnte. Der gedachte Rest stellt sich folgendermaßen heraus:

Im Ganzen betragen	1. die Kontribution	532 567 Thlr.
	2. die Landsteuer	588 219 =
	3. die in den stehenden Gefällen befindlichen grundsteuerartigen Abgaben	270 000 =
	zusammen	1 390 786 Thlr.

Hiervon ab die oben nachgewiesenen gänzlichen Erlasse von 2 000 + 44 761 + 10 000 = 56 761 = ergibt einen Rest von 1 334 025 Thlr.

Der vierte Theil dieses Betrages mit 333 506 = kommt dem obigen Sollbetrage des Erlasses bis auf die nach Lage der Sache nicht weiter ins Gewicht fallende ganz geringe Differenz von 519 Thlr. gleich, und findet damit die oben unter II. erwähnte Bestimmung, wonach die einstweilen in Hebung zu belassenden Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben auf drei Viertheile ihres bisherigen Jahresbetrags herabgesetzt worden sind, ihre Begründung.

Die durch die Ausführung der vorgedachten Bestimmungen bedingte Aussonderung der unter den sogenannten stehenden Gefällen befindlichen Steuern und steuerartigen Abgaben ist bei der seit langer Zeit bestehenden Vermischung derselben mit anderen Abgaben und der in Folge dessen nicht selten eingetretenen Verdunkelung des Sachverhältnisses oft mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden und hat daher auch bis jetzt noch nicht durchgeführt werden

können, zumal sämtliche Verwaltungsbehörden in Schleswig-Holstein theils in der Umgestaltung begriffen, theils bisher mit anderweiten unaufschiebbaren Geschäften in dem Maße überhäuft waren, daß sie sich den fraglichen, sehr zeitraubenden Arbeiten bis jetzt nicht genügend zu unterziehen vermochten. Es wird jedoch Alles aufgegeben werden, die Angelegenheit so bald als irgend möglich zum Abschluß zu bringen. Zu diesem Behufe ist die Bildung einer besonderen Kommission angeordnet worden, welche, aus sachkundigen Beamten der altländischen Provinzen und der Provinz Schleswig-Holstein zusammengesetzt, dafür Sorge tragen wird, daß für den ganzen Umfang der Letzteren das Aussonderungsgeschäft nach einheitlichen Grundsätzen und mit möglichster Zeitersparniß in sachgemäßer Weise zur Ausführung gelangt.

Da hiernach zur Zeit noch nicht mit Genauigkeit übersehen werden kann, zu welchen Zahlenergebnissen die fragliche Aussonderung führen wird, so hat in der „Uebersicht des Sollaufkommens an direkten Steuern für das Jahr 1867 u.“ auf Seite 135 und 141 die Grundsteuer für das Herzogthum Schleswig mit 479 112 Thlr.
 = = = = = Holstein = 530 000 =

Zusammen mit . . . 1 009 112 Thlr.

nur nach einem ungefähren Ueberschlage angegeben werden können, wobei namentlich der über den oben veranschlagten Gesamtgrundsteuerbetrag von 1 000 000 Thlr. hinausgehende Betrag von 9 112 Thlr. lediglich auf Zufälligkeiten der diesfälligen überschläglichen Ermittlungen beruht.

3. Die Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Das Ergebnis der neuen Besteuerung, wie solches sich im Vergleich zu der bisherigen Besteuerung für den Umfang der Herzogthümer Schleswig und Holstein gestaltet, ist nachstehend zusammengestellt:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Within jetzt			
Steuerartgattung	jährlicher Gesamt-betrag Thaler	für die □ Meile Thlr.	für den Kopf Sgr.	Steuerartgattung	jährlicher Gesamt-betrag Thaler	für die □ Meile Thlr.	für den Kopf Sgr.	mehr		weniger	
								Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Kontribution	532 567	1 700	16,9	Grundsteuer .	1 009 112	3 230	31,9	—	—	519 752	34,0
Magazinform- und Fou- ragegelder	138 078	440	4,4								
Landsteuer	588 219	1 890	18,6								
Stehende Gefälle (theilw.)	270 000	860	8,5								
	1 528 864	4 890	48,4		1 009 112	3 230	31,9				
2. Gebäudesteuern.											
Haussteuer	210 118	670	6,6	Gebäudesteuer	223 115	720	7,1	7 997	3,7	—	—
Stehende Gefälle (theilw.)	5 000	20	0,2								
	215 118	690	6,8								
3. Gewerbliche und persönlliche Steuern.											
Gewerbekognitionen .	89 329	290	2,8	Klassifizierte Einkommen- steuer Klassensteuer . Gewerbesteuer	329 724	1 060	10,4	1 196 167	86,4	—	—
Kognitionen von Handelsreisenden und Spitzenhändlern . . .	12 800	40	0,4								
Nahrungssteuer	3 301	10	0,1								
Rangsteuer	8 131	30	0,3								
Stehende Gefälle (theilw.)	25 000	80	0,8								
	138 561	450	4,4		1 334 728	4 270	42,2				
4. Uebershaupt	1 882 543	6 030	59,6		2 566 955	8 220	81,2	684 412	36,4	—	—

Die den Herzogthümern zu Theil gewordene Erhöhung der direkten Steuern beziffert sich zwar hiernach auf 684 412 Thlr. im Ganzen, oder 21,6 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung, oder 36,4 Prozent des bisherigen Steueraufkommens. In Wirklichkeit erreicht dieselbe jedoch bei Weitem nicht diesen Betrag. Denn es bestanden bisher in den Herzogthümern neben den eigentlichen direkten Steuern noch mancherlei Leistungen und Abgaben für besondere Zwecke, wie die Beiträge zur Unterhaltung der Zuchthäuser, die Physikatsgelder, die Einquartierungssteuer, ein Theil der sogenannten Amtsanlagekosten, ein Theil der Freifuhren, zahlreiche Verwaltungsporteln u. a. m. Alle diese Leistungen und Abgaben sind durch §. 5 der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzamml. f. 1867 S. 543) aufgehoben worden, weil es, nachdem das Abgabewesen in den Herzogthümern mit demjenigen in den altländischen Provinzen auf gleichen Fuß gebracht worden, unabweislich geboten war, daß die Kosten der in Ersteren bestehenden staatlichen Einrichtungen in gleicher Weise aus allgemeinen Staatsmitteln bestritten werden, wie solches in Letzteren geschieht. Die sonach in Wegfall gekommenen Leistungen und Abgaben, deren Betrag, beziehungsweise Geldwerth bei dem Mangel der erforderlichen Unterlagen zwar nicht angegeben, aber nach Lage der Verhältnisse jedenfalls als ein sehr erheblicher bezeichnet werden kann, müssen auf jene nominelle Erhöhung der direkten Steuern in Anrechnung gebracht werden.

Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, vielmehr die Erhöhung der direkten Steuern um 36,4 Prozent als solche in vollem Umfange Platz griffe, würde dieselbe den obwaltenden Verhältnissen gegenüber nur als eine mäßige angesehen werden können. Die direkten Steuern sind in den Herzogthümern seit dem Beginne des gegenwärtigen Jahrhunderts im Wesentlichen unverändert geblieben und gegenüber den durch die Neuzeit bedingten wachsenden Ansprüchen an den Staat und dessen Mittel hätte eine Steuererhöhung über kurz oder lang ohnehin eintreten müssen, ebenso wie sie in allen übrigen Ländern, welche in der Entwicklung des öffentlichen Lebens und in der Pflege der Anstalten und Einrichtungen zur Vermehrung des Nationalwohlstandes vorangeschritten sind, unvermeidlich gewesen ist. Die Steuererhöhung würde aber eine ungleich größere gewesen sein, wenn die Herzogthümer aus den in neuerer Zeit eingetretenen politischen Umwälzungen als ein für sich bestehender Staat hervorgegangen wären, indem letzterer genöthigt gewesen sein würde, zur Behauptung seiner Stellung viele und kostbare Einrichtungen zu treffen, welche jetzt theils ganz entbehrlich sind, theils von den Herzogthümern dadurch, daß sie als Glied einem größeren Gemeinwesen eingefügt worden, mit erheblich geringeren Kostenaufwendungen erlangt werden. Es tritt hinzu, daß seit dem Beginne dieses Jahrhunderts die Prästationsfähigkeit der Herzogthümer durch die eingetretene, für letztere vorzugsweise in Betracht kommende, mit umfangreichen Bodenmeliorationen Hand in Hand gegangene vortheilhaftere Verwerthung der Erzeugnisse des Landes in erheblichem Grade gestiegen ist, und die damals bestehende Steuerlast um Vieles schwerer auf dem Lande ruhte, als zur Zeit eine um 36,4 Prozent erhöhte Steuer. Eine etwaige Befürchtung, daß letztere ohne Druck nicht ertragen werden könne, kann daher keinesfalls aufkommen.

Was die einzelnen Steuergattungen anbelangt, so kann in Betreff der bei der Grundsteuer von den Liegenschaften eingetretenen erheblichen Ermäßigung von 519 752 Thlr. (16,5 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung; 34,0 Prozent des bisherigen Grundsteuerbetrages) auf Dasjenige Bezug genommen werden, was hierüber bereits oben des Näheren dargelegt worden ist.

Durch Einführung der neuen Gebäudesteuer ist den Besitzern solcher Gebäude, welche bisher der schleswig-holsteinischen Haussteuer unterlagen (d. h. der Gebäude in den Städten und Flecken und in den bisher zu städtischer Nahrung berechtigten Orten, sowie der Fabrikgebäude, Krüge und Mühlen auf dem platten Lande) im Allgemeinen eine wesentliche Erleichterung zu Theil geworden. Es erhellt dies daraus, daß von den Städten und Flecken in Holstein, für welche die zu einer diesfälligen Vergleichung erforderlichen Nachrichten über das bisherige Steueraufkommen speziell vorliegen,

a) jetzt an Gebäudesteuer zu zahlen sind	83 066 Thlr.
b) dagegen bisher an Haussteuer	110 535 =
mithin . . .	27 469 Thlr.

oder 33,1 Prozent mehr zu entrichten waren. Ferner sind im Herzogthum Schleswig:

a) jetzt von den vorhandenen 12 Städten und 9 Flecken an Gebäude-	
steuer	34 613 Thlr.
zu zahlen, während	
b) bisher allein von den 12 Städten an Haussteuer	51 990 =
mithin . . .	17 377 Thlr.

Denkschrift.

oder 50,2 Prozent mehr aufzubringen waren. Auf dem platten Lande ist dagegen die Gebäudesteuer — abgesehen von den Fabrikgebäuden, Krügen und Mühlen, welche durch die Einführung der altländischen Gebäudesteuer ebenfalls eine Steuerermäßigung erfahren haben — eine neue Steuer gewesen, für welche aber ein Ersatz in der Ermäßigung der bisherigen Liegenschaftssteuer gewährt worden ist.

Der neuen Gewerbesteuer im Betrage von 207 278 Thlr.
stehen an bisherigen gewerblichen Abgaben im Ganzen 130 430 =
gegenüber, so daß eine Erhöhung von 76 848 Thlr.
eingetreten ist. Dieses Mehr ist allein den Städten zugefallen, in welchen bisher eine besondere Gewerbesteuer nicht entrichtet wurde, dagegen für das Recht zum Betriebe von Gewerbe und Handel vorzugsweise die Haussteuer, sowie die nach sogenannten Steinpfählen veranlagte städtische Kontribution, welche wie oben erwähnt, nunmehr aufgehoben ist, zu erlegen war.

Der neu eingeführten Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer mit einem Ertrage von 1 127 450 Thlr. oder 35,6 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung steht als einzige rein persönliche Steuer die Rangsteuer mit dem unerheblichen Betrage von 8 131 Thlr. gegenüber. Die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer ist mithin auch in ihrer Wirkung eine ganz neue Steuer gewesen, hat aber in der mehrerwähnten Ermäßigung der Realsteuern ein Gegengewicht von besonderer Bedeutung gefunden. Im Uebrigen hat sie eine angemessene Heranziehung vieler Personen zu den Staatslasten, welche zu letzteren bisher entweder gar nicht oder doch nicht in einem ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Maße beitrugen, ermöglicht, in Verbindung mit der ermäßigten Grundsteuer aber die Grundbesitzer um Vieles angemessener getroffen, als die höhere Grundsteuer allein. Denn wenn bei letzterer auf die persönlichen Verhältnisse des Grundbesitzers, Schulden u. keine Rücksicht genommen wird, und das hierin begründete Mißverhältnis in der Heranziehung eines gut situierten und eines in schlechten Vermögensverhältnissen befindlichen Besitzers zu den Staatslasten um so schärfer hervortritt, je höher die Grundsteuer ist, so wird dies vermieden, wenn die letztere, wie geschehen, auf einen mäßigeren Betrag zurückgeführt, und daneben eine persönliche Steuer erhoben wird, bei welcher die Verschiedenartigkeit der fraglichen Verhältnisse voll zum Ausdruck gelangt.

Nach Maßgabe des durchschnittlichen Betrages, welcher sich an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, klassifizierter Einkommen- und Klassensteuer für den Kopf der Bevölkerung berechnet, bilden die einzelnen Steuerveranlagungsbezirke nachstehende Reihenfolge:

Veranlagungs- bezirk u.	Gebäudesteuer Sgr.	Gewerbesteuer Sgr.	Klassifizierte Einkommensteuer Sgr.	Klassensteuer Sgr.	Zusammen Sgr.	Veranlagungs- bezirk u.	Gebäudesteuer Sgr.	Gewerbesteuer Sgr.	Klassifizierte Einkommensteuer Sgr.	Klassensteuer Sgr.	Zusammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Stadt Kiel mit Bruns- wiel u. Düsterbrook	21,7	21,6	46,3	38,3	127,9	16. Hadersleben, Osteramt	5,7	5,2	10,4	23,7	45,0
2. Stadt Altona mit Ot- tensen u. Neumühlen	18,5	21,9	20,1	40,4	100,9	17. Cismar	4,7	3,7	14,9	21,4	44,7
3. Stadt Flensburg . . .	17,8	18,1	24,1	25,6	85,6	18. Apenrade	5,4	5,1	6,1	27,2	43,8
4. Stadt Schleswig . . .	12,6	18,2	18,5	36,1	85,4	19. Reinbeck	7,7	5,8	7,3	22,9	43,7
5. Eiderstedt	9,1	7,8	19,9	25,2	62,0	20. Gottorf	5,3	3,3	5,5	29,3	43,4
6. Neumünster	8,9	13,0	7,4	26,6	55,9	21. Sonderburg	5,7	4,3	4,9	28,3	43,2
7. Herzogthum Holstein .	7,7	7,7	11,5	24,6	51,5	22. Süderditmarschen . .	5,5	5,4	11,6	20,4	42,9
8. Husum	5,1	5,6	10,2	29,4	50,3	23. Tondern	5,8	3,7	7,5	25,6	42,6
9. Herzogthümer Schles- wig und Holstein . .	7,1	6,6	10,4	25,2	49,3	24. Hadersleben, Westeramt	5,3	2,5	4,0	30,6	42,4
10. Ranzau	6,8	8,1	10,5	23,8	49,2	25. Plön	4,1	2,8	17,0	17,8	41,7
11. Fehmarn	5,9	3,7	11,8	27,0	48,4	26. Pinneberg	6,3	5,0	7,4	22,9	41,6
12. Steinburg	6,4	6,5	8,8	26,1	47,8	27. Preetz	4,6	3,7	10,0	18,7	37,0
13. Rendsburg	6,9	7,2	6,5	26,6	47,2	28. Flensburg, Amt . . .	4,2	2,1	3,8	26,0	36,1
14. Herzogthum Schleswig	6,2	5,1	8,9	26,1	46,3	29. Traventhal	5,0	3,9	7,7	19,3	35,9
15. Norderditmarschen . .	6,6	6,7	10,3	21,7	45,3	30. Lygumkloster	5,1	2,1	5,4	22,7	35,3
						31. Segeberg	4,9	4,7	3,2	22,0	34,8
						32. Hütten-Osternförde . .	4,0	2,7	9,1	17,8	33,6
						33. Bordesholme	3,9	2,5	6,1	18,3	30,8

Bezüglich der Abgrenzung der Veranlagungsbezirke, deren Bildung auf Grund der Vorschriften im §. 7 und im §. 10 zu c. der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 543) erfolgt ist, und um deswillen geboten war, weil eine Eintheilung der Herzogthümer in landrätliche Kreise zur Zeit der Steuerveranlagung noch nicht bestand, wird bemerkt, daß im Wesentlichen bilden:

1. der Veranlagungsbezirk Westeramt Hadersleben den westlichen, der Bezirk Osteramt Hadersleben den östlichen Theil des jetzigen Kreises Hadersleben,
2. der Veranlagungsbezirk Apenrade den jetzigen Kreis Apenrade,
3. der Bezirk Sonderburg den jetzigen Kreis Sonderburg,
4. die Bezirke Stadt Flensburg und Amt Flensburg den jetzigen Kreis Flensburg,
5. der Bezirk Lygumkloster den nordöstlichen, der Bezirk Tondern den übrigen Theil des jetzigen Kreises Tondern,
6. der Bezirk Husum den jetzigen Kreis Husum,
7. der Bezirk Eiderstedt den jetzigen Kreis Eiderstedt,
8. die Bezirke Stadt Gottorf und Stadt Schleswig den jetzigen Kreis Schleswig,
9. der Bezirk Hütten-Eckernförde den jetzigen Kreis Eckernförde,
10. die Bezirke Fehmarn, die Insel gleichen Namens umfassend, und Cismar den jetzigen Kreis Oldenburg,
11. die Bezirke Preetz und Plön — mit einzelnen Abweichungen der Grenzen — den jetzigen Kreis Plön,
12. die nördliche Hälfte des Bezirks Traventhal, der Bezirk Segeberg (mit Ausschluß der südlichen Spitze) und die nördliche Spitze des Bezirks Reinbeck den jetzigen Kreis Segeberg,
13. der Bezirk Reinbeck (mit Ausschluß der nördlichen Spitze), die südliche Hälfte des Bezirks Traventhal und die südliche Spitze des Bezirks Segeberg den Kreis Stormarn,
14. die Bezirke Stadt Kiel (mit Brunswiek und Düsterbrook), Bordesholm (mit Ausnahme eines kleinen, an der nordwestlichen Grenze belegenen Theils) und Neumünster den jetzigen Kreis Kiel,
15. der Bezirk Rendsburg (mit Ausschluß der südöstlichen Spitze) mit dem zu 14. bezeichneten Theile des Bezirks Bordesholm den jetzigen Kreis Rendsburg,
16. der Bezirk Norderditmarschen mit einem enklavirten Theile des Bezirks Süderditmarschen den Kreis Norderditmarschen,
17. der Bezirk Süderditmarschen mit Ausschluß des zu 16. bezeichneten Theils den Kreis Süderditmarschen,
18. der Bezirk Steinburg mit der südöstlichen Spitze des Bezirks Rendsburg und einzelnen Theilen des Bezirks Ranzau den jetzigen Kreis Steinburg,
19. die Bezirke Pinneberg und Ranzau (mit Ausschluß der zu 18. genannten Theile) den jetzigen Kreis Pinneberg,
20. der Bezirk Altona (Stadt) mit Ottensen und Neumühlen den jetzigen Stadtkreis Altona.

Daß die Städte Kiel, Altona, Flensburg und Schleswig nach der Höhe des Durchschnittsfaßes für den Kopf der Bevölkerung an die Spitze obiger Reihe treten, beruht in der überall bei den direkten Steuern mit Ausschluß der Grundsteuer zum Vorschein kommenden größeren Leistungsfähigkeit der größeren Städte gegenüber dem platten Lande und den kleineren Städten. Und wenn es wiederum die Stadt Kiel ist, welche den übrigen Städten weit voran steht, so wird dies durch die im Verhältniß zur Gesamtbevölkerung außergewöhnliche große Zahl der Einkommensteuerverpflichtigten und die unter diesen befindlichen, zum Theil sehr reichen Personen, begründet. Von den vorhandenen 485 Einkommensteuerverpflichtigten sind veranlagt:



in der Stufe	bei einem jährlichen Einkommen von Thalern	zu einer Jahressteuer von Thalern	Personen	mit einem Gesamtsteuer- betrage von Thalern
10.	4 000 — 4 800	120	9	1 080
11.	4 800 — 6 000	144	12	1 728
12.	6 000 — 7 200	180	4	720
13.	7 200 — 9 600	216	1	216
14.	9 600 — 12 000	288	2	576
18.	24 000 — 32 000	720	1	720
20.	40 000 — 50 000	1 200	1	1 200
		Zusammen	30	6 240

Diese 30 Personen allein haben fast den vierten Theil der gesammten in Kiel aufkommenden klassifizirten Einkommensteuer zu entrichten.

Die an die genannten Städte in obiger Reihenfolge sich anschließenden Veranlagungsbezirke gehören theils den reichsten Gegenden der Herzogthümer an, theils, wie bei Neumünster und Nendsborg, wird das Steueraufkommen durch die in denselben vorhandenen Städte beziehungsweise Flecken mit umfangreichem Gewerbebetriebe wesentlich gesteigert.

Besonders bemerkenswerth ist die auffallend niedrige Stellung, welche die Veranlagungsbezirke Plön, Preetz und Hütten-Eckernförde, ungeachtet der bekannten Fruchtbarkeit des Bodens in diesen Bezirken, in obiger Reihenfolge einnehmen. Dennoch wird dies durch die maßgebenden Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt. Denn der überwiegende Theil jener Bezirke besteht aus großen Gutskomplexen, was zur Folge hat, daß neben verhältnismäßig nicht sehr zahlreichen, allerdings reichen Gutsbesitzern, viele nur wenig leistungsfähige Untergehörige der Güter vorhanden sind, es aber an einem, auf seinem Eigenthume sitzenden, wohlhabenden Bauernstande fast gänzlich fehlt. Zwar sind die Gutsbesitzer selbst zur klassifizirten Einkommensteuer, und bei dieser in den höheren Stufen herangezogen. Die solchergestalt von einigen wenigen Personen zu entrichtenden sehr hohen Steuerbeträge reichen jedoch bei Weitem nicht hin, um den Ausfall zu decken, welcher dadurch entsteht, daß die Gutsuntergehörigen nur in den unteren Stufen der Klassensteuer besteuert werden können, während ein wohlhabender Bauernstand in den unteren Stufen der Einkommensteuer, vorzugsweise aber in den oberen Stufen der Klassensteuer zahlreich zu veranlagen sein würde. Die oben aufgeführten Zahlen lassen dies deutlich erkennen, indem in den Bezirken Plön, Preetz und Hütten-Eckernförde bei verhältnismäßig hohen Beträgen an klassifizirter Einkommensteuer (17,0, 10,0 und 9,1 Sgr.) sehr niedrige Beträge an Klassensteuer (17,8, 18,7, beziehungsweise 17,8 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung) aufkommen, dagegen in den Bezirken Eiderstedt und Hufum mit einem durchgängig sehr wohlhabenden Bauernstande, aber bei dem Fehlen großer Güter die Klassensteuer die hohen Durchschnittsbeträge von 25,2 und 29,4 Sgr., und selbst die Einkommensteuer die Beträge von 19,9 und 10,2 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung erreicht. Auch die Gebäudesteuer muß in jenen Güterdistrikten bei der vorhandenen, verhältnismäßig großen Zahl der gesetzlich sehr niedrig zu besteuernenden Nebenwohnhäuser auf den ländlichen Besitzungen viel geringer ausfallen, als in Gegenden mit einem zahlreichen selbstständigen Bauernstande, wo auf jeder bäuerlichen Besitzung ein Hauptwohngelände zu besteuern ist, Nebenwohngelände aber in geringerer Zahl vorkommen. Uebrigens treten ganz ähnliche Erscheinungen bezüglich des Steuerertrages in Gegenden mit vielen großen Gutskomplexen auch in den altländischen Provinzen, namentlich in Neuverpommern hervor.

Von den übrigen am Ende der obigen Reihenfolge stehenden Veranlagungsbezirken gehören die Bezirke Traventhal, Pygumkloster und Segeberg dem am wenigsten wohlhabenden Theile von Holstein und Schleswig an; bei Flensburg (Amt) und Bordesholm werden die verhältnismäßig niedrigen Steuererträge durch den Mangel städtischer Wohnplätze bedingt.

Abgesehen von solchen unrichtigen Einschätzungen und Ungleichheiten, welche im Wege des Reklamations- und Refursverfahrens ic. leicht zu beseitigen, darf behauptet werden, daß die verhältnismäßige Gleichheit bei der Steuerveranlagung in den einzelnen Theilen der Herzogthümer Schleswig und Holstein im Großen und Ganzen gewahrt worden ist.

Aber auch im Vergleiche zu den altländischen Provinzen ist ein angemessenes Verhältniß erzielt worden.

Was zunächst die Städte Kiel, Altona und Flensburg anbelangt, so können dieselben am zutreffendsten mit Stettin, Königsberg i. Pr. und Danzig verglichen werden, indem in diesen, ebenso wie in jenen, ein lebhafter Handel betrieben wird, überhaupt sämtliche genannte Städte in ihren Gesamtverhältnissen für die Besteuerung mannigfache Aehnlichkeiten darbieten. Das Steueraufkommen, für den Kopf der Bevölkerung berechnet, gestaltet sich folgendermaßen:

Stadt.	Gebäude- steuer Sgr.	Gewerbe- steuer Sgr.	Klassifiz. Ein- kommen- steuer Sgr.	Klassen- steuer Sgr.	Mahl- und Schlacht- steuer Sgr.	Zu- sammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Kiel m. Brunswiek u. Düsternbrook	21,7	21,6	46,3	38,3	—	127,9
2. Altona mit Ottensen u. Neumühlen	18,5	21,9	20,1	40,4	—	100,9
3. Flensburg	17,8	18,1	24,1	25,6	—	85,6
4. Stettin	27,3	23,3	20,1	0,1	57,6	128,4
5. Königsberg i. Pr.	18,2	20,3	16,4	—	42,3	97,2
6. Danzig	16,4	18,2	14,1	—	44,8	93,5

Bei Betrachtung dieser Zahlen in Verbindung mit dem, was über den hohen Betrag an klassifizirter Einkommensteuer in der Stadt Kiel bereits oben erwähnt worden, wird anerkannt werden müssen, daß die Steuerveranlagung in den genannten drei schleswig-holsteinischen Städten zu angemessenen Resultaten geführt hat.

Der Veranlagungsbezirk Eiderstedt umfaßt einen lediglich aus Marschen bestehenden Landstrich von so eminent hoher Fruchtbarkeit, ohne Beigabe weniger fruchtbarer Striche, wie ein ähnlicher Distrikt unter gleich günstigen Verhältnissen im ganzen Umfange des preussischen Staats anderweit nicht vorkommt, und wie solches schon daraus erhellt, daß der Viehstand auf der Quadratmeile 6 920 Stück Großvieh (reduzirt) beträgt, während in den fruchtbarsten Kreisen der alten Provinzen nur die Hälfte dieser Zahl oder wenig mehr erreicht wird. Bei diesen ausgezeichnet günstigen Umständen ist jener Landstrich verhältnismäßig dünn bevölkert (3 422 Einwohner auf der Quadratmeile), dennoch aber wegen der Nähe des Londoner Marktes die Gelegenheit zur vortheilhaften Verwerthung der reichen Erzeugnisse der Landwirthschaft günstiger, als in vielen dichter bevölkerten Gegenden. Die Bevölkerung befindet sich in hohem Wohlstande. Der Veranlagungsbezirk Husum reicht mit einem Theile schon auf die minder fruchtbare Geest hinauf und einen im Verhältniß zur Gesamtfläche noch geringeren Umfang haben die im Uebrigen ebenfalls mit hoher Fruchtbarkeit gesegneten Marschdistrikte in den längs der Nordsee und der Elbe belegenen Veranlagungsbezirken Norderditmarschen, Süderditmarschen, Steinburg und Manzan. Diese Bezirke treten daher in der Wohlhabenheit der Bevölkerung und der Steuerkraft derselben gegen Eiderstedt schon wesentlich zurück. Eine Vergleichung dieser Bezirke mit den Kreisen Nees und Kleve am Niederrhein, den beiden haveländischen Kreisen, dem uckermärkischen Kreise Prenzlau und dem sächsischen Kreise Halberstadt ergibt nachstehendes Resultat:

Veranlagungsbezirk beziehungsweise Kreis.	Für den Kopf der Bevölkerung					
	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Eiderstedt	9,1	7,8	19,9	25,2	—	62,0
2. Husum	5,1	5,6	10,2	29,4	—	50,3
3. Norderdithmarschen	6,6	6,7	10,3	21,7	—	45,3
4. Süderdithmarschen	5,5	5,4	11,6	20,4	—	42,9
5. Steinburg	6,4	6,5	8,8	26,1	—	47,8
6. Ranzau	6,8	8,1	10,5	23,8	—	49,2
7. Rees	7,1	9,5	8,5	16,4	11,4	52,9
8. Kleve	6,0	6,0	7,6	19,4	7,3	46,3
9. Westhavelland	6,8	9,5	6,6	12,1	18,1	53,1
10. Osthavelland	5,5	7,2	4,9	18,3	14,7	50,6
11. Prenzlau	5,4	5,3	9,7	15,5	10,7	46,6
12. Halberstadt	7,4	9,2	12,2	25,0	—	53,8

Diese Zahlen lassen nach den angeführten Umständen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die genannten schleswig-holsteinischen Bezirke, ungeachtet der zum Theil hohen Steuererträge, verhältnißmäßig dennoch nicht höher, eher mäßiger, als die bezeichneten altländischen Kreise zur Steuer herangezogen worden sind.

Der südliche und südöstliche Theil des Herzogthums Holstein wird von den Veranlagungsbezirken Pinneberg, Reinbeck, Traventhal und Segeberg eingenommen, welche bei geringeren Flächen guten Bodens mehr oder weniger umfangreiche Flächen leichteren Sandbodens, namentlich im Segeberger Bezirke ausgedehnte Moorgründe enthalten. Ähnliche Verhältnisse walten in den unweit davon belegenen altländischen Kreisen Osterburg, West- und Ostprieegnitz und Nuppin vor. Das Steueraufkommen für den Kopf der Bevölkerung beträgt:

Veranlagungsbezirk beziehungsweise Kreis.	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Pinneberg	6,3	5,0	7,4	22,9	—	41,6
2. Reinbeck	7,7	5,8	7,3	22,9	—	43,7
3. Traventhal	5,0	3,9	7,7	19,3	—	35,9
4. Segeberg	4,9	4,7	3,2	22,0	—	34,8
5. Osterburg	4,2	4,4	5,5	27,0	—	41,1
6. Westprieegnitz	5,4	5,5	3,8	21,6	—	36,3
7. Ostprieegnitz	4,6	4,5	3,2	18,9	3,5	34,7
8. Nuppin	4,5	6,6	4,6	19,3	5,9	40,9

Auch diese Zahlen können, indem sie auf beiden Seiten die maßgebenden Verhältnisse zutreffend zum Ausdruck bringen, als angemessen erachtet werden.

Ferner mögen noch die vorzugsweise aus großen Gutskomplexen bestehenden, und zugleich sehr fruchtbaren Veranlagungsbezirke Hütten-Eckernförde, Preetz, Plön und Cismar mit altländischen Gebietstheilen verglichen werden. Es eignen sich hierzu die neu-vorpommerschen Kreise Rügen, Franzburg, Grimmen und Greifswald, welche, unweit von jenen ebenfalls an der Ostsee gelegen, ganz ähnliche Gesamtverhältnisse — Vorwiegen großer Güter, geringe Vertretung eines wohlhabenden Bauernstandes — aufzuweisen haben, bezüglich der Fruchtbarkeit des Bodens aber gegen jene noch zurückstehen. Die Steuerdurchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung berechnen sich folgendermaßen:

Veranlagungsbezirk beziehungsweise Kreis.	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Hütten-Eckernförde	4,0	2,7	9,1	17,8	—	33,6
2. Preetz	4,6	3,7	10,0	18,7	—	37,0
3. Plön	4,1	2,8	17,0	17,8	—	41,7
4. Cismar	4,7	3,7	14,9	21,4	—	44,7
5. Rügen	4,1	3,5	8,3	19,3	—	35,2
6. Franzburg	7,0	6,7	11,5	13,7	11,2	50,1
7. Grimmen	3,2	3,3	8,6	18,9	—	34,0
8. Greifswald	6,0	6,3	12,2	19,5	—	44,0

Auch dieser Vergleich dürfte für die Angemessenheit der Steuerveranlagung in der Provinz Schleswig-Holstein Zeugniß ablegen.

Wird endlich die Gesamtheit der Herzogthümer Schleswig und Holstein ins Auge gefaßt, so ist es schwierig, in den altländischen Provinzen einen Landstrich von gleicher Ausdehnung zu finden, dessen Bevölkerung sich durchgängig eines gleichen Wohlstandes, wie in jenen Ländern zu erfreuen hat. Am nächsten kommt den Letzteren in dieser Beziehung der Regierungsbezirk Magdeburg, welcher neben sehr fruchtbaren Gegenden in den Jerichow'schen Kreisen und mehreren Theilen der Altmark auch leichten Sandboden u. s. w., wie der schleswig-holsteinische Höhenrücken hat. Auch der Regierungsbezirk Köln bietet einige Vergleichsmomente, indem die weniger fruchtbaren schleswig-holsteinischen Distrikte durch das Gebirgsland aufgewogen werden. Allenfalls mag noch die Provinz Brandenburg zur Vergleichung herangezogen werden, wobei allerdings der Einfluß der Stadt Berlin ein so gewichtiger ist, daß hierdurch die in großer Ausdehnung vertretenen, theils sehr ärmlischen Kreise mehr als aufgewogen werden. Das Steueraufkommen für den Kopf der Bevölkerung beträgt:

Landestheil.	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Provinz Schleswig-Holstein . . .	7,1	6,6	10,4	25,2	—	49,3
2. Herzogthum Schleswig	6,2	5,1	8,9	26,1	—	46,3
3. Herzogthum Holstein	7,7	7,7	11,5	24,6	—	51,5
4. Regierungsbezirk Magdeburg	6,6	7,8	10,0	20,1	4,3	48,8
5. Regierungsbezirk Köln	8,4	8,8	10,1	11,4	12,0	50,7
6. Provinz Brandenburg	10,0	9,7	12,5	12,7	17,1	62,0

Ungeachtet aller Verschiedenheit der Verhältnisse in diesen Landestheilen läßt aber auch diese Gegenüberstellung, ebenso wie die obigen spezielleren Erörterungen keinen Zweifel darüber bestehen, daß das Gesamtergebniß der Steuerveranlagung in Schleswig-Holstein im Großen und Ganzen als ein zutreffendes bezeichnet werden kann.

II. Abschnitt.

Vormals königlich hannoversche Landestheile.

1. Bisherige Besteuerung.

Im Gebiet des vormaligen Königreichs Hannover bestanden folgende direkte Steuern, und zwar

- A. die Grundsteuer,
- B. die Häusersteuer,
- C. an persönlichen direkten Steuern:
 - 1. die Personensteuer,
 - 2. die Besoldungs- und Erwerbsteuern,
 - 3. die Einkommensteuer,
 - 4. die Gewerbesteuer.

Dazu traten

- D. die sogenannten fixirten Steuern.

Von diesen Steuern beruht

- A. Die Grundsteuer im Wesentlichen auf den Gesetzen vom 9. August 1822 und vom 3. Juni 1826.

Danach ist diese Steuer von allen nutzbaren Liegenschaften, einschließlich der dem Staate gehörigen, zu entrichten. Befreit von derselben sind die zu den königlichen Schlössern gehörigen Gärten, sowie nach dem Gesetz vom 1. Juli 1835 die Liegenschaften der Privatpersonen im Harzdistrikt; während die den Grundstücken der geistlichen und Schulinstitute zugestandene Grundsteuerbefreiung durch das Gesetz vom 5. September 1848, und zwar gegen die im Gesetze vom 28. Juni 1851 festgestellte Entschädigung, wieder aufgehoben worden ist.

Zur Zeit der ersten Veranlagung der Grundsteuer waren vollständige Karten von den einzelnen Feldmarken nur ausnahmsweise vorhanden, bei dem Mangel von genauen Vermessungen begnügte man sich, den Flächeninhalt der zu veranlagenden Grundstücke durch geometrische Ueberschlagung der Längen und Breiten, oder durch Schätzung nach dem Augenmaße zu ermitteln; rücksichtlich der gemeinschaftlich benutzten Weiden aber den zu besteuerten Reinertrag derselben (das Steuerkapital genannt) nach der Anzahl des thatsächlich darauf geweideten Viehs nach gewissen allgemeinen Normen zu bestimmen. Hierdurch trägt dieser Theil der Grundsteuer mehr den Charakter einer Viehsteuer als einer eigentlichen Grundsteuer an sich. Der Schätzung der übrigen Kulturarten ist deren Rohertrag zum Grunde gelegt, nach Abzug der für die einzelnen Klassen vorweg bestimmten Quote für die Kultur- und Gewinnungskosten.

Die auf diesem Wege ermittelte Grundsteuer ist im Jahre 1826 auf jährlich 1350436 Thlr. d. i. 10 1/2 Prozent des Steuerkapitals festgestellt worden, hat aber demnächst in Folge der Theilung von Gemeinheiten sowie der Kulturveränderungen und der Verichtigung von Irrthümern mannichfache Abänderungen erlitten, so daß unter Berücksichtigung des seitdem veränderten Münzfußes in letzter Zeit die Grundsteuer 11 1/2 Prozent des in den Grundsteuermutterrollen nachgewiesenen Steuerkapitals betrug.

B. Die Häusersteuer wurde in Gemäßheit der Gesetze vom 20. Dezember 1822 und vom 22. September 1856 lediglich von den Wohngebäuden entrichtet, und zwar mit 4 Groschen 8 Pfennigen (4 Sgr. 9,6 Pf. preussisch) für je 100 Thlr. des durch Sachverständige ermittelten Nettokapitalwerthes, wobei jedes angefangene Hundert als voll gerechnet wurde.

Diese Steuer war indessen durch den höchsten Satz von 40 Thlrn. für ein Wohngebäude limitirt, und da jenem Steuerjahre die Annahme zum Grunde lag, daß der Bruttomiethswerth

eines Wohngebäudes 3 Prozent seines Kapitalwerthes betrage, so berechnete sich die Steuer auf $5\frac{1}{2}$ Prozent des Bruttomiethswerths.

Von dieser Steuer waren außer den königlichen Schlössern, den öffentlichen Armen- oder Krankenhäusern und anderen, die Pfarr-, Pfarrwitwen-, Küster- und Schullehrerwohnungen, desgleichen die Wohnhäuser auf dem Harz frei.

C. Die durch die Gesetze vom 20. März 1859 und vom 13. Juni 1865 anderweit geregelten persönlichen direkten Steuern beruhten auf Selbstdeklaration der Steuerpflichtigen, und es bildete von Ersteren nur die Personensteuer eine allgemeine Steuer, während daneben von allem Einkommen, welches nicht aus Grund- oder Häuserbesitz oder Gewerbebetrieb herrührt, und durch die Grund- oder Häuser- oder Gewerbesteuer schon besonders getroffen wurde, die Besoldungs-, Erwerb- oder Einkommensteuer zu entrichten war.

1. Die Personensteuer wurde in 12 Klassen, von 58 Thln. für einen verheiratheten und 50 Thln. für einen unverheiratheten Mann in der ersten, bis herunter zu 24 Groschen in der 12. Klasse, hier ohne Unterschied zwischen Verheiratheten und Nichtverheiratheten, jedoch mit einigen Erleichterungen für Wittwen, unverheirathete Frauenzimmer u., erhoben.

Zum Zweck ihrer Veranlagung waren alle Steuerpflichtigen in 470 verschiedene Kategorien, als: Angestellte d. h. Beamte, Bierbrauer, Grundbesitzer u., gebracht, und für jede derselben gewisse Merkmale vorweg festgestellt, aus welchen auf das jährliche Einkommen des Einzelnen zu schließen sei. Danach wurde die Steuerklasse so gewählt, daß im Großen und Ganzen das vorausgesetzte Einkommen eines Verheiratheten mit $1\frac{1}{4}$ Prozent und eines Unverheiratheten mit $1\frac{1}{2}$ Prozent besteuert wurde.

2. Die Besoldungssteuer und die Erwerbsteuer — von welchen letztere für die Einnahmen aus Pensionen oder von der Ausübung einer Kunst oder Wissenschaft u. bestimmt war — standen nach ihrer Wirkung und den bei ihrer Veranlagung zu befolgenden Grundsätzen einander ganz gleich und unterschieden sich nur nach dem Ursprunge des zu besteuerten Einkommens. Einnahmen unter 140 Thln. waren steuerfrei, falls der Betreffende nicht seiner sonstigen Verhältnisse wegen schon zur 10. oder zu einer höheren Klasse der Personensteuer zu veranlagten war. Der Prozentsatz der Steuer stieg von $\frac{1}{2}$ Prozent bei einem Einkommen bis 140 Thlr. einschließlich, bis auf $2\frac{3}{4}$ Prozent bei einem Einkommen von mehr als 2000 Thln.

3. Bei der Veranlagung der Einkommensteuer wurde nur dasjenige Einkommen berücksichtigt, welches durch eine dem Bezieher unmittelbar oder mittelbar zur Last fallende direkte Steuer, also eine Grund- oder Häuser- oder Besoldungs- oder Erwerb- oder Gewerbesteuer nicht schon betroffen war. Diese Steuer betrug $2\frac{3}{4}$ Prozent des Einkommens, nach Abzug der Zinsen der Passivkapitalien, sowie der von dem Steuerpflichtigen zu entrichtenden Witthümer, Apanagen und ähnlichen auf dem Einkommen haftenden Lasten, indeß mit Freilassung von 100 Thln. des steuerpflichtigen Einkommens.

4. Die Gewerbesteuer, welcher auch Eisenbahnunternehmungen, Berg- und Hüttenwerke und diejenigen unterworfen waren, die Güter oder Höfe oder einzelne Grundstücke auf länger als ein Jahr und für mehr als 80 Thlr. jährlich gepachtet haben, — wurde in 12 Klassen von 140—156 Thln. in der 1. Klasse, und bis 15 Sgr. 6 Pf. in der 12. Klasse erhoben, sofern das aus dem Gewerbe entspringende Einkommen 6000 Thlr. jährlich nicht überstieg. War letzteres der Fall, so wurde eine den Betrag der mit $2\frac{3}{4}$ Prozent vom Einkommen zu erhebenden Einkommensteuer erreichende Gewerbesteuer entrichtet.

D. Die sogenannten fixirten Steuern (im Jahresbetrage von 4000 Thln.) bestanden aus Aversionalsummen, welche einerseits mehrere, mit Rücksicht auf ihre Lage, vom Zollverein ausgeschlossene Ortschaften in Stelle der indirekten Steuern noch jetzt entrichten; andererseits die beiden Nordseeinseln Vorkum und Juist für die ganze beziehungsweise theilweise Freilassung von den direkten Steuern auf Grund besonderer kündbarer Verträge zahlten; endlich unter dem Namen „sächsisches Krum“ von solchen Grundbesitzern erhoben wird, die in Folge eines im Jahre 1735 abgeschlossenen Grenzregulirungsvertrages von Chursachsen an Churbraunschweig unter der Bedingung abgetreten sind, daß sie zu keinen höheren Steuern herangezogen werden sollten, als sie bis dahin zu entrichten hatten.

Hiernach umfaßte das in dem Gebiete des vormaligen Königreichs Hannover gültig gewesene Steuersystem die verschiedenen Einkommenquellen vollständig, wenn auch in verschiedener Weise.

Nach den Vorschriften der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 533) ist die Grundsteuer unter Ermäßigung auf elf Zwölftheile ihres bisherigen Betrages einstweilen und bis zur anderweiten Regelung derselben beibehalten, da-

gegen sind die Häusersteuer und die persönlichen direkten Steuern, sowie der einen Ersatz für die Häusersteuer beziehungsweise die persönlichen direkten Steuern bildende Theil der fürten Steuern für die Zeit vom 1. Juli 1867 ab gegen Einführung der altländischen Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, sowie der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer aufgehoben worden.

Besondere Erwähnung verdienen die Besteuerungsverhältnisse in dem zum vormaligen Königreiche Hannover ausschließlich gehörigen Theile des Harzes. Für diesen, die beiden Aemter Elbingerode und Zellerfeld mit 11,29 Quadratmeilen und 33 121 Einwohnern umfassenden Distrikt, jedoch theilweise mit Anschluß des Amtes Elbingerode bestanden bisher folgende Steuerexemptionen:

- a) Freiheit von der Grund- und Häusersteuer;
- b) Freiheit der Bergarbeiter von und mit dem Steiger abwärts und deren Frauen von der Personensteuer, insofern sie von keinem anderen Gewerbe oder durch ihr Vermögen ein Einkommen bezogen;
- c) Freiheit der Bewohner des eigentlichen Harzes mit Einschluß der Bewohner der dem Staate gehörigen Hüttenwerke bei Elbingerode von der Personen- und Gewerbesteuer, insofern sie nach den Bestimmungen des hannoverschen Gesetzes vom 21. Oktober 1834 in der 11. oder 12. Klasse zu veranlagten sein würden.

Diese Freiheiten gründeten sich auf den Zustand des Harzes in den früheren Jahrhunderten, der es der hannoverschen Regierung angemessen erscheinen ließ, zum Zweck der Förderung des Bergbaues die Einwohnerzahl auf dem Harze zu vermehren.

Seitdem haben sich die Verhältnisse des Harzes wesentlich geändert und gebessert. Im Amte Zellerfeld sind 20 Gemeinden mit 7 Städten entstanden; auf Staatskosten ungefähr 40 Meilen Chaussees angelegt, und ist dadurch auch der Grenzdistrikt dem allgemeinen Handel und Verkehr aufgeschlossen, insbesondere in engere Beziehung zu den übrigen Theilen des Staats u. s. w. getreten, dergestalt, daß die dort bestehenden Bevorzugungen in den benachbarten Distrikten in neuerer Zeit bereits zum Gegenstand nicht unbegründeter Beschwerde gemacht worden waren.

Bereits im Jahre 1823 hatte daher die frühere hannoversche Regierung es als zulässig und durch die Gerechtigkeit gegen die übrigen Einwohner des Landes geboten erachtet, die Steuerbegünstigungen des Harzes theils ganz zu beseitigen, theils wesentlich zu modifiziren; und es ist eigentlich nur einer übergroßen Nachsicht zuzuschreiben, daß die oben angegebenen Begünstigungen in steuerlicher Beziehung bis auf die neueste Zeit bestehen geblieben waren.

Mit den im preussischen Staate geltenden Grundsätzen, insbesondere mit den Bestimmungen der Verfassungsurkunde war die Aufrechterhaltung jener Befreiungen indeß um so weniger vereinbar, als es in Ersterem zahlreiche Landstriche (beispielsweise in der Gifel, auf dem Eichsfelde, in Hinterpommern u. a. m.) giebt, deren Bewohner in viel ärmlischeren und gedrückteren Verhältnissen, als die des Harzdistrikts, leben; sich keiner so ausgedehnten Rechte, wie beispielsweise des Rechtes der Harzbewohner auf freies Bau-, Nutz- und Brennholz erfreuen, und dennoch zu den Staatssteuern in gleicher Weise, wie alle übrigen Staatsangehörigen, herangezogen werden.

Dessenungeachtet hat es für angemessen erachtet werden müssen, den einmal bestehenden Verhältnissen in der Weise Rechnung zu tragen, daß jene Steuerbefreiungen erst mit dem 1. Januar 1868 ihr Ende erreichen, und so ein die neuen Verhältnisse genügend vorbereitendes Uebergangsstadium geschaffen worden ist. Demgemäß ist im §. 16 der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 533) bestimmt worden, daß die den Bewohnern, insbesondere den Bergarbeitern von und mit dem Steiger abwärts in dem zum vormaligen Königreiche Hannover ausschließlich gehörigen Theile des Harzes und der dem Staate gehörigen Hüttenwerke bei Elbingerode nach den bisherigen hannoverschen Gesetzen zustehenden Befreiungen von der Häuser-, beziehungsweise Personen- und Gewerbesteuer noch bis zum 1. Januar 1868 in Kraft bleiben und die gedachten Klassen von Einwohnern bis dahin auch von Entrichtung der veranlagten Gebäude-, Klassen- und Gewerbesteuer freigelassen werden sollen.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Behufs Bemessung der ihrem Gesamtbetrage nach in verhältnißmäßiger Gleichheit mit der Grundsteuer der altländischen Provinzen einstweilen in Hebung zu belassenden Grundsteuer

von den Liegenschaften, ließ sich die Provinz Hannover nicht ohne Weiteres nach ihrer Größe und ihrer Einwohnerzahl mit der Gesamtheit der altländischen Provinzen vergleichen, da die Gesamtverhältnisse der ersteren dem Durchschnitt der Gesamtverhältnisse aller altländischen Provinzen des Staates nicht gleich sind. Es konnten daher nur diejenigen Theile der Letzteren zur Vergleichung gezogen werden, welche annähernd gleiche Verhältnisse haben. Um in keiner Weise fehl zu greifen und namentlich die hannoverschen Gesamtverhältnisse nicht zu überschätzen, erschien es angemessen, einerseits den Regierungsbezirk Köslin, welcher unter den älteren preussischen Landestheilen am dünnsten bevölkert und in seinen Verkehrsverhältnissen mit am wenigsten aufgeschlossen ist, zum Vergleich heranzuziehen; andererseits aber das Vergleichungsobjekt auf die angrenzenden Kreise und Bezirke, sowie auf die niederrheinischen Niederungskreise auszudehnen.

Die zur Vergleichung gezogenen altpreussischen Landestheile sind hiernach folgende:

Landestheile	Größe in geogra- phischen □ Meilen	Einwoh- nerzahl für die	Viehstand (reduziert auf Häupter Großvieh) □ Meile	Wohnhäuser	
				Gesamt- zahl	auf der □ Meile
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Der Regierungsbezirk Köslin.	254,98	2 115	1 628	52 947	208
2. Der Regierungsbezirk Potsdam ausschließlich Berlin	374,87	2 550	1 880	108 303	289
3. Die beiden Serichow'schen Kreise und die Altmark	132,10	2 315	1 951	46 494	352
4. Die Kreise Nordhausen, Borbis, Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza	40,92	5 663	2 583	35 346	862
5. Der Regierungsbezirk Minden	95,40	4 985	2 540	70 087	735
6. Der Regierungsbezirk Münster	131,65	3 310	2 270	68 411	518
7. Die Kreise Rees, Kleve, Mers und Geldern . .	38,86	5 440	2 920	33 041	850
Summe . . .	1 068,78	2 953	2 002	414 629	388
Das vormalige Königreich Hannover hat	698,72	2 750	2 260	280 084	401

Die vorbezeichneten statistischen Nachrichten lassen einen ausreichenden Grad von Gleichartigkeit der maßgebenden Verhältnisse erkennen.

Nachstehend ist der Flächeninhalt der verschiedenen Benutzungsarten des Grund und Bodens in der Provinz Hannover zusammengestellt, und sind dabei zugleich die Reinertragssummen berechnet, welche sich ergeben, wenn die bei der Grundsteuerveranlagung in jenen altpreussischen Landestheilen ermittelten durchschnittlichen Reinerträge für den Morgen auf die entsprechenden Flächen in Hannover angewendet werden.

Benutzungsart	Flächeninhalt		Reinertrag für den Morgen Egr.	Gesamt- reinertrag Taler
	in preussischen Morgen	Prozent		
1.	2.	3.	4.	5.
a) Ackerland und Gärten	4 241 511	28,1	40,1	5 669 486
b) Wiesen und private Weiden	2 508 415	16,6	42,3	3 536 865
c) Nach Maßgabe der Weide- und Torfnutzung veran- lagtes Areal	5 601 704	37,2	16,4	3 062 265
d) Forstgrund	1 957 467	13,1	11,5	750 362
e) Nicht kulturfähige Flächen	759 518	5,0	—	—
Zusammen . . .	15 068 615	100,0	25,9	13 018 978

Es ist aber noch zu berücksichtigen, daß die dieser Berechnung zu Grunde gelegten Nachrichten über den Umfang der verschiedenen Benutzungsarten des Grund und Bodens schon in den Jahren 1848 und 1849 aufgenommen, und auch bei diesen Aufnahmen wiederum die viel älteren Angaben der Grundsteueranlagen benutzt worden sind, während seitdem sowohl in Folge von Verkoppelungen als auch anderweit sehr zahlreiche Kulturumwandlungen, welche namentlich die Vergrößerung der Acker- und Wiesenflächen zum Gegenstande gehabt haben, eingetreten sind. Es erhellt dies u. A. aus dem Umstande, daß in vorstehender Tabelle die Ackerländereien und Gärten nur mit 28,1 Prozent der Gesamtfläche nachgewiesen sind, wogegen sich dieser Satz in den zur Vergleichung gezogenen altpreussischen Landestheilen auf 48,7 Prozent berechnet.

Mit Rücksicht hierauf hätte streng genommen der oben nachgewiesene Reinertrag von 13 018 978 Thlr., welcher nach dem Prozentsatze von 9,574 234 eine jährliche Steuer von 1 246 467 Thaler entspricht, erheblich höher berechnet werden müssen und vielleicht, ohne Unbilligkeit, die bisherige hannoversche Grundsteuer, welche 1 402 887 Thaler jährlich betrug, bis zur erfolgten anderweiten Regelung derselben füglich unverändert beibehalten werden können. Dennoch ist — um die etwa hieraus herzuleitende Besorgniß einer zu hohen Belastung des Grundbesitzes zu beseitigen, und in Berücksichtigung des Umstandes, daß die Grundeigenthümer zu den persönlichen Steuern im Allgemeinen viel höher als bisher herangezogen werden, eine möglichst mäßige Bemessung der Grundsteuer daher wohl zu rechtfertigen sein möchte — im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 533) bestimmt worden, daß die Grundsteuer nur mit elf Zwölfttheilen ihres bisherigen Betrages fort erhoben werden soll. Es ist somit ein Grundsteuererlaß von 116 907 Thaler jährlich oder 8,33 Prozent gewährt und damit die bisherige Gesamtsumme von 1 402 887 Thaler auf 1 285 980 Thaler ermäßigt worden.

Im Vergleiche zu der Grundsteuer in den altländischen Provinzen gestaltet sich die Grundsteuer in Hannover nunmehr jedenfalls sehr mäßig, wie aus der nachfolgenden Uebersicht zu ersehen:

Landestheil	Durchschnittlicher Jahresbetrag der Grundsteuer			
	für die □ Meile		für den Kopf	bei einer Bevölkerung auf der □ Meile von
	der grundsteuerpflichtigen Fläche	der Gesamtfläche		
Thaler	Thaler	Gr.	Seelen	
1.	2.	3.	4.	5.
1. Provinz Hannover	1 940	1 840	20,1	2 750
2. Zur speziellen Vergleichung gezogene altpreussische Landestheile	2 110	1 830	18,6	2 950
3. Rheinland und Westfalen	3 440	3 080	15,9	5 810
4. Die sechs östlichen Provinzen	2 110	1 790	15,8	3 390
5. Gesamtheit der acht altländischen Provinzen	2 350	2 010	15,9	3 800

3. Die Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Die bisherige und gegenwärtige Besteuerung der Provinz Hannover, welche einen Flächeninhalt von 698,72 Quadratmeilen mit 1 923 492 Einwohnern umfaßt, ist in nachstehender Uebersicht vergleichend zusammengestellt:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jezt			
Steuerart	Jahres- betrag	für die □ Meile	für den Kopf	Steuerart	Jahres- betrag	für die □ Meile	für den Kopf	mehr		weniger	
								Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer*)	1 402 887	2 010	21,9	Grundsteuer*)	1 285 980	1 840	20,1	—	—	116 907	8,3
2. Gebäudesteuer.											
Häusersteuer	310 855	440	4,8	Gebäudesteuer	299 598	430	4,7	—	—	11 257	3,6
3. Gewerbesteuer.											
Gewerbesteuer	272 590	390	4,3	Gewerbesteuer	314 931	450	4,9	42 341	15,5	—	—
4. Persönliche Steuern.											
Personensteuer	987 990	1 410	15,4	Klassifizierte Einkommen- steuer Klassensteuer .	413 778	590	6,4				
Befoldungssteuer	91 000	130	1,4								
Erwerbsteuer	20 000	30	0,3								
Einkommensteuer	76 000	110	1,2								
	1 174 990	1 680	18,3		1 887 220	2 700	29,4	712 230	60,7	—	—
5. Uebershaupt	3 161 322	4 520	49,3		3 787 729	5 420	59,1	626 407	19,8	—	—

*) Einschließlich der Grundsteuer von den Domanalgrundstücken.

Die neu veranlagte Gebäudesteuer hat, indem sie hinter der bisherigen Häusersteuer nur um 3,6 Prozent zurückbleibt, in Bezug auf ihr Gesamtergebnis eine wesentliche Veränderung in der Provinz Hannover nicht herbeigeführt. Ganz verschieden gestaltet sich aber die Veränderung, wenn die einzelnen Landdrosteibezirke u. innerhalb derselben die Städte und das platte Land getrennt ins Auge gefaßt werden. Die hierbei gegen früher gegenwärtig hervortretenden Verschiedenheiten sind in der nachstehenden Zusammenstellung übersichtlich zur Anschauung gebracht:

Landdrostei- bezirk u.	Bisherige Häusersteuer			Gegenwärtige Gebäudesteuer			Jetzt mehr (+) oder weniger (—)								
	für den Kopf der Bevölkerung						Gesamtbetrag			für den Kopf			in Prozenten		
	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plattes Land	Ueberhaupt	Städte	Plattes Land	Ueber- haupt	Städte	Plattes Land	Ueber- haupt
	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Egr.	Egr.	Egr.	Prozent	Prozent	Prozent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.
1. Aurich . . .	8,6	4,3	5,1	10,7	3,1	4,5	+ 2 329	— 6 059	— 3 730	+ 2,1	— 1,1	— 0,6	+ 23,9	— 26,4	— 11,4
2. Osnabrück . .	7,1	4,1	4,6	7,2	2,7	3,5	+ 245	— 10 017	— 9 772	+ 0,1	— 1,4	— 1,1	+ 2,3	— 33,5	— 24,0
3. Stade . . .	7,9	4,8	5,0	10,5	3,9	4,4	+ 1 876	— 7 767	— 5 891	+ 2,6	— 0,9	— 0,6	+ 33,0	— 17,3	— 11,7
4. Hüneburg . .	7,3	4,6	5,0	8,9	3,7	4,5	+ 3 298	— 9 902	— 6 604	+ 1,6	— 0,9	— 0,5	+ 22,2	— 20,5	— 10,4
5. Hannover . .	10,0	4,3	5,7	16,1	3,6	6,8	+ 19 658	— 6 693	+ 12 965	+ 6,1	— 0,7	+ 1,1	+ 61,9	— 16,5	+ 18,0
6. Hildesheim .	6,1	3,5	4,1	8,1	3,1	4,3	+ 5 892	— 4 076	+ 1 816	+ 2,0	— 0,4	+ 0,2	+ 33,0	— 12,0	+ 3,6
7. Klausthal .	4,6	3,0	4,2	4,4	2,5	3,9	— 23	— 18	— 41	— 0,2	— 0,5	— 0,3	— 4,6	— 15,3	— 6,7
Ueberhaupt	7,3	4,3	4,8	10,0	3,4	4,7	+ 33 275	— 44 532	— 11 257	+ 2,7	— 0,9	— 0,1	+ 36,5	— 20,3	— 3,6

Hiernach ist die von den Städten zu entrichtende Gebäudesteuer gegen die bisherige Häusersteuer um 36,5 Prozent gestiegen, die vom platten Lande um 20,3 Prozent gefallen. Bei der Stadt Hannover allein beträgt die Steuererhöhung 8,4 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung oder 72,5 Prozent der bisherigen Häusersteuer.

Daß die Prozentsätze in den Spalten 14, 15 und 16 sich sehr verschieden gestalten, liegt theils in den offenbar vorhanden gewesenen Mängeln der bisherigen Veranlagung der Häusersteuer, theils aber, und zwar vorzugsweise, in den völlig verschiedenen Grundsätzen, auf welchen die hannoversche Häusersteuer einerseits und die neue Gebäudesteuer andererseits beruht. Denn während die Erstere nach dem Kapitalwerthe bemessen wurde, wird die Letztere in den Städten und den in dieser Beziehung den Städten gleichzustellenden Ortschaften des platten Landes nach dem auf Grund der gezahlten Miethspreise ermittelten Nutzungswerthe, in den übrigen ländlichen Ortschaften daneben unter Berücksichtigung des Umfangs und des Reinertrages der zu den Gebäuden gehörigen ländlichen Besitzungen, bei einer durch die Vorschriften des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 bedingten, grundsätzlich milden Behandlung der ländlichen Gebäude, veranlagt. Außerdem waren bisher die gewerblichen Gebäude, welche jetzt der altländischen Gebäudesteuer — und zwar mit der Hälfte der für Wohngebäude vorgeschriebenen Sätze — unterliegen, bisher von der Häusersteuer ganz befreit. Der Umstand, daß die gewerblichen Gebäude vorzugsweise in den Städten vorkommen, in Verbindung mit der erwähnten, grundsätzlich milden Veranlagung der ländlichen Gebäude zu der neuen Gebäudesteuer, hat es vorzugsweise veranlaßt, daß das platte Land durch Einführung der letzteren in der Besteuerung erleichtert worden ist.

Wie sich bei der Gewerbesteuer das Maß der bisherigen im Vergleich zu der gegenwärtigen Besteuerung herausgestellt hat, ist in nachstehender Uebersicht nachgewiesen:

Landdrostei- bezirk 2c.	Bisherige Gewerbesteuer			Gegenwärtige Gewerbesteuer			Setzt mehr (+) oder weniger (—)								
	für den Kopf der Bevölkerung						Gesamtbetrag			für den Kopf			in Prozenten		
	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plattes Land	Ueberhaupt	Städte	Plattes Land	Ueber- haupt	Städte	Plattes Land	Ueber- haupt
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Prozent	Prozent	Prozent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.
1. Aurich . . .	12,2	4,2	5,6	15,0	3,0	5,1	+ 3 076	— 6 196	— 3 120	+ 2,8	— 1,2	— 0,5	+ 22,2	— 28,0	— 8,7
2. Osnabrück .	9,7	2,1	3,4	11,5	3,2	4,6	+ 2 772	+ 8 121	+ 10 893	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 18,6	+ 53,8	+ 36,2
3. Stade . . .	9,2	3,2	3,6	12,6	3,9	4,5	+ 2 483	+ 6 498	+ 8 981	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 37,4	+ 21,7	+ 24,5
4. Lüneburg .	11,0	2,2	3,6	13,1	2,7	4,3	+ 4 186	+ 4 853	+ 9 039	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 18,7	+ 21,1	+ 19,9
5. Hannover .	14,5	3,0	5,9	15,3	3,0	6,1	+ 2 394	— 262	+ 2 132	+ 0,8	— 0,0	+ 0,2	+ 5,2	— 0,9	+ 2,9
6. Hildesheim.	8,3	2,5	3,8	11,5	2,9	4,9	+ 9 198	+ 3 995	+ 13 193	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 37,8	+ 17,2	+ 27,7
7. Klausthal .	2,3	1,0	2,1	3,3	2,8	3,2	+ 896	+ 327	+ 1 223	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,1	+ 41,8	+ 173,1	+ 52,4
Ueberhaupt	10,5	2,7	4,3	12,5	3,1	4,9	+ 25 005	+ 17 336	+ 42 341	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 19,1	+ 12,2	+ 15,5

Im Allgemeinen hat hiernach die eingetretene Erhöhung der Gewerbesteuer ebenfalls die Städte (mit 19,1 Prozent) verhältnißmäßig schärfer betroffen, als das platte Land (mit 12,2 Prozent). Bei den Landdrosteibezirken Osnabrück und Lüneburg tritt aber auch die umgekehrte Erscheinung hervor, und zwar bei ersterem Bezirke in sehr bemerkenswerthem Maße, indem die Gewerbesteuer des platten Landes um 53,8 Prozent, diejenige der Städte dagegen nur um 18,6 Prozent erhöht worden ist. Im Landdrosteibezirke Aurich ist eine auffällige Ermäßigung der Gewerbesteuer des platten Landes (um 28,0 Prozent) eingetreten, welche namentlich auf die Amtsbezirke Verum (mit 52,1 Prozent) und Emden (mit 58,9 Prozent) trifft. Die für den Bezirk der Berghauptmannschaft Klausthal in Spalte 14 bis 16 nachgewiesenen hohen Prozentsätze finden ihre Erklärung in der Ausnahmestellung, welche dieser Distrikt bisher in steuerlicher

Beziehung eingenommen hat und, wie oben bereits bemerkt, bis zum 1. Januar 1868 noch einnimmt.

Die Vertheilung der Gewerbesteuer ist eine völlig veränderte geworden. Den Gewerbesteuerpflichtigen selbst ist bei Veranlagung der altländischen Gewerbesteuer eine wesentliche Mitwirkung eingeräumt, und dadurch die Möglichkeit gegeben, den Handel und das Gewerbe nicht vorwiegend nach äußeren Merkmalen, als der Zahl der Gehülfen u. f. w., wie es bei der bisherigen hannoverschen Gewerbesteuer der Fall war, zu besteuern, sondern den Umfang und Ertrag des Handels- und Gewerbebetriebs, wie er von den Standesgenossen selbst am zutreffendsten beurtheilt werden kann, entscheidend sein zu lassen.

Die folgende Zusammenstellung weist einen Vergleich zwischen der bisherigen hannoverschen Personen-, Besoldungs-, Erwerb- und Einkommensteuer einerseits und der neu eingeführten Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer andererseits nach:

Landdroß- bezirk 1c.	Bisherige Steuern			Gegenwärtige Steuern			Jetzt mehr (+) oder weniger (—)								
	für den Kopf der Bevölkerung						Gesamtbetrag			für den Kopf			in Prozenten		
	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plat- tes Land	Ueberhaupt	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt	Städte	Plat- tes Land	Ueber- haupt
Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Egr.	Egr.	Egr.	Prozent.	Prozent.	Prozent.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.
1. Aurich . .	29,9	14,6	17,2	49,6	30,9	34,1	+ 22 297	+ 86 786	+ 109 083	+ 19,7	+ 16,3	+ 16,9	+ 66,0	+ 112,1	+ 98,1
2. Osnabrück	29,6	13,2	16,1	35,8	20,1	22,8	+ 9 556	+ 50 216	+ 59 772	+ 6,2	+ 6,9	+ 6,7	+ 21,1	+ 51,7	+ 42,0
3. Stade . .	36,3	16,0	17,5	51,4	28,9	30,5	+ 10 967	+ 121 339	+ 132 306	+ 15,1	+ 12,9	+ 13,0	+ 41,8	+ 80,2	+ 74,5
4. Lüneburg .	30,9	17,3	19,5	43,9	27,8	30,4	+ 26 579	+ 110 219	+ 136 798	+ 13,0	+ 10,5	+ 10,9	+ 42,3	+ 60,6	+ 55,9
5. Hannover	45,3	14,5	22,3	55,4	25,0	32,7	+ 32 216	+ 98 616	+ 130 832	+ 10,1	+ 10,5	+ 10,4	+ 22,3	+ 72,5	+ 46,7
6. Hildesheim	29,3	13,1	16,9	42,5	23,8	28,2	+ 38 529	+ 101 360	+ 139 889	+ 13,2	+ 10,7	+ 11,3	+ 44,9	+ 82,0	+ 66,8
7. Albsthal.	9,1	5,5	8,5	12,6	7,3	11,7	+ 3 215	+ 335	+ 3 550	+ 3,5	+ 1,8	+ 3,2	+ 38,5	+ 33,0	+ 37,9
Ueberhaupt	32,6	14,9	18,3	44,2	25,9	29,4	+ 143 359	+ 568 871	+ 712 230	+ 11,6	+ 11,0	+ 11,1	+ 35,3	+ 74,0	+ 60,7

Hier tritt — umgekehrt wie bei der Gebäude- und Gewerbesteuer — die Erscheinung hervor, daß das platte Land durch Einführung der neuen Steuern verhältnismäßig schärfer betroffen worden ist, als die Städte. Auch dies ist in den grundsätzlichen Verschiedenheiten des bisherigen und des gegenwärtigen Steuersystems begründet.

Der neuen Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer stehen von den bisherigen Steuern gegenüber:

- bei dem der Besoldungs-, Erwerb- und Einkommensteuer unterliegenden Einkommen, die Personen- und die Besoldungs-, oder Erwerb- oder Einkommensteuer,
- bei dem Einkommen aus Grund- oder Häuserbesitz oder aus Gewerbebetrieb allein die Personensteuer.

Während bei der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer der Prozentsatz der Besteuerung nicht durch die Quelle des Einkommens, sondern durch die Höhe desselben bestimmt wird, hatte das hannoversche Steuersystem diejenigen, welche nur Personensteuer entrichteten, namentlich also die Grund- und Hausbesitzer erheblich geringer besteuert, als bei der altländischen Klassensteuer der Fall, und ebenso diejenigen, welche zu der hannoverschen Einkommen-

steuer veranlagt waren. Ein aus Grundbesitz fließendes Einkommen, es mochte noch so hoch sein, konnte bei den persönlichen Steuern nicht höher, als mit 58 Thlr. für einen verheiratheten, und mit 50 Thlr. für einen unverheiratheten Mann herangezogen werden. Dagegen waren diejenigen, welche neben der Personensteuer noch eine Besoldungs-, Erwerb- oder Einkommensteuer zahlten, also Beamte, Pensionaire u. höher besteuert, als jenes bei Anwendung der altländischen Gesetzgebung geschieht. Die Einführung der altländischen Steuergesetzgebung hat eine höhere Besteuerung namentlich für das mehr als 1000 Thlr. betragende Einkommen aus dem Grund- und Hausbesitz, dagegen eine Erleichterung der mittleren und unteren Klassen der Bevölkerung, deshalb aber auch im Großen und Ganzen eine verhältnißmäßig höhere Besteuerung der Landbewohner gegenüber den Städten zur Folge gehabt und prinzipiell eine gerechte gleichmäßige Vertheilung der Staatslasten begründet. Im Uebrigen ist den Grundbesitzern in der stattgehabten Ermäßigung der Grundsteuer, auf dem platten Lande auch der Gebäudesteuer ein theilweiser Ersatz für das Mehr, welches ihnen an persönlichen Steuern auferlegt worden ist, zu Theil geworden.

Im Ganzen genommen gestaltet sich die gegenwärtige Besteuerung im Verhältniß zu der bisherigen für die Städte einerseits und für das platte Land andererseits folgendermaßen:

Steuergattung.	Bisher		Gegenwärtig		Mithin jetzt					
	Betrag	für den Kopf	Betrag	für den Kopf	mehr			weniger		
					Betrag	für den Kopf	Prozent	Betrag	für den Kopf	Prozent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
A. Städte.										
Grundsteuer	71 302	5,7	65 360	5,2	—	—	—	5 942	0,5	8,3
Gebäudesteuer	91 184	7,3	124 459	10,0	33 275	2,7	36,5	—	—	—
Gewerbsteuer	130 569	10,5	155 574	12,5	25 005	2,0	19,1	—	—	—
Klassen- und Einkommensteuer	406 485	32,6	549 844	44,2	143 359	11,6	35,3	—	—	—
A. =	699 540	56,1	895 237	71,9	195 697	15,8	27,9	—	—	—
B. Plattes Land.										
Grundsteuer	1 331 585	25,8	1 220 620	23,6	—	—	—	110 965	2,2	8,3
Gebäudesteuer	219 671	4,3	175 139	3,4	—	—	—	44 532	0,9	20,3
Gewerbsteuer	142 021	2,7	159 357	3,1	17 336	0,4	12,2	—	—	—
Klassen- und Einkommensteuer	768 505	14,9	1 337 376	25,9	568 871	11,0	74,0	—	—	—
B. =	2 461 782	47,7	2 892 492	56,0	430 710	8,3	17,5	—	—	—
Ueberhaupt . . .	3 161 322	49,3	3 787 729	59,1	626 407	9,8	19,8	—	—	—

Nach Maßgabe des durchschnittlichen Betrages an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, sowie Klassen- und klassifizirter Einkommensteuer für den Kopf der Bevölkerung gruppiren sich die Kreise und Landdrosteibezirke der Provinz Hannover in nachstehender Reihenfolge:

Kreis n.	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Klassifizierte Einkommensteuer	Klassensteuer	Zusammen	Kreis n.	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Klassifizierte Einkommensteuer	Klassensteuer	Zusammen
	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.		Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Hannover, Stadtkreis.	20,0	18,4	30,8	32,1	101,3	23. Sanddrofkebezirk Hildesheim	4,3	5,0	6,2	22,2	37,6
2. Hildesheim	6,0	7,4	9,3	25,8	48,5	24. Hannover, Landkreis	5,0	4,4	5,7	22,4	37,5
3. Gmünden	5,4	6,4	12,3	24,0	48,1	25. Wennigsen	3,7	3,5	6,2	23,6	36,9
4. Harburg	5,4	6,4	7,0	27,9	46,7	26. Hameln	4,3	4,2	5,3	22,4	36,2
5. Celle	5,5	5,0	9,1	26,8	46,4	27. Uelzen	4,2	3,0	4,3	23,7	35,2
6. Sanddrofkebezirk Hannover	6,8	6,2	9,3	23,4	45,6	28. Marienburg	3,7	3,3	5,6	22,2	34,8
7. Stader Marktkreis	3,4	6,0	7,2	28,5	45,1	29. Dannenberg	4,2	3,2	3,0	24,1	34,5
8. Peer	4,0	5,6	13,1	22,3	45,0	30. Fallingb.	3,6	3,5	2,9	23,6	33,6
9. Verden	4,7	4,3	10,2	24,7	43,9	31. Gifhorn	3,6	3,0	2,8	24,1	33,5
10. Sanddrofkebez. Aurich	4,5	5,1	10,6	23,5	43,7	32. Rotenburg	3,8	2,7	2,2	24,7	33,4
11. Stader Geestkreis	5,6	5,6	6,7	24,4	42,3	33. Hoya	3,6	2,6	5,2	21,8	33,2
12. Göttingen	4,9	5,7	8,3	23,2	42,0	34. Einbeck	3,6	3,9	3,7	20,9	32,2
13. Lüneburg	4,7	5,6	6,1	24,9	41,3	35. Osterode	3,4	4,5	3,3	20,0	31,2
14. Otterndorf	4,2	3,8	4,1	28,2	40,3	36. Sanddrofkebezirk Os-nabrück	3,5	4,6	3,2	19,6	30,9
15. Lehe	5,3	4,5	4,9	25,6	40,3	37. Bersenbrück	3,4	3,9	3,3	20,1	30,7
16. Sanddrofkebezirk Stade	4,4	4,5	5,6	24,9	39,4	38. Vöhringen	3,3	4,0	2,4	20,5	30,2
17. Neuhaus a. d. Oste	3,7	5,0	5,6	25,0	39,3	39. Osterholz	3,4	3,2	2,4	20,4	29,4
18. Sanddrofkebezirk Lüneburg	4,5	4,3	5,2	25,2	39,2	40. Nienburg	3,5	2,7	3,3	19,7	29,2
19. Probenz Hannover	4,7	4,9	6,4	23,0	39,0	41. Meppen	2,7	4,2	2,0	19,4	28,3
20. Aurich	4,2	3,5	6,9	24,2	38,8	42. Diepholz	2,8	2,8	1,9	18,9	26,4
21. Liebenburg	4,4	4,9	7,0	21,9	38,2	43. Welle	2,9	3,8	2,1	17,0	25,8
22. Osnabrück	4,9	6,8	6,0	20,5	38,2	44. Zellerfeld	1,1	3,1	3,3	10,9	18,4

An die Spitze dieser Reihe tritt, wie sachlich richtig, die Stadt Hannover mit einem gegen die übrigen Kreise in scharfer Abstufung hervortretenden Steuerbetrage. Auch dem zunächst folgenden Kreise Hildesheim wird seine bevorzugte Stellung vorzugsweise durch die Einwirkung der Stadt Hildesheim angewiesen. Die weiter folgenden Kreise gehören ganz oder theilweise fruchtbaren Niederungsgegenden an, und unter denselben würden die sehr fruchtbaren Kreise Stade (Marisch), Otterndorf, Lehe und Neuhaus a. d. Oste bei der Wohlhabenheit ihrer Bevölkerung eine noch günstigere Stelle in der Reihe der übrigen Kreise einnehmen, wenn ihnen nicht städtische Wohnplätze gänzlich fehlten, oder nicht wie bei Otterndorf der Fall, die einzige vorhandene Stadt (mit 1739 Einwohner) in der hier in Betracht kommenden Beziehung völlig bedeutungslos wäre. Die Kreise von Nr. 20 bis 35 enthalten theils fruchtbare Landstriche nur in geringerem Umfange, theils gehören sie den Distrikten von mittlerer Wohlhabenheit an.

In den Kreisen unter Nr. 37 bis 43 sind ausgedehnte sandige Landstriche mit umfangreichen Heide- und Moorgründen bei einer entschieden minder wohlhabenden Bevölkerung überwiegend, und in dem den Harz umfassenden Kreise Zellerfeld, dem letzten obiger Reihenfolge, treten die Gebäude-, Gewerbe- und Klassensteuer erst mit dem 1. Januar 1868 im ganzen Umfange in Wirksamkeit, in welchem Umfange der auffallend geringe Steuerbetrag für denselben seine Erklärung findet.

Es kann angenommen werden, daß im Großen und Ganzen eine verhältnismäßige Gleichheit der Ergebnisse der Steuerveranlagung im Innern der Provinz Hannover erreicht worden ist.

Bei einer Vergleichung der Veranlagungsergebnisse mit denjenigen der altländischen Provinzen kommt zunächst der Stadtkreis Hannover in Betracht. Für den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergeben sich für Letzteren ungefähr gleiche Durchschnittssätze, wie für die Stadtkreise Münster und Aachen, während sich für Köln und Magdeburg erheblich höhere Beträge berechnen. Das Nähere hierüber weist die nachstehende Tabelle nach.

Denkschrift.

Stadt.	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.	Egr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Köln	22,5	24,6	29,4	—	45,9	122,4
2. Magdeburg	19,3	20,6	25,5	8,3	37,6	111,3
3. Hannover	20,0	18,4	30,8	32,1	—	101,3
4. Münster	21,1	17,3	28,9	32,1	—	99,4
5. Aachen	17,7	19,4	19,1	1,1	41,9	99,2

Die Betrachtung dieser Zahlen und der Gesamtverhältnisse der genannten Städte läßt eine verhältnismäßig richtige Besteuerung der Stadt Hannover nicht vermissen.

Für die hannoverschen Kreise Emden, Leer, Stade (Marsch), Neuhaus a. d. D., Otterndorf und Lehe, welche theils ganz, theils in erheblichem Umfange aus fruchtbaren Niederungen bestehen, mögen die Vergleichsmomente aus den die nördlichste Spitze der Rheinprovinz bildenden, ebenfalls fruchtbaren Niederungskreisen Rees und Kleve entnommen, gleichzeitig aber auch die dem Stader Marschkreise und den Kreisen Neuhaus und Otterndorf auf dem rechten Elbufer gegenüberliegenden holsteinischen Veranlagungsbezirke Pinneberg, Ranzau, Steinburg, Süderditmarschen und Norderditmarschen mit in den Vergleich gezogen werden, wie solches in nachstehender Zusammenstellung geschehen ist.

Kreis beziehungsweise Veranlagungsbezirk.	Für den Kopf der Bevölkerung					
	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Rees	7,1	9,5	8,5	16,4	11,4	52,9
2. Kleve	6,0	6,0	7,6	19,4	7,3	46,3
3. Emden	5,4	6,4	12,3	24,0	—	48,1
4. Leer	4,0	5,6	13,1	22,3	—	45,0
5. Stader Marschkreis	3,4	6,0	7,2	28,5	—	45,1
6. Neuhaus a. d. Oste	3,7	5,0	5,6	25,0	—	39,3
7. Otterndorf	4,2	3,8	4,1	28,2	—	40,3
8. Lehe	5,3	4,5	4,9	25,6	—	40,3
9. Pinneberg	6,3	5,0	7,4	22,9	—	41,6
10. Ranzau	6,8	8,1	10,5	23,8	—	49,2
11. Steinburg	6,4	6,5	8,8	26,1	—	47,8
12. Süderditmarschen	5,5	5,4	11,6	20,4	—	42,9
13. Norderditmarschen	6,6	6,7	10,3	21,7	—	45,3

Hiernach könnte es den Anschein gewinnen, als seien namentlich die unter Nr. 5 bis 8 aufgeführten hannoverschen Niederungskreise zu niedrig besteuert im Vergleich zu den unter Nr. 9 bis 13 bezeichneten holsteinischen Bezirken, welche neben den Marschen noch erhebliche Theile der Geest umfassen. Allein in Wirklichkeit ist dies nicht der Fall. Die mäßigeren Sätze der hannoverschen Kreise werden durch den bereits oben hervorgehobenen Mangel von städtischen Wohnplätzen bedingt. Werden aus den holsteinischen Bezirken die Städte ausgeschieden, so

berechnen sich für den Kopf der Bevölkerung statt der in Spalte 7 nachgewiesenen, folgende Beträge, welche unter Berücksichtigung der beiderseitigen besonderen Verhältnisse darthun, daß letztere zutreffend erfasst worden sind.

Pinneberg	40,8	Sgr.
Ranzau	38,8	=
Steinburg	37,0	=
Süderditmarschen	40,2	=
Norderditmarschen	40,0	=

Die vier hannoverschen Kreise Lüneburg, Dannenberg, Uelzen und Gifhorn vergleichen sich passend mit den benachbarten vier altmärkischen Kreisen Osterburg, Stendal, Salzwedel und Gardelegen, sowie dem ebenfalls benachbarten Kreise Westprignitz, mit welchen sie in ihren Gesamtverhältnissen übereinstimmen. Die Steuerdurchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung betragen:

im Kreise	Gebäude- steuer Sgr.	Gewerbe- steuer Sgr.	Klassifiz. Ein- kommen- steuer Sgr.	Klassen- steuer Sgr.	Zu- sammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Lüneburg	4,7	5,6	6,1	24,9	41,3
2. Dannenberg	4,2	3,2	3,0	24,1	34,5
3. Uelzen	4,2	3,0	4,3	23,7	35,2
4. Gifhorn	3,6	3,0	2,8	24,1	33,5
5. Osterburg	4,2	4,4	5,5	27,0	41,1
6. Stendal	4,8	6,2	4,1	25,0	40,1
7. Salzwedel	4,0	4,3	2,8	24,7	35,8
8. Gardelegen	3,8	5,3	3,5	22,4	35,0
9. Westprignitz	5,4	5,5	3,8	21,6	36,3

Auch hier scheint ein angemessenes Verhältniß der beiderseitigen Landestheile erzielt zu sein.

Ferner grenzen der hannoversche Kreis Liebenburg mit den altländischen Kreisen Halberstadt und Wernigerode, die hannoverschen Kreise Osterode, Göttingen und Einbeck mit den altländischen Kreisen Nordhausen, Worbis, Heiligenstadt und Hörter. Für alle diese Kreise gestalten sich die Steuerdurchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung folgendermaßen:

Kreis	Gebäude- steuer Sgr.	Gewerbe- steuer Sgr.	Klassifiz. Ein- kommen- steuer Sgr.	Klassen- steuer Sgr.	Zu- sammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Liebenburg	4,4	4,9	7,0	21,9	38,2
2. Halberstadt	7,4	9,2	12,2	25,0	53,8
3. Wernigerode	6,1	6,1	7,4	26,0	45,6
4. Osterode	3,4	4,5	3,3	20,0	31,2
5. Göttingen	4,9	5,7	8,3	23,1	42,0
6. Einbeck	3,6	3,9	3,7	20,9	32,1
7. Nordhausen	4,9	8,9	5,7	19,0	38,5
8. Worbis	2,8	5,5	1,6	14,7	24,6
9. Heiligenstadt	2,4	4,6	2,6	16,6	26,2
10. Hörter	3,8	4,8	3,9	19,4	31,9

Die Steuererträge im Kreise Liebenburg bleiben hinter denjenigen der angrenzenden Kreise Halberstadt und Verneigerode erheblich zurück, und dies muß bei der entschieden größeren Wohlhabenheit der Bevölkerung in letzteren als richtig anerkannt werden. Dagegen sind in dem hannoverschen Kreise Göttingen wiederum höhere Veranlagungsergebnisse erzielt worden, als in dem altländischen Kreise Nordhausen. Auch dieses erscheint gerechtfertigt, da beide Kreise zwar sehr fruchtbare Landstriche mit einer wohlhabenden Bevölkerung gemein haben, der Kreis Nordhausen aber einen verhältnismäßig größeren Theil Gebirgslandes (des Eichsfeldes) mit einer nicht in Wohlhabenheit lebenden Bevölkerung umfaßt, im Uebrigen in der Stadt Göttingen eine verhältnismäßig größere Zahl von Einkommensteuerepflichtigen wohnt, als in der Stadt Nordhausen. Die geringe Wohlhabenheit, theils Armuth der Bevölkerung in den eichsfeldischen Kreisen Worbis und Heiligenstadt beschränkt die Steuererträge für diese Kreise auf ein sehr geringes Maß, weshalb den letzteren gegenüber der in seiner Gesamtheit entschieden günstiger situierte hannoversche Kreis Osterode nicht zu hoch besteuert erscheint, zumal derselbe in seinem unmittelbar an den Kreis Worbis grenzenden Amte Gieboldehausen an Gebäude-, Gewerbe-, Klassen- und Einkommensteuer nur den geringen Betrag von 23,7 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung, mithin noch weniger als der Kreis Worbis ergibt. Die benachbarten Kreise Einbeck und Hörter sind annähernd gleich hoch besteuert, und auch dieses erscheint nach Lage der Verhältnisse angemessen.

Auf der Strecke von der holländischen Grenze bei Bentheim bis zum Fürstenthume Schaumburg-Lippe grenzen mit einander die hannoverschen Kreise Lingen, Bersenbrück, Melle, Osnabrück, Diepholz, Nienburg und die westfälischen Kreise Steinfurt, Tecklenburg, Warendorf, Halle, Herford, Lübbecke, Minden. Für dieselben betragen die direkten Steuern, für den Kopf der Bevölkerung berechnet:

Kreis	Gebäude- steuer Sgr.	Gewerbe- steuer Sgr.	Klassifiz. Ein- kommen- steuer Sgr.	Klassen- steuer Sgr.	Zu- sammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. <i>Lingen</i>	3,3	4,0	2,4	20,5	30,2
2. <i>Bersenbrück</i>	3,4	3,9	3,3	20,1	30,7
3. <i>Steinfurt</i>	3,5	4,9	2,5	19,0	29,9
4. <i>Tecklenburg</i>	2,8	3,3	2,0	15,9	24,0
5. <i>Melle</i>	2,9	3,8	2,1	17,0	25,8
6. <i>Warendorf</i>	4,2	4,1	3,8	19,6	31,7
7. <i>Halle</i>	3,4	3,6	3,2	19,4	29,6
8. <i>Herford</i>	3,4	5,0	3,7	18,5	30,6
9. <i>Osnabrück</i>	4,9	6,8	6,0	20,5	38,2
10. <i>Diepholz</i>	2,8	2,8	1,9	18,9	26,4
11. <i>Lübbecke</i>	3,5	2,7	2,2	18,9	27,3
12. <i>Nienburg</i>	3,5	2,7	3,3	19,7	29,2
13. <i>Minden</i>	5,8	5,4	6,6	23,5	41,3

Die aus Sand- und Moor Gegenden bestehenden Kreise Lingen und Bersenbrück stehen mit dem Kreise Steinfurt, welcher ganz ähnliche Verhältnisse darbietet, bezüglich der Höhe der Steuern fast gleich. Der altländische Kreis Tecklenburg tritt dagegen diesen Kreisen gegenüber in der Wohlhabenheit seiner Bevölkerung erheblich zurück, ebenso der hannoversche Kreis Melle, und dies findet in den entsprechend niedrigeren Steuererträgen einen zutreffenden Ausdruck. Die den Kreis Melle weiter umschließenden westfälischen Kreise Warendorf, Halle und Herford

liefern höhere Steuerbeträge, als ersterer, wie solches durch die im Durchschnitt größere Wohlhabenheit der Bevölkerung bedingt wird, wengleich in einem Theile des Kreises Halle und namentlich des Kreises Herford der Durchschnittsbetrag für den Kopf dadurch, daß ein großer Theil der Bevölkerung sich von Weberei und Spinnerei ernährt und hierbei nur eine nothdürftige Nahrungsquelle findet, wesentlich herabgedrückt werden muß.

Der hannoversche Kreis Osnabrück überragt den angrenzenden westfälischen Kreis Lübbecke bezüglich des Steueraufkommens erheblich, und zwar um deswillen, weil in ersterem Kreise die Stadt Osnabrück — nächst der Stadt Hannover die größte der Provinz Hannover — bedeutend ins Gewicht fällt, obwohl die gedachte Stadt anscheinend nur sehr mäßig und im Verhältniß zu anderen hannoverschen Städten zu gering veranlagt ist. Werden auf beiden Seiten die Städte außer Betracht gelassen, so berechnet sich für den Kreis Osnabrück ein Durchschnittssatz von 26,3 Sgr. (statt 38,2 Sgr.) und für den Kreis Lübbecke ein solcher von 25,4 Sgr. (statt 27,3 Sgr.). Wird berücksichtigt, daß beide Kreise zwar recht fruchtbare Landstriche, daneben aber auch unfruchtbare Heide- und Moordistrikte, deren Bevölkerung in minderem Wohlstande, als in jenen Strichen lebt, und zwar der Kreis Lübbecke in erheblich größerem Maße, als der Kreis Osnabrück, enthalten, so dürfte das oben nachgewiesene Verhältniß als richtig anzuerkennen sein.

Umgekehrt liegt das Verhältniß zwischen dem hannoverschen Kreise Nienburg und dem westfälischen Kreise Minden. Hier hat letzterer den Vorzug einer größeren städtischen Bevölkerung. Für das platte Land betragen die Durchschnittssätze 26,3 Sgr. im Kreise Nienburg und 27,0 Sgr. im Kreise Minden. Auch dies erscheint nach Lage der Verhältnisse zutreffend.

Die Vergleichung der Provinz Hannover im Ganzen und ihrer einzelnen Landdrosteibezirke mit den angrenzenden altländischen Provinzen und Regierungsbezirken führt zu folgender Zusammenstellung:

Landestheil	Für den Kopf der Bevölkerung					
	Gebäude-	Gewerbe-	Klassifiz.	Klassen-	Mahl-	Zu-
	steuer	steuer	kommen-	steuer	und	
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Schlacht-	Sgr.
					steuer	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Provinz Brandenburg	10,0	9,7	12,5	12,7	17,1	62,0
2. Regierungsbezirk Magdeburg	6,6	7,8	10,0	20,1	4,3	48,8
3. Landdrosteibezirk Hannover . . .	6,8	6,1	9,3	23,4	—	45,6
4. Landdrosteibezirk Aurich . . .	4,5	5,1	10,6	23,5	—	43,7
5. Provinz Sachsen	5,5	6,9	7,3	18,2	4,1	42,0
6. Regierungsbezirk Potsdam (ohne Berlin)	5,4	6,2	5,4	17,3	6,9	41,2
7. Landdrosteibezirk Stade	4,4	4,5	5,6	24,9	—	39,4
8. Landdrosteibezirk Lüneburg . .	4,5	4,3	5,2	25,2	—	39,2
9. Provinz Hannover	4,7	4,9	6,4	23,0	—	39,0
10. Landdrosteibezirk Hildesheim .	4,3	5,0	6,1	22,2	—	37,6
11. Regierungsbezirk Arnberg	5,4	5,9	5,6	18,6	—	35,5
12. Regierungsbezirk Erfurt	4,5	6,7	5,6	18,5	—	35,3
13. Provinz Westfalen	4,8	5,2	5,1	19,0	—	34,1
14. Regierungsbezirk Münster	4,7	4,6	4,8	19,1	—	33,2
15. Regierungsbezirk Minden	4,0	4,7	4,6	19,5	—	32,8
16. Landdrosteibezirk Osnabrück .	3,5	4,6	3,2	19,6	—	30,9

Die Provinz Hannover zeichnet sich — mit Ausnahme einiger, nicht umfangreicher Distrikte — durch einen allgemein verbreiteten Wohlstand ihrer Bevölkerung vortheilhaft aus.

Mit Rücksicht hierauf, sowie auf die Verhältnisse der vorstehend aufgeführten altländischen Gebietstheile, von denen die Regierungsbezirke Arnberg, Erfurt und Minden neben allerdings sehr wohlhabenden Landstrichen gleichzeitig doch auch mehr oder weniger umfangreiche, zum Theil sehr ärmliche Gebirgsgegenden umfassen und mehrfach eine wenig leistungsfähige Bevölkerung haben, werden gegen die Angemessenheit der Veranlagungsergebnisse sowohl für die einzelnen Landdrosteibezirke als für die Gesamtheit der Provinz Hannover erhebliche Bedenken kaum erhoben werden können.

III. Abschnitt.

Normals kurhessische Landestheile.

1. Bisherige Besteuerung.

An direkten Steuern wurden in Kurhessen erhoben:

- A. Grundsteuer,
- B. Gewerbesteuer,
- C. Klassensteuer,
- D. Servisgeld der Stadt Kassel.

Das sogenannte Servisgeld der Stadt Kassel, für welches diese Stadt in Friedenszeiten Freiheit von Naturaleinquartierung genießt, übrigens 1 500 Thlr. jährlich beträgt, kann hier außer Betracht bleiben, da dasselbe, obgleich unter den direkten Steuern etatisirt, den Charakter einer auf lästigem Vertrage beruhenden Abgabe hat, also keine eigentliche Steuer ist, übrigens neben den ordentlichen Steuern erhoben wurde und noch wird.

A. Die Besteuerung des Grund und Bodens, sowie der Gebäude im vormaligen Kurfürstenthume Hessen, beruhte im Wesentlichen auf dem ursprünglich nur für die althessischen Landestheile erlassenen Steuerreglement vom 16. Oktober 1764, den Erläuterungen hierzu vom 25. Februar 1772 und einigen noch älteren Bestimmungen, welche, während der Fremdherrschaft beseitigt, nach dem Aufhören der letzteren durch die Verordnung vom 27. Dezember 1814 wieder eingeführt, in dem Ausschreiben des kurfürstlichen Finanzministeriums vom 12. April 1833 in übersichtlicher Weise zusammengestellt, und durch das Gesetz vom 15. Dezember 1853 auf sämtliche Theile des Kurstaats ausgedehnt worden sind. Die kurhessische Grundsteuer vertrat, indem sie sowohl von den Liegenschaften, als auch von den Gebäuden zu entrichten war, die Stelle der altländischen Grund- und Gebäudesteuer. Hinsichtlich der Befreiungen unterscheidet sie sich dadurch wesentlich von der altländischen Steuer, daß die Liegenschaften wie die Gebäude des zum landesherrlichen Domänenvermögen (im Gegensatz zum Staatseigenthum) gehörigen, sowie des im Besitz der landesherrlichen Familie und der nachgeborenen und apanagirten Prinzen des kurfürstlichen Hauses befindlichen Grundeigenthums ganz steuerfrei sind, während in Altpreußen nur die Gebäude der Mitglieder des königlichen Hauses von der Gebäudesteuer frei sind. Andererseits sind in den altländischen Provinzen die dem öffentlichen Dienst gewidmeten Gebäude, die Dienstwohnungen der Geistlichen und Lehrer u. unbedingt frei, dagegen waren diese Gebäude in Kurhessen unter gewissen Voraussetzungen besteuert; endlich unterlagen die in Altpreußen steuerfreien, der Landwirtschaft dienenden Gebäude in Kurhessen allgemein der Grundsteuer.

Den Maßstab zur Besteuerung der Liegenschaften in Kurhessen bildete der mittlere Reinertrag, so wie er bei gewöhnlicher landesüblicher Bewirthschaftung erwartet werden kann und aus dem Rohertrage nach Abzug der Kulturkosten sich ergibt.

Die Besteuerung der Gebäude gründete sich in den Städten auf den Miethertrag und den danach zu berechnenden Werth, auf dem platten Lande auf den Nutzen, welchen die Gebäude mit Rücksicht auf die Ergiebigkeit der Feldmark der betreffenden Ortschaft in landwirthschaftlicher Beziehung gewähren.

Die kurhessische Grundsteuer war nicht, wie die preussische Steuer von den Liegenschaften, kontingentirt, vielmehr unterlagen die in verschiedenen, zum Theil sehr frühen Perioden bewirkten Veranlagungen fortgesetzten Rektifikationen auf Grund neuer Vermessungen und Bonitrungen,

welche regelmäßig eine Steigerung der früheren Steuerbeträge zur Folge hatten. Die Ungleichheiten, welche schon hiernach in dem Maße der Besteuerung bestanden, wurden dadurch erhöht, daß gewisse Grundstücke nur die halbe und gewisse ehemalige herrschaftliche Lehen und ritterschaftliche Allodialgüter nur die ebenfalls in der Hälfte der vollen Grundsteuer bestehende sog. Gremtensteuer zu entrichten hatten.

B. Die Besteuerung der Gewerbe im vormaligen Kurfürstenthume Hessen beruhte auf den Gesetzen vom 21. Juli 1840 und 15. September 1853. Während die altländische Gewerbesteuer nur bestimmte, im Gesetz ausdrücklich benannte Gewerbe trifft, waren der kurhessischen Gewerbesteuer alle unterworfen, welche Handel, Handwerke und sonstige Gewerbe oder Künste treiben, ausgenommen:

1. die Eigenthümer und Pächter von Gütern oder Grundstücken, einschließlich der Waldungen, und zwar nicht allein in Hinsicht der Bewirthschaftung derselben, sondern auch in Ansehung des mit dem gewöhnlichen Landwirthschaftsbetriebe verbundenen Abjages von Produkten und Vieh,
2. die Branntweinbrenner,
3. die Handlungsdiener, Handwerksgejellen, Lehrlinge und sonstigen Gehülfen und Arbeiter, sofern sie nicht einen eigenen Haushalt führen,
4. die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter,
5. die Maler und Bildhauer,
6. die Wollen-, Baumwollen- und Leinengarnspinner, die Wolle- und Baumwolleträger,
7. die Lumpensammler,
8. die Tagelöhner, Aufwärter und die einen eigenen Hausstand führenden Handwerksgejellen, Bedienten und Arbeiter, die Näherinnen, Wäscherinnen und Büglerinnen, desgleichen die Leinweber, welche weder buntes Leinen, noch Bildzeug oder Damast anfertigen, insoweit sie das sechzigste Lebensjahr zurückgelegt haben,
9. diejenigen, welche regelmäßig aus öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten Unterstützungen erhalten,
10. alle Gewerbetreibende, deren gesamntes jährliches Einkommen nicht über 50 Thlr. beträgt.

Den Maßstab der Besteuerung bildete der muthmaßliche Reinertrag, den die verschiedenen Gewerbe abwerfen, daneben die Größe und Betriebsamkeit des Orts und die Zahl der Gehülfen u. Die Steuersätze waren innerhalb des für dieselben festgestellten Maximums und Minimums dergestalt zu bestimmen, daß bei einem muthmaßlichen Einkommen bis 200 Thlr. jährlich 1 Prozent, bei einem Einkommen von 200 bis 500 Thlrn. 2 Prozent, bei einem Einkommen von 500 bis 1000 Thlrn. 3 Prozent und bei einem solchen von mehr als 1000 Thlrn. 4 Prozent dieses Einkommens annähernd erhoben wurden. fand sich, daß ein nach bestimmten Sätzen zu besteuender Gewerbetreibender nach obigem Grundsatz zu gering besteuert werden würde, so war derselbe entsprechend höher zu besteuern.

C. Der auf den Gesetzen vom 31. Oktober 1833, vom 25. März 1834, vom 14. Juni 1837 und 15. Dezember 1853 beruhenden kurhessischen Klassensteuer war alles Einkommen unterworfen, welches nicht bereits von der Grundsteuer oder von der Gewerbesteuer betroffen wurde, insbesondere das Diensteinkommen und Wartegelder, Pensionen und Gnadengehälter, Kapitalrenten, das Einkommen aus der Ausübung eines wissenschaftlichen Berufs, aus der Pachtung von Gütern, Grundgefallen und Naturalabgaben. Befreit von der Klassensteuer waren:

1. jedes Einkommen, welches den Betrag von 50 Thlrn. jährlich nicht übersteigt;
2. das Einkommen der landesherrlichen Familie, der nachgeborenen Prinzen des kurfürstlichen Hauses und der landgräflich Philippsthalischen Linie;
3. Das Einkommen der Kirchen, öffentlichen Unterrichtsanstalten und milden Stiftungen;
4. Pensionen aus Wittwen- und Waisenkasjen des Inlandes u.

Die Steuersätze waren so normirt, daß bei einem Einkommen von 1200 Thlrn. und mehr 2,50 bis 2,91 Prozent, von 800 bis 1200 Thlrn. 1,96 bis 2,50 Prozent, von 500 bis 800 Thlrn. 1,50 bis 1,96 Prozent, von 150 bis 500 Thlrn. 1,33 bis 1,50 Prozent, von 100 bis 150 Thlrn. 1 Prozent, von 75 bis 100 Thlrn. 0,71 Prozent und von 50 bis 75 Thlrn. 0,67 Prozent zu zahlen waren.

Neben den eigentlichen direkten Steuern ist hier noch die Hundesteuer zu erwähnen, welche in Kurhessen auf Grund des Gesetzes vom 26. Juni 1840 mit 2 Thlrn. jährlich für jeden Hund in den Städten und Vorstädten, und mit 1½ Thlrn. für jeden Hund auf dem platten

Landes; ferner mit dem $1\frac{1}{2}$ fachen Betrage dieser Sätze für jeden weiteren Hund, unter Zulassung von Befreiungen und Ermäßigungen für Personen, welche Hunde halten müssen, erhoben wurde. Dieselbe hatte, indem sie das Halten von Hunden zu beschränken bestimmt war, einen vorzugsweise polizeilichen Charakter und war finanziell nicht von Wichtigkeit. In den altländischen Provinzen besteht eine in die Staatskasse fließende Abgabe von Hunden nicht.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Um die Höhe der einstweilen in Hebung zu belassenden Grundsteuer von den Liegenschaften mit thunlichster Gewähr für ein richtiges Resultat veranschlagen zu können, sind solche altländische Kreise, welche dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen in den landwirtschaftlichen, Boden-, Verkehrs- und sonstigen Verhältnissen möglichst gleich stehen, zum Anhalt genommen. Die diesfällige Auswahl ist zunächst auf die unmittelbar an Kurhessen angrenzenden Kreise Wehlar, Brilon, Warburg, Hörtel, Minden, Heiligenstadt, Mühlhausen und Schleusingen, ferner die von Kurhessen nur durch schmale Landstriche getrennten Kreise Siegen, Wittgenstein, Meschede und Büren gerichtet worden. Zur Gegenüberstellung mit der früheren kurhessischen Provinz Hanau waren aber noch die Kreise Neuwied, Altenkirchen und, mit Rücksicht auf die Nähe der Stadt Frankfurt a. M., der Landkreis Aachen heranzuziehen. Eine spezielle Vergleichung dieser 15 altländischen Kreise mit einer Gesamtfläche von 159,17 Quadratmeilen und 707,007 Einwohnern ergibt, daß dieselben mit dem Kurfürstenthum Hessen in allen, bei der Besteuerung vorzugsweise ins Gewicht fallenden Merkmalen im Großen und Ganzen übereinstimmen. Es beträgt nämlich:

	in den gedachten 15 Kreisen	in Kurhessen
1. die Bevölkerung auf der □ Meile	4 450	4 290
2. an der Gesamtbevölkerung der Prozentantheil		
a) der städtischen Bevölkerung	22,7	27,3
b) der ländlichen Bevölkerung	77,3	72,7
3. die Anzahl der Wohnhäuser auf der □ Meile	668	612
4. Die Anzahl der durchschnittlich auf ein Wohnhaus treffenden Einwohner	6,7	7,0
5. der Viehstand, auf Großvieh reduziert, auf der □ Meile	2 160	2 114
6. an der Gesamtfläche der Prozentantheil		
a) der Gebäudesflächen, Hofräume und Hausgärten	0,9	—
der Gebäudesflächen und Hofraiten	—	0,4
b) der Ackerländereien	40,7	36,8
c) der Gärten und Wiesen	8,6	—
der Gärten, Wiesen und Fettweiden	—	12,7
d) der Holzungen	38,8	38,5
e) der Weiden, Wasserstücke, des Ded- und Unlandes, der Wege, Bäche, Flüsse u.	11,0	—
der schlechten Hutten, Frieschen, Wüstungen u., Wege, Gewässer u.	—	11,6

Es unterliegt hiernach keinem Bedenken, daß bei einer nach gleichen Grundsätzen bewirkten Veranlagung der Grundsteuer die beiderseitigen Landestheile im Großen und Ganzen annähernd gleiche Erträge ergeben müssen.

Bei Anwendung der Durchschnittssätze der in den gedachten 15 altländischen Kreisen aufkommenden Grundsteuer auf Kurhessen ergibt sich folgendes Resultat.

Der durchschnittliche Reinertrag für den Morgen der verschiedenen Kulturarten in den 15 altländischen Kreisen beträgt:

für Ackerländereien	53,8 Sgr.
für Wiesen, Gärten, Weinberge, Weiden	76,5 =
für schlechte Hutten, Friesche, Wüstungen u.	20,6 =
für Waldungen	16,8 =

Werden diese Reinerträge auf die bezüglichlichen in Kurhessen vorhandenen Kulturarten angewendet, so berechnen sich folgende Reinerträge:

a)	für 1 380 829 Morgen Ackerländereien	2 476 287 Thlr.
b)	= 478 750 = Wiesen, Weiden, Gärten u. Weinberge	1 220 813 =
c)	= 224 983 = schlechte Hutten, Triefsche etc.	154 488 =
d)	= 1 444 759 = Waldungen	809 065 =

zusammen für 3 529 321 Morgen (mit durchschnittlich 42,5 Sgr.) 4 660 653 Thlr.

Von dieser Reinertragssumme ist jedoch in Abzug zu bringen der Reinertrag der nach altländischer Gesetzgebung von der Grundsteuer befreiten Grundstücke, und zwar:

- von 803 089 Morgen Staatsforsten zu 16,8 Sgr. Reinertrag = 449 730 Thlr.
- von den übrigen steuerfreien Grundstücken der Domainen, der Kirchen, Pfarren, Schulen, milden Stiftungen im Flächeninhalt von 171 585 Morgen zu 42,5 Sgr. Reinertrag = 243 079 Thlr. Nach Abzug dieser Beträge mit zusammen 692 809 Thlr. von der oben berechneten Reinertragssumme verbleibt ein steuerpflichtiger Reinertrag von 3 967 844 Thlrn., welchem nach dem Prozentsatze von 9,574 234 eine jährliche Grundsteuer der Liegenschaften des vormaligen Kurfürstenthums Hessen von 379 891 Thlrn. entspricht.

Da bei dem Mangel der erforderlichen Unterlagen nicht nachgewiesen werden konnte, welcher Theil der bisherigen Grundsteuer auf die Liegenschaften, und welcher Theil auf die Gebäude nebst Hofräumen etc. entfiel, so war es nothwendig, auch den muthmaßlichen Ertrag der neuen Gebäudesteuer mit in Rechnung zu ziehen, und folchergehalt vergleichbare Zahlen zu gewinnen.

Die Gebäudesteuer beträgt in den zur Vergleichung gezogenen 15 altländischen Kreisen
für den Kopf der städtischen Bevölkerung 7,7 Sgr.
für den Kopf der ländlichen Bevölkerung 2,9 =

Da von der Bevölkerung Kurhessens

auf die Städte 200 636 Einwohner
auf das platte Land 536 701 =

kommen, so berechnet sich die Gebäudesteuer für diesen Landestheil:

- für die Städte zu 51 497 Thlr.
- für das platte Land zu 51 881 =

zusammen zu 103 378 Thlr.

Die nach den Grundsätzen der altländischen Gesetzgebung veranlagte Grund- und Gebäudesteuer zusammen genommen würde hiernach für Kurhessen betragen:

- Grundsteuer 379 891 Thlr.
- Gebäudesteuer 103 378 = *)

zusammen 483 269 Thlr.

Die bisherige Grundsteuer von den Liegenschaften und den Gebäuden

betrug nach dem Statsansatze für das Jahr 1867 675 700 Thlr.

mithin mehr 192 431 Thlr.

Es würde mithin die nach den Grundsätzen der altländischen Steuerverfassung veranlagte Grund- und Gebäudesteuer 28 Prozent weniger als die bestehende Steuer betragen.

Auf Grund dieser Erwägungen ist im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 28. April 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 538) bestimmt worden, daß gegen Einführung der altländischen Gebäudesteuer der auf den Gebäuden nebst Hofräumen etc. haftende Theil der bisherigen Grundsteuer ganz in Wegfall zu bringen, der verbleibende Theil der Letzteren aber um 25 Prozent zu ermäßigen sei.

Daß bei obigem Anschlage, worauf es wesentlich ankam, das Verhältniß zwischen der Grundsteuer von den Liegenschaften und der Gebäudesteuer richtig erfaßt worden ist, hat die

*) Die inzwischen ausgeführte Veranlagung der Gebäudesteuer hat diesen Anschlag als annähernd zutreffend erwiesen, indem sich darnach jetzt — ohne Abrechnung der in Folge des Reklamations- und Rekursverfahrens noch zu gewärtigenden Abgänge — ein Betrag von 113 137 Thlrn. ergeben hat.

inzwischen erfolgte Ausführung jener Verordnungsbestimmung erwiesen. Darnach ist im Ganzen in Hebung geblieben ein Grundsteuerbetrag von 389 422 Thlr.

Nach obigem Anschlag sollte es sein ein Betrag von 379 891 =

Der Unterschied von 9 531 Thlr.
ist so gering, daß er gegenüber den unvermeidlichen Ungenauigkeiten eines derartigen Anschlags überhaupt gar nicht in Betracht kommen kann.

3. Die Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Die Einführung der altländischen direkten Steuern hat für die vormalig kurheffischen Landestheile (mit einem Flächeninhalte von 171,91 Quadratmeilen und 737 337 Einwohnern) zu den nachstehend zusammengestellten Ergebnissen geführt, welchen zugleich die bisher entrichteten Steuern gegenübergestellt sind:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jetzt			
Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	519 229	3 020	21,1	Grundsteuer .	389 422	2 260	15,8	—	—	129 807	25,0
2. Gebäudesteuer.											
Grundsteuer	156 471	910	6,4	Gebäudesteuer	113 137	660	4,6	—	—	43 334	27,7
3. Gewerbliche und persönliche Steuern n. dergl. m.											
Gewerbsteuer	136 010	790	5,5	Gewerbsteuer	90 857	530	3,7				
Klassensteuer	96 480	560	3,9	Klassifiz. Einkommensteuer	117 042	680	4,8				
Hundsteuer	17 950	100	0,8	Klassensteuer .	455 165	2 650	18,5				
	250 440	1 450	10,2		663 064	3 860	27,0	412 624	164,8	—	—
4. Uebershaupt	926 140	5 380	37,7		1 165 623	6 780	47,4	239 483	25,8	—	—

Ungeachtet die Grundsteuer von den Liegenschaften um 25 Prozent ermäßigt und dadurch für die Gesamtheit der vormalig kurheffischen Landestheile auf das der Grundsteuer in den altländischen Provinzen entsprechende Maß zurückgeführt worden, ist im Einzelnen stellenweise eine viel höhere Besteuerung bestehen geblieben, welche nur durch die anderweite Regelung der Grundsteuer, und zwar auf Kosten der verhältnismäßig zu niedrig besteuerten Grundstücke beseitigt werden kann. So betrug in Kurheffen der niedrigste Steuersatz für einen preussischen Morgen in Kultur befindlichen Ackerlandes bisher in der Regel nicht unter 26 Pfennige — jetzt nicht unter 19 ½ Pfennige — und nur ausnahmsweise bei ganz schlechtem Ackerlande, ebenso wie bei Waldungen, Drieschen und schlechten Hutten bisher 13 Pfennige — jetzt 9 ¾ Pfennige — für den Morgen, während nach der altländischen Grundsteuergesetzgebung die Jahres-

steuer für einen Morgen bei Ackerland bis auf 3,45 Pf., bei Wiesen bis auf 6,9 Pf., bei Weiden, Holzungen, Wasserstücken und Deeland bis auf 1,15 Pf. herabgeht, und ganze Gemeinden vorkommen, deren durchschnittlicher Steuerbetrag für den Morgen noch unter dem Satze von 13 Pf. zurückbleibt, noch viel mehrere aber, bei denen dieser Satz nur unerheblich überschritten wird.

Die Besteuerung der Gebäude hat, indem sie in Folge Einführung der altländischen Gebäudesteuer um 27,7 Prozent niedriger, als bisher ausgefallen ist, eine noch weiter gehende Ermäßigung erfahren, als die Besteuerung der Liegenschaften. Im Einzelnen stellen sich aber die Unterschiede zwischen der bisherigen und der gegenwärtigen Steuer von den Gebäuden sehr ungleich. Der niedrigste Steueratz für ein Gebäude betrug bisher 5 Sgr. 0 $\frac{1}{10}$ Pf. jährlich, der höchste dagegen 40 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf., und bei denjenigen größeren Gebäuden auf dem platten Lande, welche vorzugsweise mit landwirthschaftlichen Zwecken in Verbindung stehen, in der Regel 13 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Dabei werden, wie bereits oben erwähnt, Gebäude, welche zum Betriebe der Landwirthschaft dienen, ebenfalls besteuert. Im Gegensatz hierzu ist die eingeführte altländische Gebäudesteuer, welche — mit einigen Erleichterungen in den vier untersten Stufen — bei Wohngebäuden 4 Prozent, bei gewerblichen Gebäuden 2 Prozent beträgt, bei städtischen oder ähnlichen Gebäuden im Maximum gar nicht, bei den Hauptwohngebäuden auf ländlichen Besitzungen auf den Betrag von höchstens 30 Thalern beschränkt. Nach unten geht sie aber auf 4 Sgr. für Wohngebäude und 2 Sgr. für gewerbliche Gebäude herab, und läßt die zum Betriebe der Landwirthschaft dienenden Gebäude (Scheunen, Ställe etc.) ganz frei. Hieraus folgt, daß die Gesamttermäßigung der Gebäudesteuer in Kurhessen um 27,7 Prozent vorzugsweise den schlechteren Gebäuden zu Gute gekommen, den Besitzern der Letzteren daher eine namhafte Erleichterung zu Theil geworden ist, die größeren und werthvollsten Gebäude dagegen noch eine Steuererhöhung erfahren haben.

Die kurhessische Gesetzgebung über die Gewerbesteuer faßte den Begriff von Gewerben viel weiter auf, als die altländische, und zog ganze Kategorien der Bevölkerung zur Gewerbesteuer heran, welche jetzt lediglich von der Klassensteuer betroffen werden.

Eine Vergleichung der Sätze der bisherigen kurhessischen Klassensteuer mit den Stufen der altländischen Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer ergibt, daß bei einem Einkommen von 6 000 Thlr. jährlich und mehr eine gleiche Besteuerung eintrat, bei geringerem Einkommen aber die altländische Steuer, jedoch in kaum nennenswerthem Maße, höher als die bisherige kurhessische Steuer ausfällt. Im Uebrigen aber sind die beiderseitigen Steuern von Grund aus verschieden, indem die altländische Steuer alles Einkommen trifft, die kurhessische Klassensteuer dagegen das Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb unberührt läßt.

An die Stelle der bisherigen kurhessischen Gewerbe- und Klassensteuer, welchen Steuern behufs eines zutreffenden Vergleichs auch die als Staatsabgabe aufgehobene Hundesteuer beizurechnen ist, sind die altländische Gewerbe-, klassifizirte Einkommen- und Klassensteuer mit einem um 16,8 Sgr. höheren Durchschnittssatze für den Kopf der Bevölkerung getreten. Für diese Steuererhöhung ist namentlich den Grund- und Gebäudebesitzern in der Ermäßigung der Realsteuern ein theilweisener Ersatz gewährt. Es ist hierdurch zugleich erreicht worden, daß die Grundbesitzer nunmehr in einer ihrer Prästationsfähigkeit besser entsprechenden Weise zu den Staatslasten herangezogen werden können, indem bei Veranlagung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer auf die persönlichen Verhältnisse derselben, Schulden u. s. w., angemessene Rücksicht genommen werden kann, was bisher, da sie nur eine, ohne Rücksicht auf diese Verhältnisse, veranlagte höhere Realsteuer zu entrichten hatten, nicht möglich war.

Nach Maßgabe des Durchschnittssatzes, welcher an Gebäude-, Gewerbe-, Klassen- und Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung trifft, bilden die einzelnen Kreise des vormaligen Kurfürstenthums Hessen nachstehende Reihenfolge:

Kreis u.	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Klassifizierte Einkommensteuer	Klassensteuer	Zusammen	Kreis u.	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Klassifizierte Einkommensteuer	Klassensteuer	Zusammen
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.		Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Kassel, Stadtkreis . .	16,9	10,6	26,7	31,3	85,5	12. Homberg	3,9	2,3	2,6	16,8	25,6
2. Hanau	7,1	6,9	10,2	25,5	49,7	13. Wolfhagen	3,6	2,7	3,0	16,2	25,5
3. Gelnhausen, kurheffischer Antheil	3,1	3,4	8,0	19,1	33,6	14. Ziegenhain	4,3	3,1	1,3	16,8	25,5
4. Rinteln	4,8	2,7	6,2	19,8	33,5	15. Rotenburg	3,5	2,8	2,7	16,2	25,2
5. Marburg	5,0	3,6	3,9	20,6	33,1	16. Schmalkalden	3,1	3,7	3,4	14,5	24,7
6. Sammtliche kurheffische Kreise	4,6	3,7	4,8	18,5	31,6	17. Kassel, Landkreis . . .	3,2	1,9	1,5	17,9	24,5
7. Fulda	3,5	3,6	2,5	20,1	29,7	18. Wigenhausen	3,9	3,4	2,9	13,9	24,1
8. Schwege	3,3	4,0	3,4	17,6	28,3	19. Melsungen	3,7	2,3	1,8	15,5	23,3
9. Fritzlar	3,4	2,9	2,9	17,8	27,0	20. Hofgeismar	3,2	2,7	2,3	14,7	22,9
10. Hünfeld	3,1	2,8	1,4	19,6	26,9	21. Kirchhain	3,5	2,9	1,3	14,4	22,1
11. Hersfeld	3,2	3,1	2,3	17,2	25,8	22. Schlüchtern	2,6	2,1	1,5	14,0	20,2
						23. Frankenberg, kurheffischer Antheil	3,6	2,1	0,5	13,6	19,8

Wie überall, so auch hier, nimmt ein Stadtkreis die erste Stelle in dieser Reihenfolge ein. Der Kreis Hanau bildet den wohlhabendsten Theil Kurheffens und folgt daher mit Recht unmittelbar nach dem Stadtkreise Kassel. Der Kreis Gelnhausen wird überwiegend von Gebirgen eingenommen, fällt daher in seinen Steuererträgen gegen den Kreis Hanau schon erheblich ab, würde aber auch noch hinter die nächstfolgenden Kreise zurücktreten, wenn nicht von einigen wenigen reichen Personen sehr hohe Beträge an klassifizierter Einkommensteuer entrichtet und nicht hierdurch die Steuerdurchschnittssätze für den Kreis wesentlich gesteigert würden. Während der Kreis Marburg in Folge der Steigerung, welche die Durchschnittssätze durch die höheren Steuern der städtischen Bevölkerung erfahren, sich den am höchsten besteuerten kurheffischen Kreisen anschließt, rangirt der Landkreis Kassel wegen des gänzlichen Mangels von Städten unter den niedrig besteuerten Kreisen.

In nachstehender Tabelle sind mehrere kurheffische Kreise mit geeigneten altländischen Kreisen vergleichend zusammengestellt:

Kreis	Betrag für den Kopf der Bevölkerung					
	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
	§gr.	§gr.	§gr.	§gr.	§gr.	§gr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Meschede	2,8	4,8	2,6	16,0	—	26,2
2. Brilon	2,8	8,5	1,5	12,8	—	25,6
3. Wittgenstein	2,5	4,5	1,7	11,5	—	20,2
4. Kirchhain	3,5	2,9	1,3	14,4	—	22,1
5. Frankenberg	3,6	2,1	0,5	13,6	—	19,8
6. Warburg	3,5	4,1	4,0	18,5	—	30,1
7. Büren	2,6	3,0	2,3	17,8	—	25,7
8. Hofgeismar	3,2	2,7	2,3	14,7	—	22,9
9. Wolfhagen	3,6	2,7	3,0	16,2	—	25,5
10. Fritzlar	3,4	2,9	2,9	17,8	—	27,0
11. Weßlar	4,3	3,7	2,8	20,2	—	31,0
12. Marburg	5,0	3,6	3,9	20,6	—	33,1
13. Helligenstadt	2,4	4,6	2,6	16,6	—	26,2
14. Mülhhausen	3,8	7,4	3,8	18,5	—	33,5
15. Witzenhausen	3,9	3,4	2,9	13,9	—	24,1
16. Eschwege	3,3	4,0	3,4	17,6	—	28,3
17. Schleusingen	2,6	4,4	1,7	12,8	—	21,5
18. Schmalkalden	3,1	3,7	3,4	14,5	—	24,7
19. Bonn	10,4	6,7	13,6	9,9	18,8	59,4
20. Hanau	7,1	6,9	10,2	25,5	—	49,7
21. Minden	5,8	5,4	6,6	23,5	—	41,3
22. Rinteln	4,8	2,7	6,2	19,8	—	33,5
23. Münster	21,1	17,3	28,9	32,1	—	99,4
24. Potsdam, Stadt	16,7	14,8	18,1	—	50,7	100,3
25. Kassel, Stadt	16,9	10,6	26,7	31,3	—	85,5

Die Bevölkerung der auf hohem, rauhem, unfruchtbarem Gebirge belegenen westfälischen Kreise Meschede, Brilon und Wittgenstein lebt in sehr ärmlichen Verhältnissen und erwirbt — wodurch auch der hohe Betrag an Gewerbesteuer veranlaßt wird — durch den Betrieb von Hausirgewerben außerhalb der Heimath einen nothdürftigen und bescheidenen Lebensunterhalt. Die benachbarten kurhessischen Kreise Frankenberg und Kirchhain haben nicht in ganz gleichem Maße, wie die Kreise Brilon und Wittgenstein von der Ungunst der Verhältnisse zu leiden; die von ihnen zu entrichtenden direkten Steuern, namentlich die Gebäude- und die Klassensteuer, erreichen daher auch um ein Geringes höhere Beträge.

Eine schon wohlhabendere Bevölkerung findet sich in den westfälischen Kreisen Büren und Warburg vor, denen sich im vormaligen Kurfürstenthume Hessen die Kreise Hofgeismar,

Wolfsbagen und Fritzlar anschließen, mit Steuererträgen, welche nach Lage der Verhältnisse gegenüber denjenigen der genannten westfälischen Kreise jedenfalls als mäßige angesehen werden können.

Von den weiter benachbarten Kreisen Wehlar und Marburg sind für Letzteren höhere Steuerbeträge, als für Ersteren nachgewiesen, was seine Ursache lediglich in der bereits oben angedeuteten verhältnismäßig zahlreicheren und wohlhabenderen städtischen Bevölkerung hat. Wird nur das platte Land ins Auge gefaßt, so ergibt sich umgekehrt für den Kreis Wehlar mit 25,3 Sgr. (statt 31,0 Sgr.) ein höherer Durchschnittssatz als für den Kreis Marburg, welcher nur den Satz von 23,6 Sgr. (statt 33,1 Sgr.) erreicht. In diesen Sätzen kann ein angemessenes Besteuerungsverhältnis gefunden werden.

Die oben nachgewiesenen Steuerbeträge für die sächsischen Kreise Heiligenstadt und Mühlhausen einerseits und die angrenzenden kurhessischen Kreise Wittenhausen und Eschwege andererseits entsprechen ebenfalls den maßgebenden Verhältnissen, namentlich insoweit, daß eine zu hohe Besteuerung der kurhessischen Kreise nicht angenommen werden kann.

Der Umstand, daß für den kurhessischen Kreis Schmalkalden höhere Steuerbeträge, als für den benachbarten altländischen Kreis Schleusingen nachgewiesen sind, wird in der Hauptsache durch die Verschiedenheiten der städtischen Bevölkerung, sowie durch die in dem ersteren Kreise zahlreicher vertretene Klasse der einkommensteuerpflichtigen Personen hervorgerufen.

Der Kreis Hanau eignet sich nach seinen günstigen Verhältnissen und seiner Lage in der unmittelbaren Nähe der großen Stadt Frankfurt a. M. zu einer Vergleichung mit dem Kreise Bonn. Indes hat sich Letzterer noch günstigerer Verhältnisse zu erfreuen, und dies findet in den für beide Kreise oben aufgeführten Veranlagungsergebnissen einen zutreffenden Ausdruck.

Von den Kreisen Minden und Ninteln gebührt dem Ersteren wegen seiner zahlreicheren städtischen Bevölkerung bezüglich der Höhe der Steuern der Vorzug. Anders gestaltet sich aber das Verhältnis, wenn lediglich das platte Land in Rechnung gezogen wird, indem sich dann für den Kreis Minden ein Durchschnittssatz an Gebäude-, Gewerbe-, Einkommen- und Klassensteuer von 27,0 Sgr., für den Kreis Ninteln ein solcher von 27,5 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung ergibt. Diese Zahlen drücken das Maß der Steuerkraft auf beiden Seiten, entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen, welche auf eine um etwas größere Wohlhabenheit der Bevölkerung des Kreises Ninteln hinweisen, zutreffend aus.

Endlich läßt auch die Vergleichung der Steuererträge für die Städte Münster, Potsdam und Kassel nicht wohl einen Zweifel darüber bestehen, daß auch für letztere Stadt im Wesentlichen das Richtige getroffen ist.

Eine Vergleichung der Gesamtheit der vormalig kurhessischen Landestheile mit den benachbarten altländischen Regierungsbezirken Arnberg, Minden und Erfurt gestaltet sich folgendermaßen:

Landestheile	Für den Kopf der Bevölkerung				
	Gebäude-	Gewerbe-	Klassifiz.	Klassen-	Zu-
	steuer	steuer	Einkommen-	steuer	sammen
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Regierungsbezirk Arnberg	5,4	5,9	5,6	18,6	35,5
2. Regierungsbezirk Erfurt	4,5	6,7	5,6	18,5	35,3
3. Regierungsbezirk Minden	4,0	4,7	4,6	19,5	32,8
4. Kurhessische Landestheile	4,6	3,7	4,8	18,5	31,6

In Uebereinstimmung mit dem, was vorstehend in Betreff einzelner Kreise erläutert worden, ergibt sich hieraus für die Gesamtheit der kurhessischen Landestheile, daß die Steueranlagung daselbst in einer Weise durchgeführt worden ist, welche den Rücksichten thunlichster Milde und einer möglichst gleichmäßigen Heranziehung aller Theile des Staates zu den Lasten desselben, soweit eine solche Gleichheit zu erreichen überhaupt möglich, nach allen Richtungen hin entspricht.

IV. Abschnitt.

Vormals herzoglich nassauische Landestheile.

1. Bisherige Besteuerung.

An direkten Steuern bestanden auf Grund des Edikts vom 10./14. Februar 1809, welches auf der Grundlage einer gleichmäßigen Heranziehung aller Staatsangehörigen zu den Staatslasten ein ganz neues Steuersystem eingeführt hatte, und der das erstere modifizirenden späteren Bestimmungen:

1. eine Grundsteuer, zerfallend in

- A. die Grundsteuer im engeren Sinne, welche von den Liegenschaften, mit Ausnahme der Gebäudeflächen und der Hofräume, entrichtet wurde, und
- B. die Gebäudesteuer, welcher die Gebäude nebst deren Grundflächen und Hofräumen unterlagen;

2. eine Gewerbesteuer, zerfallend in

- C. die Gewerbesteuer im engeren Sinne, welche von allem Einkommen zu entrichten war, und
- D. die Bergwerkssteuer, welche nach der Größe der Grubenfelder und von den Rohprodukten des Berg- und Hüttenwesens veranlagt wurde.

Die direkten Steuern waren nach der im Herzogthume Nassau bestandenen Verfassung gesetzlich dazu bestimmt, denjenigen Betrag der Staatsausgaben zu decken, für welchen die übrigen Staatseinkünfte, namentlich aus den Domainen, Regalien und indirekten Steuern die Deckungsmittel nicht darboten. Der jährlich zu erhebende Betrag der direkten Steuern wurde daher nach vorgängiger Feststellung der gesamten Staatsausgaben, der aus den sonstigen Einnahmequellen zu gewärtigenden Staatseinnahmen und des darnach sich ergebenden Defizits in Höhe des letzteren alljährlich ermittelt und festgestellt, und erfolgte die Veranlagung der Steuern in sog. Simpelu dergestalt, daß es alljährlich nur einer Bestimmung darüber bedurfte, wie viele solcher Simpel zur Deckung des Bedürfnisses zu erheben seien.

In den Jahren 1859 bis zum 1. Juli 1867 sind durchschnittlich 4 $\frac{1}{10}$ Simpel alljährlich erhoben worden. Demnach kann der Jahresbetrag der nassauischen direkten Steuern zu rund 5 Simpelu angenommen werden, da hierbei die geringfügige — nur 1,1 Prozent betragende — Differenz gegen den genauen Durchschnittsbetrag nicht ins Gewicht fällt.

A. Die Grundsteuer

beruht im Wesentlichen auf dem Edikt vom 10./14. Februar 1809. Derselben unterliegen alle Liegenschaften mit Einschluß der auf denselben ruhenden Geld- und Naturalabgaben, wie der Zehnten, Zinsen, Erbpächte, Holzabgaben aus Waldungen u. s. w. und aller nuzbaren Gerechtigkeiten, wie der Weide, Mastung u. s. w. Ausgenommen sind:

- 1. die zu den landesherrlichen Schlössern gehörigen Gärten,
- 2. die Lustgärten der zur Selbstbewohnung bestimmten Schlösser der Standesherren,
- 3. alle Liegenschaften, welche vermöge ihrer natürlichen Beschaffenheit einen Ertrag nicht gewähren, wie kahle Felsen, Sümpfe 2c.,
- 4. Kirchhöfe und öffentliche Begräbnisplätze,
- 5. Land- und Heerstraßen, Leinpfade, Bizinal- und Feldwege, öffentliche Plätze.

Die Grundlage für die Vertheilung der Grundsteuer bildet der natürliche Werth, d. h. derjenige Werth der Grundstücke, welcher der Güte des Bodens, der Art und dem Grade der Kultur, dem Geldwerthe ihrer Produkte und dem hiernach in Gelde zu schätzenden reinen Einkommen entspricht. Die in Ausführung des Edikts vom 10./14. Februar 1809 erfolgte erste Veranlagung der Grundsteuer ist auf Grund der landesherrlichen Verordnung vom 17. Oktober 1820 in den Jahren 1821/22 einer Generalrevision unterworfen und seitdem, abgesehen von den gesetzlich vorgesehenen Ab- und Zuschreibungen, welche die eingetretenen Kulturveränderungen nur in sehr geringem Umfange nachweisen, im Wesentlichen unverändert geblieben. Nur in Betreff der in forstwirtschaftlicher Kultur befindlichen Liegenschaften hat in Folge der landesherrlichen Verordnung vom 30. März 1840 eine allgemeine Revision der nach dem Edikt vom 10./14. Februar 1809 ausgeführten Abschätzung, beziehungsweise eine neue Abschätzung stattgefunden. Die letztere ist auf den wirklichen Reinertrag der Waldungen nach dem Durchschnitt der Jahre 1830/39

gegründet, welcher, da sämtliche Forsten — mit Ausnahme von etwa 5 Prozent Privatwäldungen — im Eigenthume des Staats, der Gemeinden oder Institute sich befinden, aus den Rechnungen und Büchern genau zu ermitteln war.

B. Die Gebäudesteuer

war, da die durch das Edikt vom 10./14. Februar 1809 eingeführte Besteuerung der Gebäude und Hofraitheplätze nach der Größe der bebauten Grundfläche und nach der Anzahl der Stockwerke sich nicht bewährt hatte, durch das Edikt vom 26. Mai 1821 neu geordnet. Danach bildete der Miethertrag die Hauptgrundlage der Besteuerung. Daneben wurde zur Kontrolle und zur Aushilfe in Dörfern, wo Miethsverhältnisse nicht bestehen, auf die Kauf- und Theilungspreise zurückgegangen, demnach die wirkliche Abschätzung auf einen Kapitalwerth der Wohnung gerichtet, welcher mit dem Miethertrage, als eine 7 prozentige Rente betrachtet, im Verhältnisse stand, und daher in dem 14 fachen Betrage der Mietherrente gefunden wurde. Von dem so gefundenen Kapitalwerthe wurde $\frac{1}{6}$ als Steuerkapital angenommen und 1 Pf. vom Gulden oder $\frac{1}{240}$ in simplio — mithin $\frac{1}{48}$ bei einem jährlichen Steuerbetrage von 5 Simpelu — als Steuer entrichtet. Die Jahressteuer betrug hiernach

$$a) \frac{1}{6} \times \frac{1}{48} = \frac{1}{288} \text{ oder } 0,347 \text{ Prozent vom Kapitalwerthe oder}$$

$$b) \frac{100}{7} \times \frac{1}{288} = \frac{100}{2016} \text{ oder rund 5 Prozent des Bruttomiethswerthes.}$$

Befreit von der Gebäudesteuer waren:

1. die landesherrlichen Residenz- und Lustschlösser,
2. die zur Selbstbewohnung bestimmten Schlösser der Standesherren,
3. alle zu allgemeinen Staatszwecken dienenden Gebäude,
4. die Stadt-, Rath- und Gemeindegäuser,
5. die dem Gottesdienste, dem öffentlichen Unterrichte und der Armen- und Krankenpflege gewidmeten öffentlichen Gebäude,
6. alle Gebäude, welche vermöge ihrer natürlichen Beschaffenheit nicht bewohnt und benutzt werden können, z. B. Ruinen, Walthürme etc.

C. Der Gewerbesteuer,

welche auf der revidirten Gewerbesteuerordnung vom 23. Juni 1841, dem Edikt vom 12. Juni 1843 und den Gesetzen vom 7. Februar 1849, 29. Juni und 23. November 1861 beruhte, unterlag alles Einkommen, ohne Rücksicht darauf, ob es aus dem eigentlichen Gewerbebetriebe oder aus anderen Einnahmequellen, wie dem Betriebe der Landwirthschaft, der Ausübung einer Kunst oder Wissenschaft, der Anstellung im Staats- oder Privatdienste u. s. w., fließt. Von der Gewerbesteuer waren befreit:

1. Dienstboten, Handwerksgehilfen, Gewerbsgehilfen, Kaufmanns- und sonstige Privatdiener, welche keine eigene Haushaltung führen, sondern zur Familie des Dienstherrn im weiteren Sinne gehören,
2. Diejenigen, welche allein von den Zinsen ihrer Kapitalien oder von dem Pacht- ertrage ihrer Güter oder Gebäude leben,
3. Diejenigen, welche nach geschehener Vermögensübergabe bloß von einer ausbedungenen Geld- oder Naturalienrente leben,
4. die Acker- und Weinbautreibenden für den Verkauf ihrer Produkte und des selbstgezogenen Viehes, die Waldbesitzer für den Verkauf ihres Holzes,
5. die zum Feldetat gehörigen Unteroffiziere und Soldaten mit gewissen Beschränkungen,
6. Diejenigen, welche ständige Beiträge aus Armenfonds erhalten, endlich
7. Diener (Beamte) und Pensionaire, deren jährliches Diensteinkommen den Betrag von 30 Gulden nicht übersteigt.

Bei den Handwerkern und den meisten Handeltreibenden fand der Steueransatz nach Klassen, bei den übrigen Gewerbesteuerpflichtigen in der Regel unmittelbar nach dem Einkommen oder nach anderen Merkmalen statt.

D. Die Besteuerung der Berg- und Hüttenwerke war durch das Gesetz vom 23. November 1861 neu geregelt.

Danach sollte von den Bergwerken

- a) eine feste Abgabe als Aufsichtsgebühr nach der Größe der verliehenen Grubenfelder und
- b) eine Gewerbesteuer nach dem Werthe der geförderten Produkte erhoben werden, welche letztere bei 5 Simpelu 1 Prozent von dem Verkaufswerthe des geförderten Bergprodukts betrug.

Die Bergwerksteuern gehört nach den preussischen Verwaltungsgrundsätzen nicht zu den direkten Steuern und kann daher hier außer Betracht bleiben.

Die Hüttenwerke, welche nunmehr der preussischen Gewerbesteuer unterliegen, wurden je nach dem Umfange des Betriebes in der 4. bis 16. Gewerbesteuerklasse mit 7 Thlrn. 4 Sgr. 3 Pf. bis 107 Thlrn. 4 Sgr. 3 Pf. jährlich (bei 5 Simpeln) besteuert.

Gegenüber der mit dem 1. Juli 1867 eingeführten altländischen Gebäudesteuer, Gewerbesteuer und Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer ist die nassauische Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie die besondere Steuer von den Hüttenwerken aufgehoben, die Grundsteuer von den Liegenschaften aber in der unten bezeichneten Weise ermäßigt worden.

Besondere Erwähnung verdient noch die Besteuerung der Hazardspiele in Wiesbaden und Gms. Die Unternehmer derselben haben bisher auf Grund des nassauischen Gesetzes vom 29. Juli 1861 eine Gewerbesteuer, bestehend in 8 1/2 Prozent des Reinertrages des zuletzt verflossenen Jahres, zu entrichten gehabt. In dem altländischen Gewerbesteuergeetze ist dieses in Preußen überhaupt nicht zulässige Gewerbe außer Betracht geblieben. Da es indeß nicht die Absicht sein konnte, die Unternehmer der Spielbanken für die Zeit von Einführung der altländischen Steuern bis zur gänzlichen Beseitigung der Banken günstiger zu behandeln, als bisher, so ist im §. 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Mai 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 593) die Fortentrichtung der bisher davon gezahlten Gewerbesteuer angeordnet worden. Die Einnahme aus dieser Abgabe hat im Durchschnitt der letzten Jahre 36 266 Thlr. jährlich betragen.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Bei Feststellung des einstweilen in Hebung zu belassenden Theiles der Grundsteuer von den Liegenschaften sind die erforderlichen Inhaltspunkte aus der Höhe der Grundsteuer in den das vormalige Herzogthum Nassau im Norden, Westen und Osten begrenzenden altländischen Kreisen Siegen, Altkirchen, Neuwied, Koblenz, nebst Mayen, St. Goar, Kreuznach und Wehlar, außerdem aber auch, um die besonders günstigen Verhältnisse des nassauischen Lahndistriktes und der Maingegend aufzuwiegen, aus dem Landkreise Aachen und dem Kreise Jülich entnommen worden. Eine Vergleichung dieser 10 altländischen Kreise mit einem Flächenraume von 90,10 Quadratmeilen und 551 885 (Civil-) Einwohnern ergibt, daß dieselben in allen, bei der Grundsteuer vorzugsweise ins Gewicht fallenden Beziehungen mit dem Herzogthume Nassau im Großen und Ganzen übereinstimmen.

Es beträgt nämlich:

	In Vergleich gezogene altpreussische Landestheile	Nassauische Landestheile
1. die Bevölkerung für die Quadratmeile	6 125	5 550
2. an der Gesamtbevölkerung der Prozentantheil		
a) der städtischen Bevölkerung	24,4	30,6
b) der ländlichen Bevölkerung	75,6	69,4
3. die Anzahl der Wohnhäuser für die Quadratmeile	950	839
4. die Anzahl der durchschnittlich auf ein Gebäude treffenden Einwohner	6,5	6,6
5. der Viehstand auf Großvieh reduziert, für die Quadratmeile	2 470	2 770
6. an der Gesamtfläche der Prozentantheil		
a) der Gebäudflächen, Hofräume und Hausgärten	1,1	—
der Gebäudflächen und Hofraiten	—	0,5
b) des Ackerlandes	40,5	38,5
c) der Gärten	0,7	0,4
d) der Weingärten	1,0	0,8
e) der Wiesen	7,4	10,8
f) der Weiden und des Deulandes	3,4	—
der Weideplätze und des Trieschlandes	—	4,6
g) der Wasserstücke	0,1	0,1
h) der Holzungen	42,2	40,8
i) der öffentlichen Wege, Flüsse, Bäche ic.	3,4	3,5

Denkschrift.

4

Bei Anwendung der in den gedachten 10 altländischen Kreisen auffommenden Durchschnittsfälle berechnet die Grundsteuer von den Liegenschaften für das vormalige Herzogthum Nassau sich folgendermaßen:

a) Ackerland	700 292 Morg. zu	85,3 Sgr. =	1 991 164 Thlr. Reinertrag
b) Gärten	6 923 =	144,5 =	33 346 =
c) Weingärten	14 561 =	160,7 =	77 998 =
d) Wiesen	197 493 =	79,7 =	521 382 =
e) Weiden und Wasserstücke	84 107 =	41,4 =	116 068 =
f) Holzungen	741 918 =	20,8 =	514 396 =

Uebershaupt . . . 1 745 294 Morg. zu 55,9 Sgr. = 3 254 354 Thlr. Reinertrag.

Allein es darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Nachrichten über die Ausdehnung u. der Kulturarten im vormaligen Herzogthume Nassau auf der veralteten Aufnahme vom Jahre 1821/22 beruhen und daß die Ausdehnung, namentlich der Ackerländereien, in Wirklichkeit höher anzunehmen ist. Auf die Richtigkeit dieser Annahme weist auch der Umstand hin, daß der Viehstand (auf Häupter Großvieh reduziert) im vormaligen Herzogthume Nassau 2 770 Stück in den 10 altländischen Kreisen nur 2 470 Stück auf der Quadratmeile — mithin dort 10,8 Prozent mehr beträgt. Im Uebrigen ist nach jenen Nachrichten die Gesamtfläche des Herzogthums Nassau mit 83,98 Quadratmeilen zu klein angegeben, indem dieselbe nach preussischen Generalstabsaufnahmen zu 86,356 Quadratmeilen — mit Einschluß der an das Großherzogthum Hessen abgetretenen Theile, Amtsbezirk Reichelsheim = 0,22 Quadratmeilen und Ortsbezirk Haarheim = 0,08 Quadratmeilen — berechnet worden ist. Unter diesen Umständen erscheint es gerechtfertigt, den oben auf 3 254 354 Thlr. berechneten Gesamtreinertrag mindestens um 10 Prozent zu erhöhen, so daß der den altpreussischen Grundsteuerabschätzungen entsprechende Gesamtreinertrag sich auf 3 528 350 Thlr. berechnet. Diesem Reinertrag entspricht nach dem Prozentsatze von 9,574234 eine jährliche Grundsteuer von 337 813 Thln.

Die bisherige Grundsteuer betrug bei Erhebung von jährlich 5 Simpeln 486 204 Thlr. Die nach den Grundsätzen der altländischen Gesetzgebung zu veranlagende Grundsteuer beträgt daher weniger 148 391 Thlr. oder 30,5 Prozent. Um die Ermäßigung der vorläufig in Hebung zu belassenden Grundsteuer von den Liegenschaften in dem hiernach gebotenen Maße zu verwirklichen, ist im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Mai 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 593) bestimmt worden, daß in den vormalig herzoglich nassauischen Landestheilen — neben dem Fortfall der speziell auf den der Gebäudesteuer anheimfallenden Hausgärten u. haftenden Grundsteuer — (statt 5 Simpel) hinfort nur 3 1/2 Simpel (also 30 Prozent weniger) an Grundsteuer zu entrichten seien. Die Ausführung dieser Bestimmung hat einen Gesamtgrundsteuerbetrag von 340 343 Thln. mithin gegen das Resultat des obigen Anschlags von 337 813 = einen Unterschied von nur 2 530 Thln. ergeben, welcher bei seiner Unerheblichkeit nicht weiter in Betracht kommen kann.

Die hiernach festgestellte Grundsteuer vergleicht sich mit der Grundsteuer für die 5 Regierungsbezirke der Rheinprovinz folgendermaßen:

Regierungsbezirk u.	Durchschnittlicher Betrag der Grundsteuer		Bei einer Bevölkerung	
	für die □ Meile		auf der □ Meile	
	aer grundsteuerpflichtigen Fläche Thaler	der Gesamtfläche Thaler	für den Kopf Sgr.	von Seelen
1.	2.	3.	4.	5.
1. Regierungsbezirk Düsseldorf	5 910	5 230	13,3	11 946
2. Regierungsbezirk Köln	4 970	4 460	16,8	8 100
3. Regierungsbezirk Aachen	4 290	3 800	18,3	6 260
4. <i>Vormaliges Herzogthum Nassau</i>	4 270	4 050	21,9	5 550
5. Regierungsbezirk Koblenz	2 750	2 470	15,2	4 960
6. Regierungsbezirk Trier	2 340	2 040	14,4	4 326

Die Stellung, welche hiernach die vormalig herzoglich nassauischen Landestheile nach dem Grundsteuerbetrage für die Quadratmeile der grundsteuerpflichtigen Fläche einnehmen (Spalte 2), wird als eine angemessene anzuerkennen sein. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier müssen in dieser Beziehung weit hinter jenen Landestheilen zurückbleiben, weil dieselben große unfruchtbare Landstriche der Eifel und des Hunsrücks enthalten, welche bei ihrem geringen Reinertrage nur eine niedrigere Besteuerung zulassen. Daß die nassauischen Landestheile bezüglich des Grundsteuerbetrages für die Gesamtfläche (Spalte 3) noch vor dem Regierungsbezirk Aachen rangiren, während nach den Zahlen in Spalte 2 das umgekehrte Verhältniß Platz greift, findet seine Begründung in dem Umstande, daß in der nassauischen Grundsteuer noch ein nicht unerheblicher Steuerbetrag von den umfangreichen Grundstücken des Staats mitenthalten, ein Gleiches aber bei der Grundsteuer für den Regierungsbezirk Aachen, ebenso wie für alle altländischen Gebietstheile, nicht der Fall ist. Aus demselben Grunde erscheint auch der Durchschnittssatz für den Kopf der Bevölkerung (Spalte 4) für Nassau verhältnißmäßig hoch, während die nur von Privaten z. z. zu entrichtende, hier allein in Betracht kommende Grundsteuer einen erheblich geringeren Satz für den Kopf der Bevölkerung ergeben würde.

3. Die Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Die bisherige und die gegenwärtige Besteuerung der im Ganzen 83,98 Quadratmeilen und 466 500 Einwohner (nach der Zählung vom Jahre 1864) umfassenden vormalig herzoglich nassauischen Landestheile ist nachstehend vergleichend zusammengestellt:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jetzt			
Steuerart	jährlicher Gesamt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Gesamt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	486 204	5 790	31,3	Grundsteuer .	340 343	4 050	21,9	—	—	145 861	30,0
2. Gebäudesteuer.											
Gebäudesteuer	93 298	1 110	6,0	Gebäudesteuer	93 631	1 110	6,0	333	0,4	—	—
3. Gewerbliche und persönliche Steuern.											
Gewerbsteuer	322 594	3 840	20,8	Gewerbsteuer	72 543	870	4,7				
(ausschließlich der Bergwerkssteuer.)				Klassifiz. Ein- kommensteuer	87 936	1 040	5,7				
				Klassensteuer .	309 717	3 690	20,0				
	322 594	3 840	20,8		470 196	5 600	30,4	147 602	45,8	—	—
4. Uebershaupt	902 096	10 740	58,1		904 170	10 760	58,3	2 074	0,2	—	—

Im Großen und Ganzen ist hiernach der Gesamtbetrag der direkten Steuern in den vormalig nassauischen Landestheilen unverändert geblieben, da der geringe Mehrbetrag von 2 074 Thalern nicht weiter in Betracht kommen kann. Im Uebrigen ist aber die Vertheilung jenes Gesamtbetrages eine völlig veränderte geworden. Durch die erhebliche Ermäßigung der

Grundsteuer von den Liegenschaften ist den bisher vielfach sehr hoch belasteten Grundbesitzern eine wesentliche Erleichterung zu Theil geworden, welcher das Mehr, welches sie an persönlichen Steuern haben übernehmen müssen, nicht gleichkommt. Die Besteuerung der Gebäude ist in den Städten, wo eine gute Verwerthung der Gebäude durch Miethen zu ermöglichen, vielfach eine höhere, auf dem platten Lande dagegen im Allgemeinen eine geringere geworden. Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß Diejenigen, welche von den Zinsen ihrer Kapitalien oder dem Pächtertrage ihrer Güter oder Gebäude leben, nach der bisherigen nassauischen Steuergesetzgebung hiervon eine persönliche Steuer nicht zu entrichten hatten, nunmehr aber durch die Klassen- und namentlich die klassifizierte Einkommensteuer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu den Staatslasten herangezogen worden sind. Der diesfällige Steuerbetrag ist nicht unerheblich, wie aus dem Ertrage der klassifizierten Einkommensteuer hervorgeht, zu welcher

in Stufe	bei einem jährlichen Einkommen von Thalern	zu einem jährlichen Steuerfusse von Thalern	veranlagt sind Personen	mit einer jähr- lichen Gesamt- steuer von Thalern
1.	2.	3.	4.	5.
1.	1 000 — 1 200	30	828	24 840
2.	1 200 — 1 400	36	299	10 764
3.	1 400 — 1 600	42	216	9 072
4.	1 600 — 2 000	48	222	10 656
5.	2 000 — 2 400	60	119	7 140
6.	2 400 — 2 800	72	60	4 320
7.	2 800 — 3 200	84	63	5 292
8.	3 200 — 3 600	96	31	2 976
9.	3 600 — 4 000	108	14	1 512
10.	4 000 — 4 800	120	26	3 120
11.	4 800 — 6 000	144	9	1 296
12.	6 000 — 7 200	180	9	1 620
13.	7 200 — 9 600	216	7	1 512
14.	9 600 — 12 000	288	2	576
16.	16 000 — 20 000	480	2	960
17.	20 000 — 24 000	600	1	600
18.	24 000 — 32 000	720	1	720
19.	32 000 — 40 000	960	1	960
		Zusammen	1 910	87 936

Der nicht unerhebliche Mehrsteuerbetrag, welcher von den wohlhabenden und reichen Einwohnern hat übernommen werden müssen, ist aber, indem die gesammte Steuerlast unverändert geblieben, den minder bemittelten Einwohnern zu Gute gekommen.

Für die einzelnen Kreise stellt sich das Verhältniß zwischen den bisherigen und gegenwärtigen Steuern sehr verschieden heraus, wie die nachstehende Tabelle nachweist:

Kreis	Die gegenwärtigen Steuern betragen gegen die bisherigen mehr (+) oder weniger (—)		
	bei der Summe aller direkten Steuern Prozent	bei der Grund- und Gebäudesteuer Prozent	bei den gewerblichen und persönlichen Steuern Prozent
1.	2.	3.	4.
1. Stadt- und Landkreis Wiesbaden . .	+ 7,9	— 10,9	+ 24,6
2. Oberlahnkreis	+ 7,5	— 27,7	+ 124,3
3. Rheingaukreis	+ 7,3	— 26,6	+ 86,1
4. Oberwesterwaldkreis	— 0,5	— 30,8	+ 84,7
5. Unterwesterwaldkreis	— 2,1	— 29,4	+ 70,2
6. Dillkreis	— 3,6	— 30,5	+ 59,4
7. Unterlahnkreis	— 7,4	— 24,6	+ 16,9
8. Untertaunuskreis	— 7,9	— 28,3	+ 36,3
9. Oberaunuskreis, nassauischen Antheils	— 9,1	— 29,5	+ 43,7
Im Ganzen	+ 0,2	— 25,1	+ 45,8

Hiernach sind von einer Steuererhöhung vorzugsweise die wohlhabenderen Kreise, und zwar solche betroffen worden, in welchen besonders hohe Beträge an klassifizierter Einkommensteuer von früher steuerfreien Personen zu entrichten sind. Beim Stadt- und Landkreis Wiesbaden tritt hinzu, daß die Grund- und Gebäudesteuer im Vergleich zu den übrigen Kreisen eine verhältnismäßig geringere Ermäßigung erfahren hat, weil die Gebäudesteuer bei dem hohen Miethswerthe der Wohnungen, namentlich in der Stadt Wiesbaden, in Folge Anwendung der gesetzlichen Vorschriften eine Steigerung erleiden mußte, durch welche die eingetretene allgemeine Ermäßigung der Grundsteuer von den Liegenschaften (um 30 Prozent) zum Theil wieder aufgewogen wird, dergestalt, daß sich für die Grund- und Gebäudesteuer zusammengenommen nur eine Ermäßigung von 10,9 Prozent berechnet.

Nach der Höhe des auf den Kopf der Bevölkerung treffenden Durchschnittsbetrages an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, sowie klassifizierter Einkommen- und Klassensteuer ergibt sich für die Kreise der vormals nassauischen Landestheile nachstehende Reihenfolge:

Kreis	Gebäudesteuer Sgr.	Gewerbesteuer Sgr.	Klassifiz. Einkommensteuer Sgr.	Klassensteuer Sgr.	Zusammen Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Stadtkreis Wiesbaden	28,0	12,9	46,4	33,5	120,8
2. Unterlahnkreis	6,5	5,2	5,3	21,9	38,9
3. Rheingaukreis	5,7	5,1	5,6	21,1	37,5
4. Im Ganzen	6,0	4,7	5,7	20,0	36,4
5. Landkreis Wiesbaden, nassauischen Antheils . .	6,6	5,2	3,6	20,9	36,3
6. Oberlahnkreis	4,2	3,8	3,9	19,3	31,2
7. Untertaunuskreis	4,4	4,5	2,1	20,1	31,1
8. Dillkreis	3,9	4,3	3,1	18,9	30,2
9. Oberaunuskreis, nassauischen Antheils	3,6	3,6	1,4	17,4	26,0
10. Unterwesterwaldkreis	3,0	2,9	1,1	15,0	22,0
11. Oberwesterwaldkreis	2,9	2,3	0,6	15,5	21,3

Diese Reihenfolge steht mit dem höheren oder niederen Grade der Steuerfähigkeit der einzelnen Kreise im Einklange, und ist daher eine verhältnismäßige Gleichheit der Steuerveranlagung im Innern der vormals herzoglich nassauischen Landestheile im Großen und Ganzen als gewahrt zu erachten.

Anlangend das Verhältniß zu den altländischen Provinzen, so eignen sich zu einer diesfälligen Vergleichung zunächst die benachbarten Kreise der Letzteren. Der altländische Kreis Wehlar wird von dem nassauischen Oberlahn- und dem Dillkreise, Letzterer andererseits wiederum von dem altländischen Kreise Siegen begrenzt. Die beiden nassauischen Westerwaldkreise grenzen mit den altländischen Kreisen Altenkirchen und Neuwied. Der nassauische Rheingaukreis und der Landkreis Wiesbaden (Mainkreis) mögen mit den altländischen Kreisen Kreuznach und Bonn, endlich die Stadt Wiesbaden mit den Städten Koblenz (mit Ehrenbreitstein) und Bonn verglichen werden. In allen diesen Kreisen und Städten berechnen sich die Durchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung folgendermaßen:

Kreis u.	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Mahl- und Schlacht- steuer	Zu- sammen
	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.	Gr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1. Oberlahnkreis	4,2	3,8	3,9	19,3	—	31,2
2. Wehlar	4,3	3,7	2,8	20,2	—	31,0
3. Dillkreis	3,9	4,3	3,1	18,9	—	30,2
4. Siegen	5,9	6,2	8,2	18,3	—	38,6
5. Oberwesterwaldkreis	2,9	2,3	0,6	15,5	—	21,3
6. Altenkirchen	3,6	3,0	1,1	15,4	—	23,1
7. Unterwesterwaldkreis	3,0	2,9	1,1	15,0	—	22,0
8. Neuwied	4,7	4,5	4,4	15,3	—	28,9
9. Rheingaukreis	5,7	5,1	5,6	21,1	—	37,5
10. Kreuznach	7,2	6,8	5,6	20,5	—	40,1
11. Mainkreis, nassauischen Anth.	6,6	5,2	3,6	20,9	—	36,3
12. Bonn	10,4	6,7	13,6	9,9	18,8	59,4
13. Stadtkreis Wiesbaden	28,0	12,9	46,4	33,5	—	120,8
14. Stadt Koblenz (mit Ehrenbreitstein)	22,2	17,6	32,5	1,2	63,6	137,1
15. Stadt Bonn	22,1	13,7	30,0	—	54,6	120,4

Der Oberlahnkreis umfaßt einen Theil des großen Thalkessels, welcher sich um die Städte Diez, Limburg, Hadamar und Runkel ausdehnt, und mit seinem milden, warmen Klima die reiche Kornkammer Nassau's bildet; auch Gewerbe und Handel befinden sich in blühendem Zustande. Diesen günstigen Momenten gegenüber können die Ergebnisse der Steuerveranlagung im Oberlahnkreise im Vergleich zu denjenigen im altländischen Kreise Wehlar, welcher sich entschieden minder günstiger Verhältnisse zu erfreuen hat, nach den oben angeführten Zahlen keinesfalls als zu hoch angesehen werden.

Im Dillkreise ist, wie im Kreise Siegen, Bergbau und Hüttenbetrieb recht bedeutend, die Steuerfähigkeit daselbst ist, sowohl einerseits im Vergleich zum Kreise Wehlar, als andererseits zum Kreise Siegen zutreffend, jedenfalls nicht zu scharf erfasst worden.

Die Vergleichung der Durchschnittssätze für den Oberwesterwaldkreis und den Kreis Altenkirchen, sowie für den Unterwesterwaldkreis und den Kreis Neuwied läßt ebenfalls einen ausreichenden Grad von Uebereinstimmung in Anwendung der Besteuerungsgrundsätze erkennen.

Auch der Vergleich des nassauischen Rheingaukreises mit seinem auf hervorragender Stufe stehenden Weinbau und seinen sonstigen günstigen Verhältnissen, und des nassauischen Mainkreises (Landkreises Wiesbaden) mit seiner in sehr hoher Kultur stehenden, durch Fruchtbarkeit ausgezeichneten Mainebene, wo Handel und Gewerbe blühen und lohnende Beschäftigung gewähren, mit den altländischen Kreisen Kreuznach und Bonn, welche sich zwar ebenfalls günstiger Verhältnisse, aber nicht in höherem Maße, wie jene, zu erfreuen haben, fällt keinesfalls zu Ungunsten der Ersteren aus.

Im Stadtkreise Wiesbaden beträgt die Gebäudesteuer für den Kopf der Bevölkerung zwar fast 6 Sgr. mehr, als in den Städten Koblenz und Bonn. Dieser Unterschied wird aber durch die Eigenthümlichkeiten der Stadt Wiesbaden als vielbesuchter Badeort vollkommen begründet, indem der vorhandene, auf die Bedürfnisse des fluktuirenden großen Fremdenverkehrs berechnete Gebäudebestand im Vergleich zu dem stabilen Theile der Bevölkerung, welcher bei Berechnung des Durchschnittssatzes für den Kopf der Bevölkerung allein in Betracht gezogen werden kann, naturgemäß ein größerer sein muß, als in den Städten Koblenz und Bonn. Bei den übrigen Steuern stellt sich dagegen der Vergleich entschieden zu Gunsten der Stadt Wiesbaden heraus, zumal wenn berücksichtigt wird, daß es in Wiesbaden an einem eigentlichen Proletariat fast gänzlich fehlt, während durch dessen Vorhandensein in den genannten altländischen Städten die Durchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung noch herabgedrückt werden.

Nach Allem erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß in den vormalig nassauischen Landestheilen die Veranlagung der direkten Steuern in der beabsichtigten, möglichst milden Weise zur Ausführung gekommen und ein angemessenes Verhältniß zu den altländischen Provinzen hergestellt worden ist.

V. Abschnitt.

Vormalig großherzoglich hessische Landestheile.

Von den vormalig großherzoglich hessischen Landestheilen bedürfen bei der Verschiedenheit der bisherigen Systeme der direkten Besteuerung einer gesonderten Betrachtung:

	Flächeninhalt Quadratmeile.	Einwohner- zahl.
a) die der großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen angehörig gewesenen Landestheile, und zwar:		
1. Kreis Böhle mit Simelrod und Höringhausen, jetzt zum Kreise Frankenberg gehörig	2,48	5 810
2. Kreis Biedenkopf welcher mit	10,91	33 337
3. dem nordwestlichen Theile des Kreises Gießen (Bezirk Riedheim) jetzt den Hinterlandkreis bildet;	1,38	5 345
4. Ortsbezirk Nadelheim, jetzt zum Landkreise Wiesbaden (dem Mainkreise) gehörig	0,09	2 762
5. Antheil am Ortsbezirk Niederursel, jetzt zum Kreise Frankfurt a. M. gehörig	0,08	475
b) der vormalig landgräfllich hessische Amtsbezirk Homburg, jetzt einen Theil des Overtaunuskreises bildend	1,14	13 622
c) der vormalig landgräfllich hessische Oberamtsbezirk Meisenheim	3,04	13 752
Zusammen	19,12	75 103

1. Bisherige Besteuerung.

a) Die der großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen angehörig gewesenen Landestheile.

An direkten Steuern bestanden:

- die Immobiliensteuer,
- die Gewerbesteuer,
- die Personalsteuer.

Bei allen drei Steuern wurde das Maß der Besteuerung nach sog. Steuerkapitalien normirt, welche den mittleren Reinertrag der verschiedenen Steuerobjekte darstellten. Nach Maßgabe der zusammengerechneten Steuerkapitalien wurden die Steuern für die einzelnen Steuerpflichtigen alljährlich ausgeschlagen. Bis zum Jahre 1854 geschah dies in der Weise, daß nach vorgängiger Feststellung des durch die sonstigen Staatseinnahmen nicht gedeckten Theiles der Staatsausgaben alljährlich der Betrag bestimmt wurde, welcher zur Deckung des Defizits von der Gesamtheit der Steuerpflichtigen nach Verhältniß ihrer Steuerkapitalien an direkten Steuern aufgebracht werden mußte. Seit dem Jahre 1855 ist der von jedem Gulden Steuerkapital erhobene Steuerbetrag im Voraus je für eine dreijährige Finanzperiode festgestellt worden. Derselbe hat seit dem Jahre 1861 unverändert 11 Kr. 3 1/2 Heller betragen.

Die Immobiliensteuer beruhte auf dem Gesetz vom 13. April 1824. Objekte der Besteuerung waren:

- a) die Liegenschaften jeder Art,
- b) die Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofraithen,
- c) die Berechtigung zu Frohnden, Schäfereien, Jagden, Fischereien, sowie andere nutzbare dingliche Rechte,
- d) die Zehnten und Grundlasten.

Die Immobiliensteuer umfaßte hiernach

A. die eigentliche Grundsteuer von den Liegenschaften und den Realberechtigungen,

B. die Gebäudesteuer.

A. Von der Grundsteuer sind befreit:

- a) die zu den großherzoglichen Schlössern gehörigen Gärten und Anlagen,
- b) die Kirchhöfe, Begräbnisplätze und die zu den Wohnungen der Geistlichen gehörigen Hausgärten,
- c) die öffentlichen botanischen Gärten,
- d) die Exerzirplätze und Fortifikationen,
die Grundstücke zu a. bis d. jedoch nur, insofern sie Eigenthum des Staats oder der Gemeinden sind; ferner:
- e) die Straßen und öffentlichen Plätze, Chaussees, Landstraßen, Vizinal- und Feldwege, Promenaden, die Flüsse nebst den daran befindlichen Häfen und Leinpfaden, die Kanäle, Bäche und Fluthgräben, (die Eisenbahnen unterliegen der Grundsteuer und werden dem Acker I. Klasse gleichgestellt),
- f) die nackten Felsen.

Bei den Liegenschaften wurde der Reinertrag, welchen sie in ihrer gegenwärtigen Kultur und Beschaffenheit gewähren, unter Berücksichtigung der Güte und Ertragsfähigkeit des Bodens, der klimatischen Verhältnisse und der ortsüblichen Bewirthschaftsweise durch Abschätzung sowohl des Rohertrages, als auch der Gewinnungskosten ermittelt.

Der Reinertrag der dinglichen Rechte, der Zehnten und Grundlasten wurde den Berechtigten als Steuerkapital in Ansatz gebracht, dagegen den Besitzern der pflichtigen Grundstücke vom Steuerkapitale abgesetzt.

Den in den Jahren 1824 bis 1827 ausgeführten Abschätzungen liegt in 77 Gemarkungen eine Flur- und in 36 Gemarkungen eine noch genauere Parzellenvermessung zu Grunde.

Für die Waldungen, von denen etwa 1/4 im Eigenthume des Staats, der Gemeinden oder Institute sich befinden, hat in den letzten Jahren eine, den veränderten Werthverhältnissen entsprechende Umrechnung der Reinerträge stattgefunden, welche mit dem Jahre 1866 in Wirksamkeit getreten ist.

B. Der Gebäudesteuer unterlagen die Gebäude und Hofraithen, nicht aber die Hausgärten, welche mindestens gleich dem besten Ackerlande zur Grundsteuer herangezogen wurden.

Befreit waren:

- a) die landesherrlichen Schlösser,
- b) die für die Kammerfitzungen bestimmten Gebäude,
- c) die Diakasterialgebäude,
- d) die Kirchen und Pfarrhäuser,
- e) die dem öffentlichen Unterricht gewidmeten Gebäude,
- f) die Hospitäler und Waisenhäuser, die Armen- und Besserungshäuser, Gefängnisse und Rathshaus (Gemeinde-) Häuser,
- g) die Zeughäuser, Kasernen,
— die vorgenannten Gebäude (a. bis g.) jedoch nur insofern, als sie Eigenthum des Staats oder der Gemeinden sind, —
- h) die unbewohnbaren Gebäude, wie Ruinen, Wartthürme,
- i) die Dekonomiegebäude.

Das Steuerkapital wurde aus dem mittleren Kaufwerthe nach Abzug von $\frac{1}{4}$ für Unterhaltung und Abnutzung abgeleitet. Dasselbe betrug früher bei Wohngebäuden $\frac{1}{25}$ (= 4 Prozent), bei Mühlen und Hammerwerken $\frac{1}{30}$ (= 3,33 Prozent) des abgeschätzten lokalen Kaufwerths. Bei der im Jahre 1860 vorgenommenen Revision der Gebäudesteuerkapitalien wurde indeß für die Wohngebäude 1,8 Prozent, für Mühlen und Hammerwerke 1,5 Prozent des Kaufwerths als Steuerkapital festgesetzt.

C. Die durch das Gesetz vom 4. Dezember 1860 neu regulirte Gewerbesteuer war der altländischen Gewerbesteuer darin ähnlich, daß sie nur den eigentlichen Gewerbebetrieb erfaßte. Während jedoch der altländischen Gewerbesteuer nur die im Gesetz bezeichneten Gewerbe unterworfen sind, unterlag der großherzoglich hessischen Gewerbesteuer Jeder, der ein Gewerbe betreibt. Ausgenommen waren:

- a) die öffentlichen Beamten,
- b) Grundeigenthümer und Pächter, sofern sie keinen andern Handel als mit selbstgewonnenen Früchten treiben,
- c) Aerzte, einschließlich der Wund-, Zahn- und Thierärzte, Hebammen,
- d) Advokaten und Notare,
- e) Posthalter und Postknechte,
- f) Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Lithographen, Geometer, Privatlehrer, Privatstribenten,
- g) Handlungsdiener, Gefellen, Tagelöhner, überhaupt alle, welche für einen Andern in dessen Hause, Bureau, Werkstätten u. arbeiten,
- h) Flachsh-, Woll- und Baumwollenspinner, welche das Geschäft nicht fabrikmäßig betreiben,
- i) Nätherinnen, Wäscherinnen, Büglerinnen,
- k) Fischer, Besenbinder und Diejenigen, welche mit Obst, Gemüse, Blumen, Butter, Eier, Geflügel, Eßwaaren, Schwefelhölzern, Reisern u. handeln oder haufsiren,
- l) Bergwerke, so lange sie keine Ausbeute gewähren, wogegen in Ausbeute stehende Bergwerke, sowie auch Aktiengesellschaften der Gewerbesteuer unterlagen.

Die Steuerkapitalien wurden gebildet theils aus fixen, nach einer Kasseneintheilung mit Rücksicht auf den Betriebsort und den Umfang des Gewerbes festgesetzten Beträgen, theils aus Zusätzen, welche nach bestimmten Kennzeichen des Betriebsumfanges festgesetzt wurden.

D. Der Personalsteuer, eingeführt durch das Gesetz vom 15. Juni 1827, waren alle selbstständigen Inländer und die im Inlande wohnenden, ein mit Erwerb verbundenes Geschäft betreibenden Ausländer unterworfen. Befreit waren: aktive Militärpersonen, Invalide, Minderjährige, Studenten, Schüler, diejenigen Handwerksgehülfen und Lehrlinge, welche bei ihren Dienstherrn Wohnung und Kost erhalten, endlich alle notorisch Armen.

Auf Grund der Annahme, daß Jeder nach Verhältniß seines Einkommens wohne, wurden die Steuerpflichtigen nach dem Miethwerthe ihrer Wohnungen, ausschließlich der Gewerbslokale, in 9 Klassen mit Steuerkapitalien von 10 fl. bis 1000 fl. veranlagt, und es wurde dabei das Steuerkapital des Gebäudes mit $\frac{1}{3}$ Zusatz als der Miethswerth angesehen.

Neben den eigentlichen direkten Steuern war gemäß der beiden Verordnungen vom 19. März 1853 noch eine Hundesteuer und eine Abgabe von Nachtigallen zu entrichten. Die erstere betrug — abgesehen von einer für die Hunde der Schafhirten nachgelassenen Erleichterung — 2 Gulden jährlich für den Hund, die letztere, welche übrigens einen

Ertrag im verflossenen Jahre nicht geliefert hat, 5 Gulden für jede Nachtigall. In gleicher Weise, wie bei der kurhessischen Hundesteuer geschehen, sind auch die großherzoglich hessische Hundesteuer und die Abgabe von Nachtigallen, und zwar durch die Allerhöchste Verordnung vom 26. September 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 1666) als Staatsabgaben aufgehoben worden.

b) Der vormals landgräfllich hessische Amtsbezirk Homburg.

In dem vormals landgräfllich hessischen Amtsbezirk Homburg bestanden an direkten Steuern

- A. die Grundsteuer,
- B. die Gebäudesteuer,
- C. die Gewerbe- und Viehsteuer.

A. Die Grundsteuer ist nach einer in den Jahren 1821/28 ausgeführten Katastervermessung auf Grund der Regierungsinstruktion vom 1. November 1831 in der Art veranlagt worden, daß die nach 15 jährigen Durchschnittspreisen ermittelten Reinerträge als Steuerkapitalien angesehen wurden. Befreit blieben: alle Orts- und Landstraßen, Feldwege, öffentliche Plätze und Promenaden, Bäche, Felsen und unwirthbare Steinrasseln, ferner die Staatswaldungen und Güter, die herrschaftlichen Lustwälder und Gärten, wegen der Gemeinde-, Pfarr-, Schul- und Stiftungsgüter in der Regel steuerpflichtig sind.

B. Die Gebäudesteuer war auf Grund der landesherrlichen Verordnung vom 27. August 1835 in der Weise regulirt, daß sämtliche Gebäude gleich den steuerbaren Grundstücken nach dem Einkommen, welches sie ihren Besitzern gewähren, zur Steuer herangezogen wurden. Ausgenommen waren:

- 1. das landesherrliche Residenzschloß nebst Zubehör,
- 2. die zu allgemeinen Staatszwecken dienenden Gebäude,
- 3. die Stadt- und Gemeinde-Spizen- und Leierhäuser,
- 4. die dem öffentlichen Gottesdienste und Unterrichte, der Armen- und Krankenpflege gewidmeten Gebäude.

Die Veranlagung erfolgte in der Weise, daß von dem nach dem Miethswerth als eine 5 prozentige Rente betrachtet, berechnete Kapitalwerthe der Gebäude 10 Prozent für Unterhaltungskosten abgezogen und von den verbleibenden $\frac{1}{10}$

- a) bei Wohngebäuden 4%,
- b) bei Kunstgebäuden und Mühlen $3\frac{1}{2}\%$ das Steuerkapital bildeten.

Wo Mietherträge nicht zu ermitteln waren, sollte auf die unter gleichen Verhältnissen gezahlten Miethspreise, sowie auf die Kauf- und Theilungspreise zurückgegangen werden.

C. Die Gewerbe- und Viehsteuer wurde auf Grund des, durch spätere Instruktionen mehrfach modifizirten Gesetzes vom 2. Oktober 1813 erhoben und traf:

- a) den Arbeitsverdienst,
- b) das in Gewerben umlaufende Kapital,
- c) das Vieh.

a) Das Steuerkapital vom Arbeiterverdienst betrug bei allen Handarbeitern (Tagelöhnern, Gesellen etc.) 30 Fl., bei den Ackerbautreibenden 60 bis 120 Fl., bei den Handwerksmeistern in fünf, für die Stadt Homburg und den Landbezirk verschiedene Sätze enthaltenden Klassen, 40 bis 110 Fl., sowie $\frac{1}{2}$ des betreffenden Satzes für jeden Gesellen, und wurde bei anderen Gewerbetreibenden nach dem Umfange des Geschäfts bis höchstens 1000 Fl. normirt.

b) Als in Gewerben umlaufendes Kapital wurden alle verarbeiteten oder noch nicht verarbeiteten, zum Verkaufe bestimmten Vorräthe, Materialien und Waaren, sowie die nicht etwa schon in das Immobilienkataster aufgenommenen Geräthe und Gewerbeeinrichtungen angesehen, und es wurden 5 Prozent des Werths derselben als Steuerkapital angesetzt.

Das 200 Fl. nicht erreichende umlaufende Kapital war steuerfrei; das zum Geschäftsbetriebe erforderliche baare Geld blieb unberücksichtigt.

c) An Steuerkapital von Vieh wurde angesetzt:

von einem Pferde	2 Fl. 30 Kr.
von einem Ochsen	2 = — =

von einer Kuh oder einem jungen Ochsen . . 1 fl. 30 Kr.

von einem Esel und je 10 Stück Schaafe . 1 = — =

Der an sämmtlichen direkten Steuern aufzubringende Betrag wurde nach Feststellung des Staatshaushalts=Stats je nach Bedarf alljährlich oder für längere Perioden (zuletzt für 1861 bis 1871) landesherrlich festgestellt, nach den Steuerkapitalien auf die einzelnen Gemeinden und innerhalb der letzteren auf die einzelnen Steuerpflichtigen repartirt.

Neben den eigentlichen direkten Steuern bestand im Amtsbezirke Homburg noch eine Schlacht-, Fleisch- und Mehlaceise. Die Schlacht- und Fleischaccise wurde auf Grund der landesherrlichen Verordnungen vom 26. Mai 1837 und 19. November 1852 von allem zum Zwecke des Verkaufs geschlachteten Vieh nach 10 Säzen, welche von 22 1/2 Kreuzer = 6 3/4 Sgr. (für ein Schwein) bis zu 2 Gulden 30 Kreuzer, rund 1 Thaler 15 Sgr. (für einen Ochsen) stiegen, und von allem in Mengen über 4 Pfund eingeführten Fleische mit 1/2 Kreuzer für das Pfund erhoben. Die Mehlaceise war auf Grund der Verordnungen vom 17. Februar und 21. Dezember 1827 von dem an Bäcker und Mehlhändler zum Verbräuche abgesetzten Mehle, ohne Unterschied der Gattung, mit 6 Kreuzer für den Malter (= 143 Zollpfunden) zu entrichten. Das Einschlachten zum Privatgebrauch, sowie der Privatgebrauch von Mehl, auch Backwaaren, waren steuerfrei. Diese indirekte Steuer konnte neben der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer nach den Grundsätzen der altländischen Steuergesetzgebung nicht beibehalten, und mußte daher, wie durch den Allerhöchsten Erlass vom 1. Juli 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 799) angeordnet worden, außer Hebung gesetzt werden.

e) der vormalig landgräfllich hessische Oberamtsbezirk Meisenheim.

In dem vormalig landgräfllich hessenhomburgischen Oberamt Meisenheim bestand hinsichtlich der direkten Steuern noch ganz die Verfassung, welche im Anjange des laufenden Jahrhunderts unter französischer Herrschaft eingeführt worden war. Demnach waren an direkten Steuern auf Grund der bis jetzt maßgebend gewesenen französischen Gesetze, welche durch Ministerialerlasse und einzelne landesherrliche Verordnungen nur in wenigen Punkten abgeändert worden, zu entrichten:

A. die Grundsteuer, eingeführt durch das Gesetz vom 3. Frimaire VII,

B. die Personal- und Mobiliarsteuer, eingeführt durch das Gesetz vom 3. Nivose VII,

C. die Fenster- und Thürensteuer, eingeführt durch die Gesetze vom 4. Frimaire, 18. Ventose, 6. Prerial VII,

D. Die Patentgebühr, regulirt durch Gesetz vom 1. Brumaire VII.

Die zuletzt gedachte Steuer wurde den einzelnen Pflichtigen nach dem gesetzlich festgestellten Tarife angesetzt, während für die Steuern zu 1. bis 3. nach den erwähnten französischen Gesetzen alljährlich für jedes Departement ein bestimmtes Kontingent festgestellt und dieses innerhalb der Departements auf die einzelnen dazu gehörigen Bezirke, innerhalb der Bezirke auf die Gemeinden und in den letzteren auf die einzelnen Steuerpflichtigen repartirt wurde.

Das Grundsteuerkontingent des Departements wurde sowohl auf die Bezirke, als auch auf die Gemeinden und auf die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem reinen Ertrage aller liegenden Güter repartirt.

Um das für die Personal- und Mobiliarsteuer des Departements in einer ungetrennten Summe festgesetzte Kontingent zu repartiren, wurde zunächst der durchschnittliche Werth eines Arbeitstages vom Präfecten festgesetzt, und zwar nicht unter 50 Centimen und nicht über 1 Fr. 50 Cent. für den Arbeitstag. Demnach wurde der Werth von 3 Arbeitstagen mit 1/3 der Seelenzahl eines jeden, zum Departement gehörigen Bezirks multipliziert und die daraus für alle Bezirke sich ergebende Gesamtsumme als Betrag der Personalsteuer angesetzt, während der Restbetrag von dem gesammten Personal- und Mobiliarsteuerkontingent des Departements den Betrag der Mobiliarsteuer ausmachte. Der letztere wurde sodann zu 1/3 nach der Seelenzahl und zu 2/3 nach dem Ertrage der Patente auf die einzelnen Bezirke repartirt.

War auf diese Weise das Kontingent an Personal- und Mobiliarsteuer für jeden Bezirk festgestellt, so vertheilte der Bezirksrath dasselbe in ganz gleicher Weise auf die zum Bezirk gehörigen Gemeinden, indem er zuerst den Werth von 3 Arbeitstagen, mit 1/3 der Seelenzahl jeder Gemeinde multipliziert, für die Personalsteuer ansetzte und dann den Rest zu 1/3 nach der Seelenzahl und zu 2/3 nach dem Ertrage der Patente als Mobiliarsteuer vertheilte.

Die Vertheilung des für das Departement an Fenster- und Thürensteuer festgesetzten

Kontingentes erfolgte nach der Zahl der steuerpflichtigen Thüren und Fenster, zuerst auf die Bezirke, sodann in diesen auf die Gemeinden.

Die vorstehend beschriebene Festsetzung und Vertheilung der Kontingente hat bis auf die neueste Zeit in der Weise stattgefunden, daß die an den genannten drei Steuern aufzubringenden Kontingente von dem Landesherrn für den ganzen Oberamtsbezirk Meisenheim alljährlich oder für bestimmte Jahre (zuletzt für 1861 bis 1871) festgesetzt und nach den vorbezeichneten Maßstäben auf die Gemeinden repartirt wurden. Für die Untervertheilung der kontingentirten Steuern innerhalb der Gemeinden und für die Heranziehung der einzelnen Steuerpflichtigen zu denselben und zu der Patentsteuer galten folgende ebenfalls in den genannten französischen Gesetzen festgestellte Normen.

A. Der Grundsteuer unterlag alles Grundeigenthum, einschließlich der Gebäude, und der reine Ertrag bildete den einzigen Maßstab der Vertheilung.

Befreit waren nur:

1. Straßen, öffentliche Plätze, Landstraßen, Wege und Flüsse;
2. die landesherrlichen und für öffentliche und militärische Zwecke bestimmten Gebäude und botanischen Gärten, soweit sie Eigenthum des Staates sind;
3. die dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Tempel, die Pfarrwohnungen, Beerdigungsplätze, die erzbischöflichen und bischöflichen Palläste und die Seminarien;
4. die Nationalholzungen und die zur Ausstattung der Ehrenlegion und der Senatoren bestimmten Waldungen, nicht aber die Privatdomainen des Kaisers und die außerordentlichen Domainen der Krone.

Die Aufnahme und Reinertragsermittlung der Liegenschaften und Gebäude ist unter französischer Herrschaft geschehen und zwar auf Grund von Deklarationen der Eingeseffenen. Die damals für die Gemeinden zusammengestellten Lagerbücher sind indeß für viele Gemeinden nicht mehr vorhanden, und in diesen fehlt es an jeder zuverlässigen Nachricht über die der Besteuerung noch jetzt zu Grunde liegende ursprüngliche Ertragsermittlung, zumal Flurkarten über die Grundstücke bei der Ertragsermittlung nicht aufgenommen sind.

Die ursprünglich ermittelten Steuerkapitalien haben im Laufe der Zeit nur geringe Aenderungen erlitten. Die im Gesetze vorgeschriebene Revision der Reinerträge der Gebäude von 10 zu 10 Jahren ist ebenso unterblieben, wie jede Revision der Abschätzung der Liegenschaften, bei denen insbesondere alle Kulturveränderungen unberücksichtigt geblieben sind.

B. Der Thüren- und Fenstersteuer unterlagen alle auf die Straße, in die Höfe oder Gärten aufgehende Thüren oder Fenster der Wohnhäuser, Magazine, Schuppen, Läden u. Befreit waren jedoch die Thüren und Fenster an landwirtschaftlichen Gebäuden, öffentlichen Civil- und Militärdienstgebäuden, unbewohnten Gebäuden, Manufakturen und endlich alle Dachfenster und Thüren.

C. Der Personal- und Mobiliarsteuer unterlagen alle Einwohner der Gemeinde, welche eine eigene, für sich bestehende Haushaltung haben, seit einem Jahre in der Gemeinde wohnen, im vollen Genuße aller Rechte und nicht ganz arm sind.

Zur Beschaffung des der Gemeinde auferlegten Kontingents hatte zunächst jeder Steuerpflichtige als Personalsteuer den Werth von 3 Arbeitstagen zu zahlen, welcher zuletzt und seit längerer Zeit stets mit 2 Francs angesetzt wurde. Der Restbetrag wurde dann als Mobiliarsteuer auf die Steuerpflichtigen nach Verhältniß des Miethswerthes der von ihnen benutzten Wohnräume repartirt. Dabei wurden die Miethzinsen, welche ehelose, über 30 Jahr alte Männer zahlen, mit 50 Prozent Zuschlag angesetzt. In der Praxis wurden außer dem Miethwerthe der Wohnungen auch die Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen bei Repartition der Mobiliarsteuer berücksichtigt, so daß die letztere mehr die Natur einer Klassen- oder Vermögenssteuer angenommen hatte. Der höchste in der Stadt Meisenheim angesetzte Miethzins beträgt 150 Francs und die höchste Personal- und Mobiliarsteuer eines reichen Mannes 27 Francs 23 Centimen.

D. Die Patentgebühr war eine eigentliche Gewerbesteuer und von Allen zu entrichten, welche eine Handlung, Profession, ein Gewerbe oder Handwerk treiben. Von derselben wurden jedoch nicht betroffen:

1. die öffentlichen Beamten und die einer Bürgschaft unterworfenen Notaire;
2. die Aerzte, Chirurgen, Apotheker, Hebammen;
3. die Künstler, namentlich Maler, Bildhauer, Kupferstecher;
4. die Bergbautreibenden;

5. die Postmeister, Fischer, Wollkämmer, Woll- und Baumwollspinner, Wäscherinnen, Schuhflicker u.
6. Diejenigen, welche Früchte, Geware u. feil halten, ohne einen festen Stand zu haben;
7. Kommiss, Tagelöhner, Gehülften und Dienstboten, welche in den Häusern ihrer Prinzipale arbeiten;
8. Bauern und Ackerleute, wenn sie nur mit eigenen Erzeugnissen handeln.

Die Patentgebühr war theils eine fixe Abgabe nach dem durch das Gesetz vom 1. Brumaire VII. festgestellten, die einzelnen steuerpflichtigen Gewerbe ausführenden Tarife, theils eine proportionelle, nach dem Miethzinse der von den Pflichtigen benutzten Räume.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

- a) Die der großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen angehörig
gewesenen Landestheile.

Bei der vorläufigen Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften mußten

- a) der Kreis Biedenkopf,
- b) der Kreis Böhrl,
- c) der Bezirk Rodheim,
- d) die Ortsbezirke Rödelheim und Niederursel

besonders in Betracht gezogen werden, da dieselben nach Lage, Klima, Fruchtbarkeit und Kultur des Bodens, Verkehrs- und Erwerbsverhältnissen wesentlich verschieden sind.

Die Kreise Biedenkopf und Böhrl gehören dem hoch gelegenen Gebirgslande an und stehen den besseren Theilen des angrenzenden, altpreussischen Kreises Brilon am nächsten.

Der im Ganzen niedriger belegene und flachere, bis in das mittlere Lahnthal hinreichende Bezirk Rodheim ist dem Kreise Wehlar gleichzustellen, von welchem er fast ringsumher umschlossen wird.

Die ganz der fruchtbaren Ebene angehörenden Ortsbezirke Rödelheim und Niederursel sind, zumal bei den obwaltenden außerordentlich günstigen Verkehrs- und Absatzverhältnissen, an Ertragsfähigkeit und Steuerkraft noch höher zu stellen, als der Kreis Wehlar, bieten übrigens bei der überwiegenden städtischen Bevölkerung und der verhältnismäßig sehr geringen Größe des zugehörigen Gebiets ungewöhnliche Verhältnisse dar.

Eine Gegenüberstellung der einzelnen ehemals großherzoglich hessischen Gebietstheile mit den gedachten altländischen Kreisen hinsichtlich der bei der Besteuerung vorzugsweise in Betracht kommenden Verhältnisse ergibt folgendes Resultat:

	Kreis Brilon	Kreis Bieden- kopf	Kreis Böhrl	Kreis Wehlar	Bezirk Rodheim	Ortsbezirke Rödelheim und Niederursel
1. die Bevölkerung auf der Quadratmeile	2700	3060	2340	4540	3870	19000
2. an der Gesamtbevölkerung der Prozentantheil						
a) der städtischen Bevölkerung	34,4	15,7	12,5	15,7	—	85,5
b) der ländlichen Bevölkerung	65,6	84,3	87,5	84,3	100,0	14,5
3. die Anzahl der Wohnhäuser auf der Quadrat- meile	377	516	345	808	692	1670
4. die Anzahl der durchschnittlich auf ein Wohn- haus treffenden Einwohner	7,1	5,9	6,7	5,6	5,6	11,1
5. der Viehstand, auf Großvieh reduziert, auf der Quadratmeile	1560	1740	1537	2980	2450	3920
6. an der Gesamtfläche der Prozentantheil:						
a) der Gebäudeflächen, Hofrathen, unbesteu- baren Flächen	2,9	4,0	4,9	4,2	3,0	4,9
b) des Ackerlandes, der Gärten und Acker- wüsthungen	36,6	36,3	43,3	41,4	42,8	71,9
c) der Wiesen, Großgärten und Weiden . . .	19,7	13,3	9,2	13,1	10,9	12,8
d) der Waldungen	40,8	46,4	42,6	41,3	43,3	10,4

Es beträgt nämlich

1. die Bevölkerung auf der Quadratmeile
2. an der Gesamtbevölkerung der Prozentantheil
 - a) der städtischen Bevölkerung
 - b) der ländlichen Bevölkerung
3. die Anzahl der Wohnhäuser auf der Quadrat-
meile
4. die Anzahl der durchschnittlich auf ein Wohn-
haus treffenden Einwohner
5. der Viehstand, auf Großvieh reduziert, auf
der Quadratmeile
6. an der Gesamtfläche der Prozentantheil:
 - a) der Gebäudeflächen, Hofrathen, unbesteu-
baren Flächen
 - b) des Ackerlandes, der Gärten und Acker-
wüsthungen
 - c) der Wiesen, Großgärten und Weiden . . .
 - d) der Waldungen

Nach diesen Materialien erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Kreise Biedenkopf und Böhl bezüglich der für die Höhe der Grundsteuer maßgebenden Verhältnisse dem Kreise Brilon noch voranstehen, der Bezirk Rodheim dem Kreise Wehlar aber in dieser Beziehung um Einiges nachsteht; die Ortsbezirke Rödelheim und Niederursel endlich wiederum dem letzteren Kreise entschieden voranstehen, daß jedoch die sehr abweichenden Verhältnisse dieser verhältnißmäßig sehr kleinen, dichtbevölkerten Ortsbezirke eine völlig zutreffende Vergleichung derselben mit einem größeren altländischen Gebiete nicht gestatten.

Werden zunächst die durchschnittlichen Grundsteuersätze aus den Kreisen Brilon und Wehlar auf die betreffenden vormalig großherzoglich hessischen Gebietstheile angewandt, so berechnet sich die Grundsteuer folgendermaßen:

a) im Kreise Biedenkopf:				
von	86 240 Morg.	Ackerland und Gärten . . .	zu 2,7 Sgr. =	7 762 Thln.
=	31 568	= Wiesen, Weiden, Grasgärten = 2,2 =	=	2 315 =
=	110 332	= Waldungen = 1,1 =	=	4 045 =
<hr/>				
zusammen	von 228 140 Morgen	zu 1,9 Sgr. =	14 122 Thln.	
	mithin gegen das bisherige Aufkommen von	23 045 Thln. weniger		
	8 923 Thlr. oder 38,7 Prozent.			
b) im Kreise Böhl:				
von	23 185 Morg.	Ackerland und Gärten . . .	zu 2,7 Sgr. =	2 087 Thln.
=	4 919	= Wiesen, Weiden, Grasgärten = 2,2 =	=	361 =
=	22 800	= Waldungen = 1,1 =	=	836 =
<hr/>				
zusammen	von 50 904 Morgen	zu 1,9 Sgr. =	3 284 Thln.	
	mithin gegen das bisherige Aufkommen von	6 549 Thln. weniger		
	3 265 Thlr. oder 49,8 Prozent.			
c) im Bezirk Rodheim:				
von	11 753 Morg.	Ackerland und Gärten . . .	zu 6,9 Sgr. =	2 703 Thln.
=	2 980	= Wiesen, Weiden, Grasgärten = 8,4 =	=	834 =
=	11 904	= Waldungen = 2,6 =	=	1 032 =
<hr/>				
zusammen	von 26 637 Morgen	zu 5,1 Sgr. =	4 569 Thln.	
	mithin gegen das bisherige Aufkommen von	4 890 Thln. weniger		
	321 Thlr. oder 6,6 Prozent.			
d) in den Ortsbezirken Rödelheim und Niederursel zu 1 720 Thlr., da dieser				
bisher aufgekommene Betrag bei dem hohen Werthe der dortigen Liegen-				
schaften, bestehend in 2 612 Morgen Ackerland und Gärten, 465 Morgen				
Wiesen, Weiden und Grasgärten, 378 Morgen Waldungen, voraussichtlich				
auch bei einer nach preussischen Grundsätzen erfolgenden Veranlagung auf-				
kommen wird.				

Wie bereits angedeutet, fällt die unter a und b aufgeführte, auf der Grundlage der im Kreise Brilon bestehenden Grundbesteuerung bewirkte Veranschlagung zum Vortheil der Kreise Böhl und Biedenkopf aus, da in diesen Kreisen so hoch gelegene und rauhe Bezirke, wie solche der Kreis Brilon in den Aemtern Winterberg, Hallenberg und Niederfeld aufzuweisen hat, nicht vorkommen. Andererseits ist der Bezirk Rodheim (zu c) bei dem Vergleich mit dem Kreise Wehlar eher im Nachtheil. Nach sorgfältiger Erwägung aller hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse hat es für angemessen erachtet werden müssen, — neben dem gänzlichen Fortfalle der speziell auf den Gebäudflächen nebst Hofräumen und Hausgärten u. dgl. haftenden Grundsteuerbeträge — dem Kreise Böhl ein Drittel, dem Kreise Biedenkopf ein Viertel, dem Bezirk Rodheim ein Zwölftel von der bisherigen Grundsteuer zu erlassen, wie solches im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Mai 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 593) bestimmt worden ist.

b) Der vormalig landgräfllich hessische Amtsbezirk Homburg.

Die bisher entrichtete Grundsteuer von den Liegenschaften beträgt 2 953 Thaler, wonach sich für die Quadratmeile der steuerpflichtigen Fläche (0,83 Quadratmeilen) ein Betrag von

3 560 Thaler, der Gesamtfläche (1,14 Quadratmeilen) ein Betrag von 2 590 Thaler, und für den Kopf der Bevölkerung ein Durchschnittssatz von 6,5 Sgr. berechnet. Der Amtsbezirk Homburg hat mit dem altländischen Kreise Wehlar ähnliche Boden- und landwirthschaftliche Verhältnisse, steht aber bezüglich der Dichtigkeit der Bevölkerung (11 950 gegen 4 540 Einwohner auf der Quadratmeile) und bezüglich der hierdurch bedingten vortheilhaften Verwerthung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse dem genannten Kreise weit voran. In letzterem beträgt die Grundsteuer für die Quadratmeile der steuerpflichtigen Fläche 3 880 Thaler, der Gesamtfläche 3 310 Thaler und für den Kopf der Bevölkerung 21,8 Sgr. Schon hieraus ergibt sich zur Genüge, daß die Grundsteuer im Amtsbezirk Homburg verhältnismäßig geringer ist, als in den altländischen Gebietstheilen. Unter diesen Umständen, und da von einer Erhöhung der Grundsteuer für die kurze Zeit bis zur definitiven anderweiten Regelung derselben füglich abgesehen werden konnte, ist durch die Vorschriften im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Mai 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 593) an der Höhe der im Amtsbezirk Homburg bestehenden Grundsteuer vorläufig nichts geändert und nur angeordnet worden, daß diejenigen Beträge, welche speziell auf den — der Gebäudesteuer anheimfallenden — Gebäudesflächen nebst den dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten bis zur Größe von einem preussischen Morgen haften, außer Hebung zu setzen seien.

c) Der vormals landgräfllich hessische Oberamtsbezirk Meisenheim.

Zu einer Vergleichung des Oberamtsbezirks Meisenheim mit den älteren preussischen Landestheilen hinsichtlich des Aufkommens an Grundsteuer eignet sich vorzugsweise der Kreis Kreuznach, welcher jenen Amtsbezirk unmittelbar begrenzt und, sofern die sehr hoch gelegenen gebirgigen Theile des Ersteren außer Betracht gelassen werden, mit letzterem zwar nicht ganz, aber doch annähernd ähnliche Boden- und landwirthschaftliche Verhältnisse darbietet. Eine spezielle Gegenüberstellung dieses Kreises, welcher bei einer Größe von 10,09 Quadratmeilen 59 402 Einwohner hat, mit dem Amt Meisenheim ergibt folgendes Resultat. Es beträgt:

	im Kreise Kreuznach	im Ober- amtsbezirk Meisenheim
1. die Bevölkerung auf der Quadratmeile	5 880	4 580
2. an der Gesamtbevölkerung der Prozentantheil:		
a) der städtischen Bevölkerung	29,3	13,7
b) der ländlichen Bevölkerung	70,7	86,3
3. die Anzahl der Wohnhäuser auf der Quadratmeile	962	734
4. die Anzahl der durchschnittlich auf ein Gebäude treffenden Einwohner	6,13	6,16
5. der Viehstand, auf Großvieh reduziert, auf der Quadratmeile	2 330	2 880
6. an der Gesamtfläche der Prozentantheil:		
a) der Gebäudesflächen, Hofräume und Hausgärten	0,8	0,5
b) des Ackerlandes	40,6	58,2
c) der Gärten	0,2	0,8
d) der Weingärten	4,4	2,2
e) der Wiesen	6,8	12,7
f) der Weiden und des Deides	0,9	0,0
g) der Wasserstücke	0,2	0,0
h) der Holzungen	42,9	24,4
i) der öffentlichen Wege, Flüsse und Bäche	3,2	1,2

Sowohl die erheblich größere Viehzahl auf der Quadratmeile, als der verhältnismäßig größere Umfang des Ackerlandes im Oberamtsbezirk Meisenheim weisen darauf hin, daß, wie angedeutet, die dem hohen Gebirge angehörigen Theile des Kreises Kreuznach ausgeschlossen werden müssen, um eine zutreffende Unterlage für die Veranschlagung der Grundsteuer in Ersterem

zu gewinnen. Dies geschieht, indem der behufs der Grundsteuerveranlagung gebildete besondere Klassifikationsdistrikt, der sogenannte untere Distrikt, welcher 62 Prozent der Gesamtfläche des Kreises Kreuznach einnimmt, allein ins Auge gefaßt wird. Nach den durchschnittlichen Reinerträgen, welche in diesem unteren Distrikte für den Morgen der verschiedenen Kulturarten ermittelt worden sind, berechnen sich für den Oberamtsbezirk Meisenheim folgende Reinerträge:

Ackerland	120 448 Thlr.
Gärten und Weingärten	15 007 =
Wiesen	37 264 =
Holzungen	17 907 =
Zusammen	190 626 Thlr.

Nun ist aber zu berücksichtigen, daß der fragliche Theil des Kreises Kreuznach in mehrfacher Beziehung — durch eine dichtere Bevölkerung, das Vorhandensein einer belebten Stadt, größeren Verkehr, günstigere klimatische Verhältnisse u. s. w. — vor dem Bezirke Meisenheim begünstigt ist. Werden im Hinblick hierauf von dem vorberechneten Reinertrage 10 Prozent mit 19 063 Thlr. abgesetzt, so verbleibt ein Betrag von 171 563 Thlr., welcher als den Verhältnissen entsprechend angesehen werden kann und nach dem Prozentsatze von 9,574 234 für den Oberamtsbezirk Meisenheim in verhältnismäßiger Gleichheit zu der Grundsteuer der altländischen Provinzen eine Gesamtgrundsteuer für die Liegenschaften von 16 426 Thlrn. ergibt.

Um dem Oberamtsbezirke Meisenheim an der bisherigen Grundsteuer, welche, soweit sie von den Liegenschaften zu entrichten war, etwa 19 903 Thlr. betrug, eine dem entsprechende Ermäßigung der Letzteren zu gewähren, ist im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 4. Juni 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 761) bestimmt worden, daß diejenigen Grundsteuerbeträge, welche auf den Gebäuden nebst den dazu gehörigen Hofräumen haften, außer Hebung zu setzen, von der eigentlichen, auf den Liegenschaften ruhenden Grundsteuer aber nur fünf Sechstheile des bisherigen Betrages zu erheben seien.

3. Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Das bisherige und das gegenwärtige Aufkommen an direkten Steuern in den vormals großherzoglich hessischen Landestheilen ist nachstehend zusammengestellt, und ist dabei behufs Herstellung eines zutreffenden Vergleichs auch die bisherige Hundesteuer in den zur großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen zugehörig gewesenen Landestheilen, sowie die bisherige Schlacht-, Fleisch- und Mehlaceise im Amtsbezirke Homburg mit in Rechnung gezogen worden.

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jetzt			
Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
a. Die der großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen angehörig gewesenen Landestheile.											
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	36 204	2 430	22,8	Grundsteuer .	27 553	1 850	17,3	—	—	8 651	23,9
2. Gebäudesteuer.											
Gebäudesteuer	9 390	630	5,9	Gebäudesteuer	5 128	340	3,2	—	—	4 262	45,4
3. Gewerbliche Steuern.											
Gewerbsteuer	6 160	410	3,9	Gewerbsteuer	7 468	500	4,7	1 308	21,2	—	—
4. Persönliche Steuern n. f. w.											
Personalsteuer	14 338	960	9,0	Klassifiz. Ein- kommensteuer Klassensteuer .	3 174 29 030	210 1 950	2,0 18,3				
Hundsteuer	1 394	100	0,9								
Abgabe von Nachti- gallen	—	—	—								
	15 732	1 060	9,9		32 204	2 160	20,3	16 472	104,7	—	—
5. Uebershaupt. . .	67 486	4 530	42,5		72 353	4 850	45,5	4 867	7,2	—	—
b. Der vormals landgräfllich hessische Amtsbezirk Homburg.											
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	2 953	2 590	6,5	Grundsteuer .	2 877	2 520	6,4	—	—	76	2,6
2. Gebäudesteuer.											
Gebäudesteuer	2 510	2 200	5,5	Gebäudesteuer	4 774	4 190	10,5	2 264	90,2	—	—
3. Gewerbliche und persönliche Steuern n. f. w.											
Gewerbe- und Vieh- steuer	9 190	8 060	20,2	Gewerbsteuer Klassifiz. Ein- kommensteuer Klassensteuer .	4 328 17 082 11 557	3 800 14 980 10 140	9,5 37,6 25,5				
Schlacht-, Fleisch- und Mehlaccise	6 038	5 300	13,3								
	15 228	13 360	33,5								
4. Uebershaupt. . .	20 691	18 150	45,5		40 618	35 630	89,5	19 927	96,3	—	—

Deutschl.

5

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jetzt			
Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
c. Der vormals landgräflich hessische Oberamtsbezirk Meisenheim.											
1. Grundsteuer von den Liegenschaften											
Grundsteuer	19 903	6 550	43,4	Grundsteuer .	16 586	5 450	36,3	—	—	3 317	16,7
2. Gebäudesteuer.											
Grundsteuer	1 000*	330	2,2	Gebäudesteuer	2 082	690	4,5	1 082	108,2	—	—
3. Gewerbliche Steuern.											
Patentgebühr	2 238	730	4,9	Gewerbesteuer	1 288	420	2,8	—	—	950	42,4
4. Persönliche Steuern n. f. w.											
Thür- und Fenster- steuer	1 356	450	3,0	Klassifiz. Ein- kommensteuer Klassensteuer .	684	230	1,5	5 185	107,7	—	—
Personal- und Mobi- liarsteuer	3 460	1 140	7,5		9 317	3 060	20,3				
	4 816	1 590	10,5		10 001	3 290	21,8				
5. Ueberhaupt . .	27 957	9 200	61,0		29 957	9 850	65,4	2 000	7,1	—	—
d. Sämmtliche vormals großherzoglich hessischen Landestheile.											
1. Grundsteuer von den Liegenschaften	59 060	3 090	23,6	Grundsteuer .	47 016	2 460	18,8	—	—	12 044	20,4
2. Gebäudesteuer . .	12 900	680	5,2	Gebäudesteuer	11 984	630	4,8	—	—	916	7,1
3. Gewerbliche und persönl. Steuern n. f. w.	44 174	2 310	17,7	Gewerbesteuer	13 084	680	5,2	39 754	90,0	—	—
				Klassifiz. Ein- kommensteuer Klassensteuer .	20 940	1 100	8,4				
					49 904	2 610	19,9				
	44 174	2 310	17,7		83 928	4 390	33,5				
4. Ueberhaupt . . .	116 134	6 080	46,5		142 928	7 480	57,1	26 794	23,0	—	—

*) Ungefährer Betrag.

Das hiernach für die der großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen angehörig gewesenen Landestheile hervortretende an sich nicht erhebliche Mehr an Steuern, im Betrage von 4 867 Thln. oder 7,2 Prozent der bisher entrichteten Steuern, trifft allein auf den jetzigen Hinterlandkreis und die Ortsbezirke Rödelheim und Niederurfel, während der frühere Kreis Böhrl mit Simelrod und Höringhausen gegenwärtig ebenso viel an Steuern zu entrichten hat, als früher.

Im Amtsbezirke Homburg ist zwar gegenwärtig der verhältnismäßig sehr erhebliche Betrag von 19 927 Thln. an Steuern mehr zu entrichten, als bisher. Allein es fällt derselbe vorzugsweise nur einigen wenigen reichen Steuerpflichtigen zur Last. Denn es sind daselbst von 183 zur klassifizierten Einkommensteuer herangezogenen Steuerpflichtigen:

1	Steuerpflichtiger bei einem Jahreseinkommen von mehr als 240 000 Thln zu	7 200 Thln.
1	bei einem Einkommen von 12 000 bis 16 000 Thln. zu	360 =
2	= " = " = 7 200 = 9 600 = "	432 =
4	= " = " = 4 800 = 6 000 = "	576 =
2	= " = " = 4 000 = 4 800 = "	240 =

ferner bei der Gewerbesteuer in der Handelsklasse A. I.

4	Gewerbetreibende zu	840 =
---	-------------------------------	-------

zusammen 9 648 Thlr.

jährlicher Steuer veranlagt. Ueberhaupt ist es bei Einführung der altländischen Steuergesetzgebung möglich gewesen, den wohlhabenden Theil der Bevölkerung, welcher, wie sich aus dem erheblichen Aufkommen an Einkommensteuer von 17 082 Thln. ergibt, verhältnismäßig zahlreich vertreten ist, in einem seiner Prästationsfähigkeit entsprechenden Maße zu den allgemeinen Staatslasten heranzuziehen, während den ärmeren Volksklassen noch eine Steuererleichterung zu Theil geworden ist.

Im Oberamtsbezirke Meisenheim ist die Gesamtbesteuerung, indem das zu entrichtende Mehr nur 7,1 Prozent beträgt, nicht erheblich verändert worden. Jedoch hat auch hier eine wesentlich schärfere Heranziehung der wohlhabenderen und reichen Einwohner zur Steuer zu Gunsten der ärmeren stattgefunden, wie in schlagender Weise daraus erhellt, daß bisher die höchste Personal- und Mobiliarsteuer eines reichen Mannes 27,53 Franken = 7 $\frac{1}{2}$ Thlr. jährlich betrug, während jetzt die im Oberamtsbezirke Meisenheim am höchsten zur klassifizierten Einkommensteuer veranlagte Person 48 Thlr. jährlich zu entrichten hat.

Anlangend das Verhältniß der neu veranlagten Steuern in den vormalig großherzoglich hessischen Landestheilen zu der Besteuerung der benachbarten Landestheile, so sind in Betreff des vormaligen Kreises Böhrl und des jetzigen Hinterlandkreises einerseits die kurhessischen Kreise Frankenberg und Marburg, andererseits die altländischen Kreise Brilon, Meschede, Wittgenstein, Siegen, der nassauische Dillkreis und der altländische Kreis Wehlar ins Auge zu fassen. Etwa zwei Meilen von der Südspitze des Letzteren entfernt beginnt der vormalig landgräfllich hessische Amtsbezirk Homburg, auf welchen in einiger Entfernung nach Süden der vormalig kurhessische Kreis Hanau folgt. Der Oberamtsbezirk Meisenheim endlich wird auf der einen Seite vom altländischen Kreise Kreuznach, auf der anderen von dem altländischen Kreise St. Wendel begrenzt.

Die durchschnittlichen Steuerbeträge für den Kopf der Bevölkerung in den vorgenannten Kreisen ic. gestalten sich folgendermaßen:

Kreis u.	Für den Kopf der Bevölkerung				
	Gebäude-	Gewerbe-	Klassifiz.	Klassen-	Zu-
	steuer	steuer	Einkommen	steuer	sammen
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Frankenberg, kurhessischen Antheils	3,6	2,1	0,5	13,6	19,8
2. Marburg	5,0	3,6	3,9	20,6	33,1
3. <i>Vöhl</i>	3,1	5,2	2,4	18,9	29,6
4. <i>Hinterlandkreis</i>	2,9	4,3	1,1	17,8	26,3
5. Brilon	2,8	8,5	1,5	12,8	25,6
6. Meschede	2,8	4,8	2,6	16,0	26,2
7. Wittgenstein	2,5	4,5	1,7	11,5	20,2
8. Siegen	5,9	6,2	8,2	18,3	38,6
9. Dillkreis	3,9	4,3	3,1	18,9	30,2
10. Wehlar	4,3	3,7	2,8	20,2	31,0
11. <i>Amtsbezirk Homburg</i>	10,5	9,5	37,6	25,5	83,1
12. Hanau	7,1	6,9	10,2	25,5	49,7
13. Kreuznach	7,2	6,8	5,6	20,5	40,1
14. <i>Oberamtsbezirk Meisenheim</i> . .	4,5	2,8	1,5	20,3	29,1
15. St. Wendel	3,4	3,1	0,9	18,4	25,8

Die Kreise Frankenberg (kurhessischen Antheils), Brilon, Meschede und Wittgenstein sind hiernach, und zwar vorzugsweise bezüglich der Klassensteuer, wesentlich niedriger besteuert, als der Kreis Vöhl und der Hinterlandkreis. Es wird dies aber durch die maßgebenden Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt, indem jene Kreise bei ihrer weit ungünstigeren gebirgigen und hohen Lage und bei ihren sonstigen ärmlichen Verhältnissen nur kümmerliche Erwerbsquellen darbieten. Ein großer Theil der Bevölkerung, namentlich des Kreises Brilon, sucht wie bereits anderweit hervorgehoben, seinen Erwerb außerhalb durch den Betrieb von Hausirergewerben, durch welchen Umstand auch die außergewöhnliche Höhe der Gewerbesteuer hervorgerufen wird. Auf die größere Steuerfähigkeit des zum jetzigen Kreise Frankenberg gehörigen vormals großherzoglich hessischen Kreises Vöhl im Vergleich zu dem kurhessischen Theile des Kreises Frankenberg, wie solche sich in den oben angeführten Zahlen ausdrückt, weist u. A. auch der Umstand unzweifelhaft hin, daß durchschnittlich auf einen Grundbesitzer in dem letzteren Theile eine Fläche von nur 12,7 Morgen, im Kreise Vöhl aber von 52,1 Morgen kommt. Dagegen stehen die Kreise Siegen, Dill, Wehlar und Marburg bezüglich der Höhe der Steuern den genannten vormals großherzoglich hessischen Landestheilen, und zwar erheblich voran, und auch dieses erscheint wohlbegründet in den größeren Hilfsquellen, welche dieselben darbieten, und in der hierdurch bedingten größeren Wohlhabenheit ihrer Bewohner.

Der Amtsbezirk Homburg ist bei seinem geringen Umfange, der überwiegend städtischen Bevölkerung, den sehr hohen Beträgen an klassifizirter Einkommen- und Gewerbesteuer, welche, wie bereits oben erwähnt, von einigen wenigen, sehr reichen Steuerpflichtigen entrichtet werden, so wie überhaupt bei seinen eigenthümlichen Verhältnissen mit den angrenzenden oder anderen Landestheilen nicht wohl vergleichbar. Der Umstand aber, daß daselbst die Klassensteuer mit 25,5 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung dem diesfälligen Satze für den Kreis Hanau gleichsteht, und den Satz für den Kreis Wehlar um 5,3 Sgr. übersteigt, läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß die Leistungsverhältnisse nicht überschätzt worden sind. Es wird dies weiter bestätigt durch die Durchschnittsbeträge, welche sich für den Kopf der Bevölkerung auf dem platten Lande — wo die außergewöhnlichen Verhältnisse der fraglichen Landestheile in

geringerem Maße, als für die Städte zur Geltung kommen — berechnen, und sich folgendermaßen gestalten:

	Gebäude- steuer Sgr.	Gewerbe- steuer Sgr.	Klassifiz. Ein- kommensteuer Sgr.	Klassen- steuer Sgr.	Zu- sammen Sgr.
Kreis Wehlar	3,6	2,3	0,7	18,7	25,3
Amtsbezirk Homburg	4,6	3,6	3,0	16,5	27,1
Kreis Hanau	4,1	2,9	2,7	22,4	32,1

Auch für den Oberamtsbezirk Meisenheim lassen die oben aufgeführten Steuerbeträge erkennen, daß bei der Veranlagung das Verhältniß zu den angrenzenden Kreisen Kreuznach und St. Wendel, von denen Ersterer eine größere städtische Bevölkerung und einen umfangreicheren Gewerbebetrieb hat, und deshalb namentlich bei der Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer wesentlich höhere Erträge liefert, der Letztere aber nach seiner Lage und seiner sonstigen Verhältnisse gegen den Oberamtsbezirk Meisenheim zurücksteht, richtig erfaßt worden ist.

VI. Abschnitt.

Vormals königlich baierische Landestheile.

1. Bisherige Besteuerung.

Die direkten Steuern in den vormals baierischen Landestheilen waren folgende:

- A. die Grundsteuer,
- B. die Häusersteuer,
- C. die Einkommensteuer,
- D. die Kapitalrentensteuer,
- E. die Gewerbesteuer.

A. Die Grundsteuer beruht auf dem Gesetze vom 15. August 1828 und dem Nachtrage dazu vom 28. März 1852.

Der Veranlagung der Grundsteuer liegt eine genaue Vermessung und Kartirung zum Grunde, und das hierauf errichtete Kataster wird durch Nachtragung nicht nur der Besitzveränderungen, sondern auch der Veränderungen, welche eine Vermehrung oder Verminderung der Steuer zur Folge haben, mit der Gegenwart in Uebereinstimmung erhalten, und hat sowohl hinsichtlich der Besteuerung als der privatrechtlichen Verhältnisse volle Beweiskraft.

Die Vermessungsergebnisse sind auf Steinplatten lithographirt, und außerdem für jede Gemeinde zwei Kartenabdrücke ausgefertigt, von denen der eine unverändert den Zustand der ursprünglichen Vermessung, der andere den Zustand der Gegenwart ergibt.

Die Grundsteuer ist nach dem mittleren Reinertrage, bei Aekern nach dem Körnerertrage unter Nichtberücksichtigung des Strohes, der Brachfrucht und der Nebennutzungen; bei Wiesen nach dem mittleren Ertrage an Heu und Grummet; bei Waldungen nach dem nachhaltigen Holzertrage unter Freilassung der Nebennutzungen, und bei allen übrigen Grundstücken in verhältnißmäßiger Gleichheit zu der vorgedachten Hauptkulturart veranlagt worden.

Der Ansatze der Steuer erfolgte nach sogenannten Sumpeln, deren jährlich zu erhebende Anzahl durch das Finanzgesetz bestimmt wurde. Als ordentliche Jahressteuer wurden 2 $\frac{1}{2}$ Sumpel erhoben, welchen aber schon seit längeren Jahren die unten näher bezeichneten Zuschläge dauernd hinzugezählt waren.

Straßen, Wege, öffentliche Plätze, Kirchhöfe, kahle Felsen und andere völlig unnutzbare Flächen sind zu keinem Ertrage veranschlagt und daher steuerfrei. Im Uebrigen unterliegen alle Liegenschaften mit alleiniger Ausnahme der im Eigenthume des Staats befindlichen Grundstücke der Grundsteuer.

B. Die Häusersteuer war durch das Gesetz vom 15. August 1828, sowie durch die Zusatzgesetze vom 28. Dezember 1831, vom 25. Juli 1850 und vom 10. Januar 1856 geordnet.

Derselben waren — mit Ausnahme der Staatsgebäude, der Kirchen, der öffentlichen Schul- und Erziehungshäuser, sowie derjenigen zu Stiftungen gehörigen Gebäude, in welchen sich öffentliche Wohlthätigkeitsanstalten befanden, endlich der Schloßgebäude, welche die Standesherrn besitzten und bewohnten — alle Gebäude unterworfen.

Den Maßstab für die Besteuerung der Häuser bildete bei einem Theil derselben ihre Miethsertragsfähigkeit, welche da, wo die wirklichen Miethspreise zu ermitteln, nach diesen festgestellt, und wo diese fehlen, durch Schätzung des Miethswerths gefunden wurde. Von jedem Gulden des so ermittelten wirklichen, beziehungsweise geschätzten Miethsertrages wurde 1 Kreuzer (mithin $\frac{1}{100}$) als Steuersimplum erhoben, jedoch war der geringste Miethsatz für ein Gebäude auf 9 Gulden (die geringste Steuer für ein Gebäude, mithin in simplum auf 9 Kreuzer) gesetzlich festgestellt. Diese Art der Häusersteuer wurde Miethsteuer genannt.

Da aber, wo in wirklichen Mietherträgen kein Anhalt für die Schätzung gefunden werden konnte, insbesondere bei den zum Betriebe der Landwirthschaft dienenden Gebäuden, sowie bei den Schlössern und den Pfarrhöfen auf dem Lande, insofern sie nicht vermietet sind, wurde der steuerbare Ertrag nach der Größe der überbauten und zu Hofräumen bestimmten Fläche und der durchgängig anzunehmenden 30 Bonitätsklasse — = 30 Katastergulden für ein bairisches Tagewerk*) — berechnet, wobei jedoch die Schätzung sich zwischen dem Minimum von $\frac{1}{10}$ Tagewerk (also 3 Katastergulden) und dem Maximum von $\frac{1}{4}$ Tagewerk (also $22\frac{1}{2}$ Katastergulden) halten sollte.

Jeder so gefundene Steuergulden wurde gleichfalls mit 1 Kreuzer Steuer in simplum belegt, so daß darnach die Steuer in simplum mindestens 3 Kreuzer und höchstens $22\frac{1}{2}$ Kreuzer betrug. Die vorstehende Art der Gebäudesteuer wurde Arealsteuer genannt.

Die Zahl der zu erhebenden Simpel wurde durch das jedesmalige Finanzgesetz bestimmt. Es sind früher zwei Simplen Mieths- und sechs Simplen Arealsteuer als ordentliche Jahressteuer erhoben, diesen aber neuerdings die unten erwähnten Zuschläge hinzuge treten waren. Ohne letztere hat die Miethsteuer für ein Gebäude mindestens $2 \times 9 = 18$ Kreuzer, die Arealsteuer mindestens $6 \times 3 = 18$ Kreuzer, höchstens $6 \times 22\frac{1}{2} = 135$ Kreuzer = 2 Gulden 15 Kreuzer betragen und von dem Miethsertrage nahmen 2 Simpel Miethsteuer = $\frac{2}{100} = 3\frac{1}{3}$ Prozent in Anspruch.

C. Der Einkommensteuer, welche auf dem Gesetze vom 31. Mai 1856 beruhte, unterlag alles Einkommen, welches nicht von Grund-, Haus-, Gewerbe- oder Kapitalrentensteuer betroffen wurde. Die Veranlagung erfolgte in drei Abtheilungen und zwar gehörte zur ersten Abtheilung das Einkommen aus Lohnarbeit (der Tagelöhner, Dienstboten, Gesellen, Privatschreiber etc.); zur zweiten Abtheilung das Einkommen aus freien Erwerbsarten, sowie aus wissenschaftlicher oder künstlerischer Beschäftigung (z. B. der Ärzte, Advokaten, Notare, Künstler, Literaten etc.), endlich zur dritten Abtheilung das Einkommen der mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten und Pensionaire, sowie der in festen Dienstverträgen stehenden Privatbediensteten.

Die jährliche Steuer betrug:

- a) in der ersten Abtheilung, je nachdem der Betreffende durchschnittlich täglich 20, 30, 45 oder 60 Kreuzer verdient, jährlich 20 Kreuzer bis 1 Gulden;
- b) in der zweiten Abtheilung für die Klasse 1 bis 8 bei einem jährlichen Einkommen bis zu 1 000 Gulden etwa 0,4 bis 0,55 Prozent; für die Klassen 9 bis 17 bei einem jährlichen Einkommen von 1 000 bis 4 000 Gulden etwa 0,69 bis 0,94 Prozent; bei höherem Einkommen durchweg etwa 1 Prozent des letzteren;
- c) in der dritten Abtheilung jährlich $\frac{1}{100}$ Prozent von den ersten 600 Gulden, $\frac{2}{100}$ Prozent von den nächsten 300 Gulden und 1 Prozent von jedem ferneren Einkommen.

Wer mehr als 1 Gulden verdient, gehört nicht in die erste, sondern in die zweite Abtheilung.

Befreit von der Einkommensteuer waren Arme, Familienglieder ohne besonderes Einkommen, Militärpersonen vom Unteroffizier abwärts, Pensionen unter 200 Gulden, das Einkommen juristischer Personen, Stipendien etc.

D. Die Kapitalrentensteuer wurde nach dem Gesetze vom 31. Mai 1856 von allem rentirenden beweglichen Vermögen, welches unter dem Namen von verzinslichen Darlehen, Schuldbriefen, Staats- und anderen Obligationen, Aktien u. dergl. m. begriffen zu werden pflegt, oder

*) 1 bairisch Tagewerk = 1,334497 preussische Morgen.

welches als Emiggeld-, Hypothek-, Kaufschillings-, Bodenzinskapital oder in sonstiger Weise verzinslich angelegt ist, dergestalt nach Klassen erhoben, daß sie bei einer Jahresrente bis zu 300 Gulden (Klasse 1 bis 7) etwa $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent, bei einer Jahresrente von 300 bis 600 Gulden (Klasse 8 bis 12) etwa 2 bis 3 Prozent und bei höheren Renten etwa 3 Prozent derselben ausmachten.

Befreit von der Kapitalrentensteuer waren: der Staat, alle Wohlthätigkeits- und Unterrichtsanstalten, die Sparkassen, die Kapitalien der Kirchenstiftungen, wenn sie durch Entrichtung der Steuer außer Stand gesetzt würden, ihre Zwecke vollständig zu erfüllen; die zum Stammvermögen der geistlichen Pfründen gehörigen Kapitalien, insofern sie mit Verpflichtungen, insbesondere zur Unterhaltung von Hilfsgeistlichen belastet sind; Anstalten oder Gesellschaften, welche fremdes Kapital in Erwerbsgeschäften verwalten, insofern der daraus fließende Gewinn an die Theilnehmer verabsolgt und daher von letzteren versteuert wurde; die Kapitalien solcher Personen, welche insgesamt nur 25 Gulden und weniger Renten jährlich beziehen.

Wittwen und Waisen mit Rentenbezügen unter 200 Gulden hatten nur die halbe Steuer zu entrichten, wenn ihr sonstiges Einkommen unter 200 Gulden beträgt.

Auch von der Einkommen- und Kapitalrentensteuer wurden in neuerer Zeit Zuschläge erhoben.

E. Der Gewerbesteuer war nach dem Gesetze vom 1. Juli 1856 Jeder unterworfen, welcher ein Gewerbe betreibt. Der gewerbsmäßige Betrieb ward nach den faktischen Verhältnissen, aber jedenfalls dann angenommen, wenn die Beschäftigung mit Gehülfsen oder in einem Laden oder mit öffentlicher Ankündigung betrieben wird.

Die Steuer zerfiel:

- a) in die unveränderliche Normalanlage, welche das Gewerbe in festem Ansätze ohne Rücksicht auf die zeitweise größere oder geringere Ausdehnung des Betriebes traf, und
- b) in die veränderliche Betriebsanlage, welche sich nach dem auf bestimmte Zeitabschnitte bemessenen mehr oder weniger schwunghaften Betriebe des Gewerbes richtete.

Die Veranlagung erfolgte nach einer 33 Klassen enthaltenden Skala mit Sätzen von 20 Kreuzern bis 833 Gulden 20 Kreuzern in Orten unter 1 000 Einwohnern; von 30 Kreuzern bis 1 250 Gulden in Orten mit 1 000—4 000 Einwohnern; von 45 Kreuzern bis 1 875 Gulden in Orten mit 4 000—20 000 Einwohnern und von 1 Gulden bis 2 500 Gulden in Orten mit über 20 000 Einwohnern, sowie ferner nach einem Gewerbesteuerstarife, welcher für jede Art von Gewerbetreibenden in 672 verschiedenen Positionen den in der Skala enthaltenen Jahressteueratz aufführte.

Schon seit einer Reihe von Jahren genügten die nach den vorgedachten gesetzlichen Grundsätzen veranlagten Steuern nicht mehr, um die Staatsbedürfnisse in Baiern zu decken und es wurden seitdem auf Grund der Finanzgesetze regelmäßig Zuschläge erhoben, welche seit 1856 bei der Einkommensteuer 6 Kreuzer für jeden Gulden gesetzlicher Steuer, bei der Gewerbesteuer und bei der Kapitalrentensteuer 3 Kreuzer für jeden Gulden gesetzlicher Steuer, für die Jahresgrundsteuer ($2\frac{1}{10}$ Sempel) 20 Kreuzer für den Gulden veranlagter Steuer, für die Häusersteuer (2 Sempel Mieths- und 6 Sempel Arealsteuer) 9 Kreuzer für jeden Gulden Jahressteuer betrug.

Hierdurch war also eine Erhöhung der Grundsteuer um $33\frac{1}{3}$, der Häusersteuer um 15, der Einkommensteuer um 10 und der Gewerbe- und Kapitalrentensteuer um 5 Prozent eingetreten. Zugleich war dadurch der ursprüngliche Charakter der Grund- und Häusersteuer dahin verändert worden, daß die früher übliche Sempelszahl als Steuereinheit betrachtet wurde und zusammen mit den danach bemessenen Steuerzuschlägen die feststehende Jahres-Grund- und Häusersteuer ausmachten.

Die Häusersteuer, Einkommensteuer, Kapitalrentensteuer und Gewerbesteuer sind gegen Einführung der bezüglichen altländischen Steuern ganz in Wegfall gebracht worden. Wegen der Grundsteuer wird auf das Folgende Bezug genommen.

3. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Eine von den übrigen vormalig bayerischen Landestheilen abgesonderte Behandlung hat die Enklave Kaulsdorf erfahren, indem in letzterer durch Allerhöchste Verordnung vom 22. Mai 1867

(Gesetzsammlung für 1867, Seite 729) alle preussischen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche im Kreise Ziegenrück Gesetzeskraft haben, auf einmal und zwar vom 1. Juni 1867 ab eingeführt worden sind. In Folge dessen ist daselbst die Grundsteuer sofort nach Maßgabe der altländischen Vorschriften anderweit veranlagt worden, in gleicher Weise, wie solches bei den im Wege der Fortschreibung aus Anlaß von Veränderungen der Landesgrenzen bei der Grundsteuer in Zugang tretenden Grundstücken (§. 32 zu h des Gesetzes vom 8. Februar 1867, Gesetzsammlung für 1867, Seite 185) geschieht. Es war ein solches Verfahren um so unbedenklicher, als die Enklave Kaulsdorf nur 1 633 Morgen grundsteuerpflichtiger Fläche enthält, die Schwierigkeiten, welche bei der richtigen Ausführung einer im großen Umfange vorzunehmenden Grundsteuerveranlagung zu beseitigen sind, mithin nicht abwaltet. Die neue Veranlagung der Grundsteuer hat einen Ertrag von 148 Thlrn. ergeben, während die bisherige bayerische Grundsteuer 149 Thlr. betrug. Die Höhe der Steuer für die Gesamtheit der Enklave Kaulsdorf ist somit im Wesentlichen nicht verändert worden.

Die mit dem Regierungsbezirk Kassel vereinigten vormaligen bayerischen Gebietstheile, Bezirksamt Gersfeld (jetzt Kreis Gersfeld) und Landgerichtsbezirk Orb ohne Aura (jetzt einen Theil des Kreises Gelnhausen bildend) sind bei ihrer gebirgigen hohen Lage und den dadurch bedingten ungünstigen klimatischen Verhältnissen wenig fruchtbar. Die Gelegenheit zur Verwerthung der Bodenerzeugnisse u. ist bei dem Mangel größerer Wohnplätze, überhaupt bei der vom Verkehr abgeschnittenen Lage eine geringe. Der Betrieb des Landbaues befindet sich auf einer wenig entwickelten Stufe. Unter Berücksichtigung derjenigen Vergleichsmomente, welche sich aus der Dichtigkeit der Bevölkerung auf der Quadratmeile, dem Umfange des Viehstandes, dem gegenseitigen Verhältnisse der einzelnen Kulturarten zu einander u. s. w. ergeben, kann der durchschnittliche Reinertrag für einen preussischen Morgen in verhältnismäßiger Gleichheit zu den bei der Grundsteuerveranlagung in den sächsischen, westfälischen und rheinischen Gebirgskreisen ermittelten Reinerträgen etwa angenommen werden: bei Ackerland zu 30 Sgr., bei Gärten zu 60 Sgr., bei Wiesen zu 50 Sgr., bei Weiden, Dedungen, Teichen u. zu 6 Sgr., bei Holzungen zu 12 Sgr. Bei Anwendung dieser Sätze auf den Flächeninhalt der betreffenden Kulturarten in den genannten vormaligen bayerischen Gebietstheilen berechnet sich der Gesamtreinertrag der Liegenschaften folgendermaßen:

a) Ackerland	57 860 Morg.	zu 30 Sgr. =	57 860 Thlrn.
b) Gärten	2 120 „	= 60 „ =	4 240 „
c) Wiesen	45 110 „	= 50 „ =	75 184 „
d) Weiden, Dedungen, Teiche u. .	21 860 „	= 6 „ =	4 372 „
e) Holzungen	80 440 „	= 12 „ =	32 176 „
Zusammen	207 390 Morg.	zu 25 Sgr. =	173 832 Thlrn.

Die Fläche von 207 390 Morg.
unterliegt jedoch nicht in ganzem Umfange der Grundsteuer, da dieselbe auch die grundsteuerfreien Grundstücke des Staats u. mit umfaßt. Die steuerpflichtige Fläche beträgt nur 169 359 „

oder 18,4 Prozent. Wird nach demselben Prozentsatze von dem berechneten Gesamtreinertrage von 173 832 Thlrn.
Der auf die grundsteuerfreien Liegenschaften treffende Theil mit 31 985 „
in Abzug gebracht, so verbleibt für die steuerpflichtigen Liegenschaften ein Reinertrag von 141 847 Thlrn.

Von letzterem berechnet sich die Grundsteuer (mit 9,5742344 Prozent) zu 13 581 Thlrn.

Die bisherige Grundsteuer betrug 19 685 Thlr. jährlich, und um dieselbe auf den Betrag jenes Anschlags zurückzuführen, ist im §. 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 24. Juni 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 842) bestimmt worden, daß

- diejenigen Grundsteuerbeträge, welche speziell auf den Grundflächen der Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofräumen und nicht über einen preussischen Morgen großen Hausgärten lasteten, außerdem aber
- die zu der eigentlichen, auf den Liegenschaften ruhenden, zu 2 $\frac{1}{2}$ o Sempeln bemessenen Grundsteuer seither für Staatszwecke erhobenen Zuschläge,

außer Hebung zu setzen seien. Die Ausführung dieser Bestimmung hat zur Folge gehabt, daß gegenwärtig ein Grundsteuerbetrag von 13 134 Thlrn. jährlich in Hebung verblieben, mithin

unter das Ergebnis des obigen Anschlags von 13 581 Thalern noch um 447 Thaler herabgegangen ist.

3. Die Ergebnisse der neuen Besteuerung.

Die bei einem Flächeninhalte von 9,87 Quadratmeilen mit 32 989 Einwohnern in den vormals bayerischen Gebietstheilen, einschließlich der Enklave Kaulsdorf, gegenwärtig zu zahlenden direkten Steuern sind unter Gegenüberstellung mit den bisherigen Steuern nachstehend nachgewiesen:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jetzt			
Steuerart	jährlicher Gesamt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Gesamt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag Thaler	Pro- zent	Betrag Thaler	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	19 834	2 010	18,0	Grundsteuer .	13 282	1 350	12,1	—	—	6 552	33,0
2. Gebäudesteuer.											
Häusersteuer	1 902	190	1,7	Gebäudesteuer	2 586	260	2,3	684	36,0	—	—
3. Gewerbliche Steuern.											
Gewerbsteuer	2 372	240	2,2	Gewerbsteuer	2 664	270	2,4	292	11,4	—	—
4. Persönliche Steuern.											
Einkommensteuer . . .	737	70	0,7	Klassifiz. Ein- kommensteuer Klassensteuer .	810	80	0,8	14 201	102,0	—	—
Kapitalrentensteuer . .	656	70	0,6		14 784	1 500	13,4				
	1 393	140	1,3		15 594	1 580	14,2				
5. Uebershaupt . .	25 501	2 580	23,2		34 126	3 460	31,0	8 625	33,8	—	—

Die Gebäudesteuer ist hiernach zwar an sich um 684 Thlr. höher veranlagt, als die bisherige Häusersteuer. Thatsächlich ist aber diese Besteuerung im Wesentlichen unverändert geblieben, da auch die Hofräume und Hausgärten, welche nach der bayerischen Grundsteuergesetzgebung verhältnismäßig sehr hoch veranlagt waren, gegen Einführung der altländischen Gebäudesteuer, welche außer den Gebäuden auch die Hofräume und Hausgärten mit erfasst, von der Liegenschaftsteuer befreit worden sind.

Das Mehr von 14 201 Thln., welches die Veranlagung der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer gegen die bisherige bayerische Einkommen- und Kapitalrentensteuer ergeben hat, ist vorzugsweise den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden anheimgefallen, da diese außer der Grund- beziehungsweise Gewerbesteuer für ihr Einkommen aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb eine andere direkte Steuer bisher nicht entrichtet haben. Dem gegenüber ist aber den Grundbesitzern durch den erfolgten erheblichen Erlaß an Grundsteuer eine namhafte Erleichterung zu Theil geworden.

Ein Vergleich der in den vormals bayerischen Landestheilen neu veranlagten direkten Steuern mit den Veranlagungsergebnissen der am niedrigsten besteuerten Gebirgskreise der Provinzen Sachsen, Westfalen und Rhein führt zu folgendem Ergebnisse:

Kreis u.	Für den Kopf der Bevölkerung				
	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Klassifiz. Ein- kommen- steuer	Klassen- steuer	Zu- sammen
	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.	Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1. Roßhem	4,1	3,9	0,8	17,0	25,8
2. Brilon	2,8	8,5	1,5	12,8	25,6
3. Gummeröbach	3,1	5,2	1,6	15,0	24,9
4. Schleiden	3,1	3,7	2,3	15,7	24,8
5. Worbis	2,8	5,5	1,6	14,7	24,6
6. Olpe	3,0	4,0	1,0	15,9	23,9
7. Daun	3,4	3,4	0,8	15,9	23,5
8. Siegenrück	3,1	2,9	1,5	16,0	23,5
9. Altkirch	3,6	3,0	1,1	15,4	23,1
10. Siegenkreis	3,4	3,7	1,7	13,5	22,3
11. Wipperfürth	3,2	3,6	1,0	14,1	21,9
12. Schleusingen	2,6	4,4	1,7	12,8	21,5
13. Wittgenstein	2,5	4,5	1,7	11,5	20,2
14. <i>Vormals baierische Landestheile</i>	2,3	2,4	0,8	13,4	18,9
15. Waldbroel	2,3	3,1	0,3	11,3	17,0
16. Aidenau	2,4	2,6	0,2	11,4	16,6

Hiernach finden die vormals baierischen Landestheile ihren Platz unter den am aller-niedrigsten besteuerten Gebirgskreisen, und dies mag ihrer Prästationsfähigkeit wohl entsprechen. Einen verhältnismäßig besonders niedrigen Durchschnittssatz für den Kopf der Bevölkerung (2,4 Sgr.) hat die Gewerbesteuer in jenen Landestheilen ergeben, was der anerkannt geringen Entwicklung von Handel und Gewerben daselbst entspricht. Dagegen wird bei mehreren der aufgeführten altländischen Kreise, wie bei Brilon, der hohe Gewerbesteueratz namentlich durch die von dort ausgehenden, in großem Umfange betriebenen Hausirgewerbe bedingt. Hierdurch wird der Kreis Brilon nach dem Gesamtsteuerbetrage (Spalte 6) auf die erste Stelle obiger Reihe erhoben, während er bezüglich der bei Veranlagung der Klassensteuer in Betracht kommenden Verhältnisse noch hinter den vormals baierischen Landestheilen rangiert, was bei den ungünstigen Gesamtverhältnissen desselben als angemessen zu erachten ist.

Die Einkommensverhältnisse der Bewohner der armen Kreise Aidenau, Waldbroel, Wittgenstein und Schleusingen sind, wie allgemein bekannt, höchst ungünstig, wodurch es gerechtfertigt wird, daß für diese Kreise sich bei der Klassensteuer ebenfalls ein niedrigerer Durchschnittssatz für den Kopf der Bevölkerung herausstellt, als für die vormals baierischen Landestheile.

Im Allgemeinen führt die Betrachtung obiger Tabelle zu der Ueberzeugung, daß die Steueranlagung in den vormals baierischen Landestheilen sich in einem richtigen Verhältnisse zu der Besteuerung der altländischen Provinzen befindet.

VII. Abschnitt.

Gebiet der vormaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. M.

1. Bisherige Besteuerung.

Das Gebiet der vormaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. M. zerfällt bezüglich der bisherigen direkten Steuern in zwei wesentlich verschiedene Theile, und zwar:

	Quadrat- meilen	Einwohner	
		ohne Militär	mit Militär
A. den eigentlichen Stadtbezirk nebst Sachsenhausen mit	1,13	77 372	82 334
B. den Landbezirk, umfassend die vorstädtischen Gemein- den Bornheim, Oberrad, Niederrad und die Land- gemeinden Hausen, Bonames und Niederursel (vor- mals Frankfurter Antheils) mit	0,32	11 592	11 592
Zusammen	1,45	88 964	93 926

A. Im Stadtbezirk

wurden an direkten, übrigens nur theilweise den Charakter von „Staatssteuern“ an sich tragenden Steuern, indem sie zugleich und zwar vorzugsweise dazu bestimmt waren, die Bedürfnisse des Kommunalhaushalts mit zu befriedigen, vorgefunden:

1. eine Bohn- und Miethsteuer,
2. eine Einkommensteuer,
3. der Polizeistempel (Permissionsgebühr)

1. Die Bohn- und Miethsteuer wurde auf Grund des Gesetzes vom 26. Januar 1866 als eine Personalabgabe nach dem Miethswerth der von den steuerpflichtigen, in der Stadt oder deren Gemarkung benutzten Wohnungen, Gewerbs- und anderen Lokalitäten erhoben.

Befreit von derselben waren:

- a) die Kirchen und andere zum öffentlichen Gottesdienst bestimmten Versammlungs-
orte, die Schulzimmer, die zu öffentlichen städtischen Zwecken benutzten Räume
und die zur Armen- und Krankenpflege bestimmten Lokalitäten der öffentlichen
milden Anstalten;
- b) diejenigen Lokalitäten, welche an solche Fremde vermietet sind, die in Frankfurt
keinen Erwerb haben.

Die Steuer wurde von denjenigen Lokalitäten, welche allein zur Wohnung oder zugleich zu solcher und zu Gewerbszwecken dienen, unter Zugrundelegung eines Tarifs erhoben, welcher von 2 bis 15 Prozent dergestalt steigt, daß für Wohnungen von 55 Gulden Miethswerth 4 Prozent des letzteren an Steuer zu zahlen waren und der höchste Satz von 15 Prozent bei einem Miethswerth von 2 000 Gulden erreicht wurde. Von Gewerbslokalen und den an Messfremde vermieteten Räumen betrug die Steuer ohne Unterschied 2 Prozent des Miethswerths. Diese Steuer ließ als eine reine Personalsteuer die Gebäudeflächen, Hofräume und Hausgärten unbeachtet. Sie wurde vom Miether, nicht vom Eigenthümer, und zwar für die einzelnen Wohnungen beziehungsweise Gewerbslokale, nicht für die ganzen Häuser erhoben, und bei jedem Wohnungs- oder Miethswechsel neu veranlagt. In allen diesen Beziehungen war sie von der preussischen Gebäudesteuer, welche die bebauten Grundstücke mit 4 beziehungsweise 2 Prozent des Bruttomiethswerths besteuert, von Grund aus verschieden.

Die Bohn- und Miethsteuer hat für das Jahr 1862, von welchem allein spezielle Nach-
weise vorliegen,

von 12 264 Wohnungen mit . .	2 648 716 Gulden Miethswerth . .	113 042 Gulden
von 5 181 Gewerbslokalen mit	1 608 534 „ „	32 172 „
	4 257 250 Gulden Miethswerth . .	145 214 Gulden

mithin bei den Wohnräumen durchschnittlich 4,27 Prozent des Miethswerths betragen.

Von obiger Summe trifft 1 Gld. 52 Kr. oder 32 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung.

2. Die Einkommensteuer bestand seit 1853 und war durch das Gesetz vom 26. Januar 1866 mit der Maßgabe prolongirt, daß ihr Ertrag lediglich zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld verwendet werden sollte. Sie war zu entrichten von allen Angehörigen der

Stadtgemeinde, welche ein selbstständiges Einkommen haben, von den in der Stadt oder deren Feldmark mit liegenden Gründen Angefessenen, endlich von Fremden, welche Kapitalien im Stadtbezirk hypothekarisch angelegt haben. Befreit waren die in Frankfurt ohne Erwerb sich aufhaltenden Fremden, sowie alles Einkommen bis zum Betrage von 600 Gulden jährlich. Die Veranlagung erfolgte nach einem Tarif, dessen Sätze bis zu einem Einkommen von 2 700 Gulden $\frac{1}{2}$ Prozent betragen, dann steigend bei 8 500 Gulden Einkommen 2% des letzteren erreichen. Diese Steuer war demnach erheblich niedriger, als die preussische Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer, welche schon bei einem Einkommen bis zu 1 000 Thlr. von 0,67 bis 2,52 Prozent steigt und von dem Einkommen über 1 000 durchschnittlich 2,74 Prozent ausmacht.

Die Einkommensteuer hat für das Jahr 1865 von 7 407 Steuerzahlenden mit 21 288 600 Gulden Einkommen 255 673 Gulden, mithin für den Kopf der Bevölkerung 3 Gulden 19 Kr. oder 57 Sgr. betragen. Dabei sind 8 654 Steuerpflichtige mit einem Einkommen von weniger als 600 Gulden und 8 048 Gulden Jahressteuer außer Ansatz geblieben.

3. Der Polizeistempel oder die Permissionsgebühr wurde von den Nichtgemeinde-Angehörigen, welche sich in Frankfurt aufhalten, mit 30 Kr. bis 300 Gulden in der Art erhoben, daß von der vorgängigen Lösung dieses Stempels die Gestattung des Aufenthalts abhängig war. Derselbe vertrat die Einkommensteuer, von deren Entrichtung die Permissionisten frei waren. In den letzten Jahren hat derselbe 62 000 Gulden, mithin 48 Kr. oder 13,7 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung ertragen.

Das gesammte Jahresaufkommen an direkten Steuern in dem Stadtbezirk von Frankfurt hat hiernach 462 885 Gulden oder 264 506 Thlr., mithin 5 Gulden 59 Kr. oder 102,7 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung betragen.

Außerdem bestand in Frankfurt a. M. eine Accise von Mehl, Brod, Fleisch, Getränken, Gerste, Hafer, Heu, Stroh, Brennmaterialien u., welche, insofern sie von Gegenständen erhoben wurde, die der preussischen Mahl- und Schlachtsteuer unterliegen, im Jahre 1865 273 000 Gulden oder 156 000 Thlr. oder 60,5 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung ertragen hat, und ebenso, wie die letztere Steuer, wegen ihrer Stellung im gesammten Steuersystem, bei den direkten Steuern mit in Betracht gezogen werden muß.

B. Im Landbezirk

von Frankfurt wurden auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1832 und dem Nachtrage dazu vom 16. Juli 1839

1. eine Grund- und Gefällsteuer,
2. eine Gebäudesteuer,
3. eine Klassensteuer

erhoben.

1. Die Grundsteuer, welcher alle nutzbaren Grundflächen unterliegen, betrug im Simpel
 - a) von Ackerland, Baumgärten, Gärten, Weinbergen, Wiesen 6 Kr.
 - b) von Weideplätzen 1 Kr.
 - c) von Waldungen $1\frac{1}{2}$ Kr.

für den Frankfurter Morgen (= 0,7931 preuss. Morgen).

Die Gefällsteuer, welcher alle auf Grundstücken, Gebäudflächen und Hofraitthen haftenden Natural- und Geldabgaben, wie Zehnten, Zinsen, Erbpächte, desgleichen nutzbare Gerechtsame, wie Schäfereien u. unterliegen, betrug 6 Kr. von je 100 Gulden des Gefällsteuerkapitals, welches im 25fachen Betrage der Geldabgabe oder der in Geld angeschlagenen Naturalabgabe bestand. Dieselbe kam auf die Grundsteuer der verpflichteten Grundstücke in Abrechnung.

2. Die Gebäudesteuer wurde von allen Gebäuden und den dazu gehörigen Hofraitthen, mit Ausnahme der zu Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulzwecken bestimmten und den Dekonomiegebäuden, mit 3 Kr. im Simpel von 100 Gulden Gebäudesteuerkapital erhoben. Der Feststellung des letzteren lag bis jetzt das im Jahre 1826 festgestellte Gebäudesteuerkataster zu Grunde. Neubauten wurden in verhältnißmäßiger Gleichheit mit den früher abgeschätzten Gebäuden abgeschätzt.

3. Der Klassensteuer, welche ein Gemisch von persönlichen und gewerblichen Steuern war, unterlagen alle selbstständigen großjährigen Ortsangehörigen ohne Unterschied und auch Auswärtige, welche im Orte ein Gewerbe treiben oder sich ohne Zahlung eines Permissionsgeldes daselbst aufhalten. Befreit waren Arme und Permissionisten. Wittwen, ledige Frauen-

zimmer und unter Kuratel stehende Personen zahlten nur die Hälfte. Der Steuerjah wurde nach einem Tarife bestimmt, welcher theils fixe Ansätze von 10 Kr. bis 2 Gulden im Simplum für auswärts wohnende Ortsangehörige ohne Gewerbe, Pfarrer, Schullehrer, Gewerbsgehülfen u., theils in 6 Klassen aufsteigende Sätze von 20 Kr. bis 3 Gulden für Handwerker, Kaufleute, Gewerbtreibende aller Art u., theils endlich Ansätze für den Morgen des bewirthschafteten eigenen Ackers, für jeden Mahlgang einer Mühle, für jeden beschäftigten Gewerbsgehülfen, für jeden verschenkten Ohm Apfelwein u. enthält. Spinnerei, Weberei, Gärtnerei, Wäscherei, Milchverkauf, Fuhrwerke mit Einem Pferd, Musiziren auf Kirchweihen und Tagelöhnerie blieben unbesteuert.

Der Betrag aller vorerwähnten Steuern wurde alljährlich auf Grund verfassungsmäßigen Beschlusses des gesetzgebenden Körpers vom Senat bestimmt. In der Regel sind $1\frac{1}{2}$ Simpel im Jahre erhoben worden.

2. Vorläufige Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften.

Im Stadtbezirke Frankfurt a. M. hat bisher, wie sich aus Vorstehendem ergibt, eine Grundsteuer von den Liegenschaften überhaupt nicht bestanden. Hierbei ist es auch nach dem 1. Juli 1867 und bis zur Ausführung der in Aussicht genommenen anderweiten Regelung der Grundsteuer belassen worden, zumal eine solche Steuer ohne umfangreiche Vorarbeiten, welche in kurzer Frist nicht zu bewältigen waren, nicht eingeführt werden konnte.

Die bisher gezahlte Grund- und Gefällesteuer im Landbezirke ist, indem dieselbe für den preussischen Morgen der steuerpflichtigen Fläche im Durchschnitt 3,5 Sgr. betragen hat, erheblich niedriger, als die altländische Grundsteuer, welche sich beispielsweise im Kreise Wehlar auf 5,4 Sgr., im Kreise Kreuznach auf 6,7 Sgr., im Kreise Koblenz auf 8,1 Sgr. für den Morgen der steuerpflichtigen Fläche berechnet. Wenngleich es hiernach an sich zulässig gewesen wäre, die bestehende Grund- und Gefällesteuer bis zur definitiven Ordnung der Sache mindestens auf das Doppelte ihres bisherigen Betrages zu erhöhen, so hat es dennoch für angemessen erachtet werden müssen, hiervon abzusehen und an dem bestehenden Zustand schon um deswillen für jetzt nichts zu ändern, weil die vorhandene Grundsteuerveranlagung mit Mängeln behaftet ist, eine allgemeine Erhöhung derselben daher in einzelnen Fällen leicht zu erheblichen Härten hätte führen können.

3. Ergebnisse der neuen Besteuerung.

A. Der Stadtbezirk.

Da die bisherigen direkten Steuern im Stadtbezirke nicht lediglich für Staatszwecke, sondern zugleich und wesentlich auch für städtische Gemeindezwecke verwendet wurden, so hat mit Einführung der altländischen Steuergesetzgebung die Aufhebung der bestehenden Steuern nicht ohne Weiteres angeordnet, vielmehr im §. 1. der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Mai 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 593) nur vorgesehen werden können, daß das Weitere dieserhalb gemäß §. 62. des Gemeindeverfassungsgesetzes für Frankfurt a. M. vom 25. März 1867 (Gesetzsammlung für 1867, Seite 401) vorbehalten bleibe. Demzufolge ist den städtischen Behörden unversehrt, behufs Deckung der Bedürfnisse der Stadtgemeinde event. auch die Forterhebung der bestehenden direkten Steuern oder einer von denselben mit den gesetzlich vorgeschriebenen Maßgaben zu beschließen.

Um die unvermeidlich gewesene Mehrbelastung mit direkten Staatssteuern für die von Zahlung direkter persönlicher Steuer bisher ganz befreiten geringeren Volksklassen minder fühlbar zu machen, erschien es angemessen, wenigstens vorläufig und bis in dieser Beziehung Anträge auf Abänderung seitens der städtischen Behörden gestellt werden würden, an Stelle der Klassensteuer die Mahl- und Schlachtsteuer einzuführen. Es empfahl sich diese Maßnahme insbesondere zugleich deshalb, weil in Frankfurt, wie oben erwähnt, bereits eine Accise von Fleisch, Mehl, Brod, Hafer, Gerste, Heu, Stroh, Getränken, Essig, Salz und Brennmaterialien bestand, welche zum Theil mit Leichtigkeit nach den Grundsätzen der preussischen Mahl- und Schlachtsteuer umgestaltet, zum Theil als Kommunalabgabe fortbestehen und in dieser Eigenschaft mit der Erhebung und der Kontrolle der Staatssteuern in Verbindung gebracht werden konnte, und weil

mittels Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Steuerlast zu einem erheblichen Theile auf die zahlreichen, in Frankfurt sich aufhaltenden oder dort durchreisenden Fremden abzuwälzen ist, welche andernfalls dort unbesteuert bleiben würden.

Die Veranlagung der Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer und der klassifizirten Einkommensteuer hat im Stadtbezirke Frankfurt a. M. folgendes Resultat ergeben:

	Jährlicher Gesamtbetrag Thlr.	für den Kopf der Bevölkerung Sgr.
1. Gebäudesteuer	107 208	41,6
2. Gewerbesteuer	70 984	27,5
3. Klassifizierte Einkommensteuer, abzüglich der Vergütung für die Mahl- und Schlachtsteuer	151 738	58,9
Zusammen	329 930	128,0

Hierzu tritt:

4. Die Mahl- und Schlachtsteuer mit einem veranschlagten Betrage von	140 817	54,5
Ueberhaupt	470 747	182,5

Im ganzen preussischen Staate besteht keine Stadt, welche gleich hohe Steuererträgnisse liefert. Selbst in Berlin beträgt für den Kopf der Bevölkerung

1. die Gebäudesteuer nur	26,2 Sgr.
2. die Gewerbesteuer nur	22,7 "
3. die klassifizierte Einkommensteuer nur	37,5 "
4. die Mahl- und Schlachtsteuer nur	54,6 "

Ueberhaupt . . . 141,0 Sgr.

Dessenungeachtet muß die für Frankfurt a. M. veranlagte Steuer für angemessen erachtet werden. Es fehlt daselbst an eigentlichem Proletariate, durch welches die Durchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung in Berlin sehr erheblich herabgedrückt werden, gänzlich. Dabei ist eine verhältnißmäßig sehr große Anzahl von Personen vorhanden, welche nach ihren Einkommensverhältnissen in den höheren und höchsten Stufen der klassifizirten Einkommensteuer haben veranlagt werden müssen, und auch in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer sind — ungeachtet der Anwendung thunlichst milder Grundsätze — verhältnißmäßig viele Gewerbetreibende zu besteuern gewesen. Ein namhafter Betrag der Steuern trifft auf fremde Staatsangehörige, welche bei Berechnung des Durchschnittssatzes für den Kopf der Bevölkerung nicht mitgezählt haben. Bei den vielen Fremden, welche Frankfurt a. M. besuchen, ist der Wohnungsstand ein verhältnißmäßig umfangreicher, der Miethsertrag der Gebäude ein sehr hoher, und daher auch die auf den Miethswerthen beruhende Gebäudesteuer verhältnißmäßig hoch ausgefallen.

Eine Gegenüberstellung des Ertrages der neuen Staatssteuern mit den bisherigen Steuern würde keinen zutreffenden Vergleich ergeben, da die Letzteren, wie bereits oben hervorgehoben worden, nicht lediglich für Staatszwecke, sondern vorzugsweise für Gemeindezwecke bestimmt waren.

B. Der Landbezirk.

Ein Theil des Landbezirks hat wegen seiner zusammenhängenden Lage mit dem Stadtbezirke dem städtischen Mahl- und Schlachtsteuerbezirke zugeschlagen werden müssen, ist mithin von Einführung der Klassensteuer ebenfalls ausgeschlossen geblieben.

Die bisherigen Steuern, von denen die Gebäudesteuer und die Klassensteuer gegen Einführung der altländischen Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, klassifizirten Einkommen- und Klassensteuer, beziehungsweise Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben worden, und die gegenwärtigen Steuern im Landbezirke sind nachstehend zusammengestellt:

Bisherige Steuern				Gegenwärtige Steuern				Mithin jezt			
Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	Steuerart	jährlicher Ge- sammt- betrag	für die Qua- drat- meile	für den Kopf	mehr		weniger	
	Thaler	Thaler	Sgr.		Thaler	Thaler	Sgr.	Betrag	Pro- zent	Betrag	Pro- zent
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
1. Grundsteuer von den Liegenschaften.											
Grundsteuer	680	2 130	1,8	Grundsteuer .	680	2 130	1,8				
Gefällsteuer	55	170	1,0	Gefällsteuer .	55	170	1,0				
	735	2 300	1,9		735	2 300	1,9	—	—	—	—
2. Gebäudesteuer											
Gebäudesteuer	950	2 970	2,5	Gebäudesteuer	3 473	10 850	9,0	2 523	26,6	—	—
3. Gewerbliche und persönliche Steuern.											
Klassensteuer	1 450	4 530	3,7	Gewerbsteuer	2 300	7 190	6,0				
				Klassifiz. Ein-	908	2 840	2,3				
				kommensteuer	4 815	15 040	12,5				
				Mahl- und	8 689	27 150	22,4				
				Schlachtsteuer							
	1 450	4 530	3,7		16 712	52 220	43,2	15 262	105,3	—	—
4. Uebershaupt . . .	3 135	9 800	8,1		20 920	65 370	54,1	17 785	56,7	—	—

Bei dem verhältnißmäßig sehr geringen Betrage der bisherigen Steuern ist hiernach die Steuererhöhung eine sehr erhebliche gewesen. Daß die neuen Steuern aber der verhältnißmäßigen Gleichheit mit den Steuern der altländischen Provinzen nicht entbehren, erhellt schon aus dem Vergleiche mit den Städten des Kreises Wehlar, welchen der Landbezirk von Frankfurt a. M. wegen seines überwiegend städtischen Charakters gegenüber gestellt werden mag. In jenen Städten beträgt nämlich für den Kopf der Bevölkerung:

1. die Grundsteuer 7,6 Sgr.
2. die Gebäudesteuer 7,9 =
3. die Gewerbesteuer 11,1 =
4. die klassifizierte Einkommensteuer 14,0 =
5. die Klassensteuer 28,3 =

Uebershaupt . . . 68,9 Sgr.

Diese Sätze übersteigen die oben nachgewiesenen Beträge für den Landbezirk von Frankfurt a. M. nicht unerheblich, obgleich die Städte des Kreises Wehlar (Wehlar mit 5 678 Einwohnern und Braunfels mit 1 852 Einwohnern) zu den kleineren städtischen Gemeinwesen gehören.

VIII. Abschnitt.

Die Gesamtheit der neu erworbenen Landestheile.

In nachstehender Zusammenstellung ist für sämtliche neu erworbene Landestheile die bisherige und die gegenwärtige Belastung mit direkten Steuern (einschließlich der die Klassensteuer und einen Theil der klassifizierten Einkommensteuer in Frankfurt a. M. vertretenden Mahl- und Schlachtsteuer) übersichtlich zusammengefaßt.

Steuerart	Herzogthümer Schleswig und Holstein			Vormals königlich hannoversche Landes- theile			Vormals kurhessische Landes- theile			Vormals herzoglich nassauische Landes- theile		
	312,3 □ Meilen 948 392 Einwohner			698,72 □ Meilen 1 923 492 Einwohner			171,91 □ Meilen 737 337 Einwohner			83,98 □ Meilen 465 990 Einwohner		
	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
A. Bisherige Steuern.												
1. Grundsteuer von d. Liegenschaften	1 528 864	4 890	48,4	1 402 887	2 010	21,9	519 229	3 020	21,1	486 204	5 790	31,3
2. Gebäudesteuer	215 118	690	6,8	310 855	440	4,8	156 471	910	6,4	93 298	1 110	6,0
3. Gewerbl. und persönl. Steuern	138 561	450	4,4	1 447 580	2 070	22,6	250 440	1 450	10,2	322 594	3 840	20,8
Summe . . .	1 882 543	6 030	59,6	3 161 322	4 520	49,3	926 140	5 380	37,7	902 096	10 740	58,1
B. Gegenwärtige Steuern.												
1. Grundsteuer von d. Liegenschaften	1 009 112	3 230	31,9	1 285 980	1 840	20,1	389 422	2 260	15,8	340 343	4 050	21,9
2. Gebäudesteuer	223 115	720	7,1	299 598	430	4,7	113 137	660	4,6	93 631	1 110	6,0
3. Gewerbl. und persönl. Steuern	1 334 728	4 270	42,2	2 202 151	3 150	34,3	663 064	3 860	27,0	470 196	5 600	30,4
Summe . . .	2 566 955	8 220	81,2	3 787 729	5 420	59,1	1 165 623	6 780	47,4	904 170	10 760	58,3
C. Mithin jetzt:												
	Prozent			Prozent			Prozent			Prozent		
1. Grundsteuer von den Liegenschaften	mehr.. weniger	— 519 752	— 34,0	— 116 907	— 8,3	— 1,8	— 129 807	— 25,0	— 5,3	— 145 861	— 30,0	— 9,4
2. Gebäudesteuer	mehr.. weniger	7 997 —	3,7 —	— 11 257	— 3,6	— 0,1	— 43 334	— 27,7	— 1,8	333 —	0,4 —	— —
3. Gewerbliche und per- sönliche Steuern	mehr.. weniger	1 196 167 —	864,0 —	37,8 —	754 571 —	52,1 —	11,7 —	412 624 —	164,8 —	16,8 —	147 602 —	45,8 —
Im Ganzen . . .	mehr.. weniger	684 412 —	36,4 —	21,6 —	626 407 —	19,8 —	9,8 —	239 483 —	25,8 —	9,7 —	2 074 —	0,2 —

Vormals großherzog- lich hessische Landes- theile	Vormals königlich bayerische Landes- theile			Landbez. der vormal. freien Reichsstadt Frankfurt a. M.			Stadtbez. der vormal. freien Reichsstadt Frankfurt a. M.			N e b e r h a u p t			Nach Abzug d. Stadt- bezirks Frankfurt a. M. (Spalte 23 bis 25)		
	19,12 □ Meilen 75 103 Einwohner			9,87 □ Meilen 32 989 Einwohner			0,32 □ Meilen 11 592 Einwohner			1,13 □ Meilen 77 372 Einwohner			1 297,35 □ Meilen 4 272 267 Einwohner		
	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadrat- meile Thaler	für den Kopf Sgr.	Jährlicher Gesamt- betrag Thaler	für die Quadr.- meile Thaler	für den Kopf Sgr.
14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.
59 060	3 090	23,6	19 834	2 010	18,0	735	2 300	1,9	—	—	—	4 016 813	3 100	28,2	4 016 813
12 900	680	5,2	1 902	190	1,7	950	2 970	2,5	—	—	—	791 494	610	5,6	791 494
44 174	2 310	17,7	3 765	380	3,5	1 450	4 530	3,7	—	—	—	2 208 564	1 700	15,5	2 208 564
116 134	6 080	46,5	25 501	2 580	23,2	3 135	9 800	8,1	—	—	—	7 016 871	5 410	49,3	7 016 871
47 016	2 460	18,8	13 282	1 350	12,1	735	2 300	1,9	—	—	—	3 085 890	2 370	21,8	3 085 890
11 984	630	4,8	2 586	260	2,3	3 473	10 850	9,0	107 208	94 870	41,6	854 732	660	6,0	747 524
83 928	4 390	33,5	18 258	1 850	16,6	16 712	52 220	43,2	363 539	321 720	140,9	5 152 576	3 970	36,2	4 789 037
142 928	7 480	57,1	34 126	3 460	31,0	20 920	65 370	54,1	470 747	416 590	182,5	9 093 198	7 000	64,0	8 622 451
12 044	20,4	4,8	6 552	33,0	5,9	—	—	—	—	—	—	930 923	23,2	6,4	930 923
—	—	—	684	36,0	0,6	2 523	266	6,5	107 208	—	41,6	63 238	8,0	0,4	—
916	7,1	0,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43 970
39 754	90,0	15,8	14 493	385,0	13,1	15 262	1 053	39,5	363 539	—	140,9	2 944 012	134,0	20,7	2 580 473
26 794	23,0	10,6	8 625	33,8	7,8	17 785	567	46,0	470 747	—	182,5	2 076 327	29,6	14,7	1 605 580
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Deutschl.

6

Hiernach sind die direkten Steuern zc. im Ganzen genommen von 7 016 871 Thaler auf 9 093 198 Thaler jährlich, mithin um 2 076 327 Thaler oder 29,6 Prozent, oder 14,7 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung gestiegen. Diese Zahlen weisen indessen das thatsächliche Verhältniß insofern nicht ganz richtig nach, als dabei für den Stadtbezirk Frankfurt a. M. aus den im VII. Abschnitt angeführten Gründen an bisher entrichteten direkten Steuern nichts zum Ansatz gekommen ist. Wird, um eine zutreffende Vergleichung zu erlangen, der genannte Stadtbezirk außer Betracht gelassen, wie solches bei Spalte 29 bis 31 der vorstehenden Uebersicht geschehen ist, so ergibt sich eine Steuererhöhung von 1 605 580 Thaler, oder 22,7 Prozent, oder 11,4 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung.

Mag hierin an sich eine nicht ganz unerhebliche Steigerung der bisherigen Steuerleistung erkannt werden, so darf dabei doch nicht unbeachtet bleiben, wie sich die Erstere dem gegenüber gestaltet, was die betreffenden Landestheile, wenn sie selbstständige Staaten geblieben und als solche in den norddeutschen Bund eingetreten wären, zur Erreichung der Zwecke des Letzteren hätten aufbringen müssen. Nach Artikel 60 und 62 der Verfassung des norddeutschen Bundes ist zur Bestreitung des Aufwandes für das Bundesheer ein Betrag von 225 Thaler jährlich für je 100 Köpfe, mithin von 2,25 Thaler für einen Kopf der Bevölkerung in Ansatz gebracht. Wie sich hiernach der in dem bezeichneten Falle aufzubringen gewesene Betrag für militairische Zwecke im Vergleiche zu dem im letzten Jahre vor der Erwerbung der betreffenden Staaten durch Preußen etatsmäßig aufgebrauchten diesfälligen Betrage gestaltet, ist unter Gegenüberstellung der aus der Einführung der altländischen direkten Steuern erwachsenen Mehrbelastung für Hannover, Kurhessen und Nassau, welche Länder allein einen sicheren Ueberblick in dieser Beziehung gewähren,*) in folgender Tabelle nachgewiesen:

Bisheriger Staat	Nach den Bestimmungen der Verfassung des norddeutschen Bundes würde für militairische Zwecke aufzubringen sein		Im letzten Jahre vor der Erwerbung durch Preußen sind für militairische Zwecke aufgebracht worden		Die Beträge in Spalte 2 und 3 übersteigen diejenigen in Spalte 4 und 5 um		Die jetzt eingetretene Erhöhung der direkten Steuern beträgt		Die Beträge in Spalte 8 und 9 bleiben gegen diejenigen in Spalte 6 und 7 zurück	
	im Ganzen Thaler	für den Kopf Sgr.	im Ganzen Thaler	für den Kopf Sgr.	im Ganzen Thaler	für den Kopf Sgr.	im Ganzen Thaler	für den Kopf Sgr.	im Ganzen Thaler	für den Kopf Sgr.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
1. Hannover .	4 327 857	67,5	2 710 700	42,3	1 617 157	25,2	626 407	9,8	990 750	15,4
2. Kurhessen .	1 659 008	67,5	1 019 280	41,5	639 728	26,0	239 483	9,7	400 245	16,3
3. Nassau . . .	1 048 478	67,5	457 994	29,5	590 484	38,0	2 074	0,2	588 410	37,8
Zusammen .	7 035 343	67,5	4 187 974	40,2	2 847 369	27,3	867 964	8,3	1 979 405	19,0

Der in Spalte 6 nachgewiesene Betrag von 2 847 369 Thaler, welcher zur Bestreitung der nothwendigen Mehrkosten für militairische Zwecke im Falle der Selbstständigkeit der genannten Staaten von diesen hätte aufgebracht werden müssen, übersteigt die durch Einführung der altländischen direkten Steuern eingetretene Erhöhung, welche nach Spalte 8 nur 867 964 Thaler beträgt, um den erheblichen Betrag von 1 979 405 Thaler im Ganzen oder 19,0 Sgr. für den Kopf der Bevölkerung. Nur ein verhältnißmäßig nicht großer Theil dieses Mehrbetrages wird gegen die aus der ebenfalls erfolgten Einführung mehrerer altländischer indirekten Steuern zu gewärtigende, der Staatskasse erwachsende Mehreinnahme in Aufrechnung gebracht werden dürfen.

Ungeachtet der im Ganzen eingetretenen Vermehrung der Steuern ist dennoch den unteren Bevölkerungsklassen in zahlreichen Fällen eine Steuererleichterung zu Theil geworden und hat die Mehr-

*) Die Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie die Stadt Frankfurt a. M. eignen sich nach Lage der bisherigen Stats und der sonstigen hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse, die übrigen neu erworbenen Landestheile aber schon um deßwillen, weil sie bisher Theile anderer Staaten bildeten, nicht zu einem derartigen Vergleich.

belastung größtentheils die wohlhabenderen Einwohnerklassen, vielfach solche getroffen, welche bisher entweder gar nicht, oder nicht in einem ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Maße zu den Staatslasten herangezogen waren.

Anlangend die Höhe der in den neuen Landestheilen veranlagten direkten Steuern im Vergleich zu denjenigen der alten Provinzen, so kann die Gesamtheit der Letzteren behufs Vergleichung hinsichtlich der Steuerfähigkeit den neuen Landestheilen im Ganzen nicht gegenübergestellt werden, weil dies zu ganz unzutreffenden Resultaten führen würde. Mindestens müssen die Provinzen Preußen und Posen ihrer völlig abweichenden Verhältnisse und ihrer entfernten geographischen Lage wegen von dem Vergleiche ausgeschlossen werden. Auch hinsichtlich der Regierungsbezirke Köslin und Oppeln würde streng genommen ein Gleiches geschehen müssen, weil sich mit ihnen auch nur entfernt zu vergleichende größere Theile in den neuen Landesgebieten nicht vorfinden. Indessen ist hiervon Abstand genommen, um dem etwaigen Einwande einer zu günstigen Behandlung der älteren Landestheile bei der anzustellenden Vergleichung vorzubeugen. Es ist daher die Gesamtheit der altländischen Provinzen, mit Ausnahme nur von Preußen und Posen, den neu erworbenen Landestheilen gegenübergestellt und gestaltet sich danach das jährliche Aufkommen an Gebäude-, Gewerbe-, Einkommen- und Klassensteuer, beziehungsweise Wahl- und Schlachtsteuer folgendermaßen:

Steuergattung	Neu erworbene Landestheile		Provinzen Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rhein	
	für den Kopf	für die Quadratmeile	für den Kopf	für die Quadratmeile
	Sgr.	Thaler	Sgr.	Thaler
1.	2.	3.	4.	5.
1. Gebäudesteuer	6,0	660	6,1	890
2. Gewerbesteuer	5,4	600	6,6	960
3. Klassifizierte Einkommensteuer*)	8,4	920	8,3	1 190
4. Klassensteuer und Wahl- und Schlachtsteuer*) .	22,4	2 450	21,1	3 060
Zusammen . . .	42,2	4 630	42,1	6 100

Die in Spalte 4 und 5 aufgeführten altländischen Gebietstheile enthalten in den schon erwähnten Regierungsbezirken Köslin und Oppeln, in mehreren Theilen der Provinz Brandenburg, in den gebirgigen Distrikten der Provinz Schlesien, in den eichsfeldischen Kreisen der Provinz Sachsen, in einigen Theilen des Münsterlandes und in den gebirgigen Theilen der Provinz Westfalen, endlich in umfangreichen Distrikten der Rheinprovinz, von welcher 64,7 Prozent dem Gebirgslande angehören, in erheblicher Ausdehnung sehr unfruchtbare Landstriche mit einer wenig leistungsfähigen, zum Theil sogar recht armen Bevölkerung. Fehlt es auch in den neuen Provinzen nicht ganz an ähnlichen Landstrichen, so sind dieselben doch verhältnißmäßig in bei weitem geringern Umfange vorhanden. Außerdem findet sich in anderen Theilen der erstgedachten Provinzen eine sehr zahlreiche Fabrikbevölkerung vor, welche ihren Erwerbsverhältnissen zufolge nur äußerst geringe Steuerbeträge zahlen kann. Dem gegenüber ist die Bevölkerung der neu erworbenen Landestheile in verhältnißmäßig weit geringerem Maße mit ähnlichen Elementen untermischt, indem solche nur in einem Theile von Kurhessen und Nassau vorkommen, während die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover fast ganz davon frei sind.

*) Um gleichartige Zahlen zu gewinnen, ist die klassifizierte Einkommensteuer mit ihrem vollen Betrage, d. h. ohne Abzug der Vergütung von 20 Thalern für jeden Steuerpflichtigen in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten, dagegen die Wahl- und Schlachtsteuer um den Betrag dieser Vergütung geringer angelegt worden.

Werden alle diese Verhältnisse, deren nähere Darlegung hier zu weit führen würde, ausreichend berücksichtigt, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß, wie die vorstehend in Spalten 2 und 4 aufgeführten Durchschnittssätze für den Kopf der Bevölkerung*) es darthun, die neu erworbenen Landestheile im Vergleich mit den alten Provinzen zu den direkten Steuern nur sehr mäßig herangezogen sind und von einer Ueberbürdung der Ersteren auch nicht entfernt die Rede sein kann.

Ein Gleiches ist bei der vorläufigen Bemessung der Grundsteuer von den Liegenschaften der Fall, wie daraus erhellt, daß dieselbe beträgt:

	für den Morgen der grundsteuerpflichtigen Fläche	für die Quadratmeile Thaler	für die Quadratmeile der Gesamtfläche Thaler
1. in den neu erworbenen Landestheilen . . .	Egr. 3,6	2 620	2 380
2. in den Provinzen Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rhein	3,9	2 770	2 400

Für die Quadratmeile der grundsteuerpflichtigen Fläche, welche hier allein in Betracht kommen kann, beträgt die Grundsteuer hiernach in den alten Provinzen 150 Thaler oder 5,7 Prozent mehr, als in den neu erworbenen Landestheilen. Bei der Gesamtfläche stellt sich der Unterschied geringer und zwar auf nur 20 Thaler für die Quadratmeile heraus, wofür der Grund in dem Umstande zu finden ist, daß in den altländischen Provinzen nur 86,4 Prozent, in den neuen Provinzen aber 91,0 Prozent der Gesamtfläche der Grundsteuer unterliegen, insbesondere in der nachgewiesenen Grundsteuer der Letzteren noch die Grundsteuer von den Domainen und Forsten des Staats mitenthalten ist, während dies bei der Grundsteuer der altländischen Provinzen nicht stattfindet. Aus demselben Grunde berechnen sich auch aus der nachgewiesenen Grundsteuer der neuen Landestheile einerseits und der alten Provinzen andererseits für den Kopf der Bevölkerung keine gleichartigen Durchschnittssätze. Ein hierauf gerichteter Vergleich würde daher für die Beurtheilung des Verhältnisses, in welchem sich die Grundsteuer auf die einzelnen Landestheile vertheilt, ohne Werth sein, ganz abgesehen davon, daß die Vergleichung nach den Durchschnittssätzen, welche auf den Kopf der Bevölkerung treffen, für die Grundsteuer, welche nach Maßgabe des Flächeninhalts und des Reinertragswerths des Grund und Bodens veranlagt und in ihrer Höhe nicht durch die Kopfzahl der Bevölkerung bedingt wird, überhaupt keine Bedeutung haben könnte.

In nachstehender Uebersicht sind die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke, beziehungsweise Landdrosteibezirke in der Reihe, wie sie in Beziehung auf die Grundsteuer nach Maßgabe des Durchschnittsbetrages für die Quadratmeile, beziehungsweise den Morgen der grundsteuerpflichtigen Fläche; in Beziehung auf die übrigen Steuern nach Maßgabe des Durchschnittsbetrages für den Kopf der Bevölkerung auf einander folgen, aufgeführt:

*) Die Zahlen in Spalte 3 und 5 geben an sich kein zutreffendes Bild, da ihre Höhe von der Dichtigkeit der Bevölkerung auf der Quadratmeile abhängig ist.

Ordnungsnummer	Grundsteuer			Gebäudesteuer			Gewerbesteuer			Klassifiz. Einkommen- und Klassensteuer, bez. Mahl- u. Schlachtsteuer			Zusammen 2, 3 und 4			Ordnungsnummer
	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für die Quadratmeile der steuerpflichtigen Fläche Thaler	für den Kopf Egr.	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für den Kopf Egr.	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für den Kopf Egr.	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für den Kopf Egr.	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für den Kopf Egr.	Provinz, Regierungsbezirk zc.	für den Kopf Egr.			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.		
1	Berlin (Stadt)	10 490	14,7	Berlin (Stadt)	26,2	Berlin (Stadt)	22,7	Berlin (Stadt)	92,1	Berlin (Stadt)	141,0			1		
2	Düsseldorf	5 910	8,2	Wiesbaden	10,5	Brandenburg	9,7	Brandenburg	42,3	Brandenburg	62,0			2		
3	Merseburg	5 130	7,1	Brandenburg	10,0	Köln	8,8	Wiesbaden	37,6	Wiesbaden	55,8			3		
4	Köln	4 970	6,9	Köln	8,4	Düsseldorf	8,3	Holstein	36,1	Holstein	51,5			4		
5	Sachsen	4 350	6,0	Düsseldorf	8,0	Magdeburg	7,8	Schleswig-Holstein	35,6	Köln	50,7			5		
6	Aachen	4 290	6,0	Holstein	7,7	Holstein	7,7	Schleswig	35,0	Schleswig-Holstein	49,3			6		
7	Erfurt	4 080	5,7	Schleswig-Holstein	7,1	Wiesbaden	7,7	Magdeburg	34,4	Magdeburg	48,8			7		
8	Wiesbaden	3 960	5,5	Hessen	7,1	Aachen	7,3	Aurich	34,1	Schleswig	46,3			8		
9	Rheinprovinz	3 860	5,4	Hannover ^(Land-drabz.)	6,8	Rheinprovinz	7,1	Köln	33,5	Hannover ^(Land-drabz.)	45,6			9		
10	Magdeburg	3 760	5,2	Rheinprovinz	6,7	Sachsen	6,9	Hannover ^(Land-drabz.)	32,7	Düsseldorf	44,9			10		
11	Holstein	3 760	5,2	Magdeburg	6,6	Erfurt	6,7	Stralsund	31,6	Aurich	43,7			11		
12	Stralsund	3 630	5,1	Aachen	6,2	Breslau	6,6	Neue Provinzen	30,8	Hessen	42,6			12		
13	Hessen	3 510	4,9	Schleswig	6,2	Schleswig-Holstein	6,6	Stade	30,5	Neue Provinzen	42,4			13		
14	Westf. Provinzen	3 440	4,8	Westf. Provinzen	6,1	Westf. Provinzen	6,5	Lüneburg	30,4	Stralsund	42,3			14		
15	Schleswig-Holstein	3 430	4,8	Neue Provinzen	6,0	Potsdam	6,2	Stettin	29,6	Breslau	42,0			15		
16	Breslau	3 360	4,7	Breslau	5,9	Merseburg	6,2	Potsdam	29,6	Sachsen	42,0			16		
17	Minden	3 320	4,6	Stettin	5,8	Hannover ^(Land-drabz.)	6,1	Sachsen	29,6	Rheinprovinz	41,6			17		
18	Hildesheim*)	3 250	4,5	Ueberhaupt	5,6	Stettin	6,0	Breslau	29,5	Stettin	41,4			18		
19	Kassel	3 190	4,4	Sachsen	5,5	Arnberg	5,9	Hannover(Prov.)	29,4	Aachen	41,3			19		
20	Schleswig	3 130	4,4	Alte Provinzen	5,5	Alte Provinzen	5,9	Hessen	29,3	Potsdam	41,2			20		
21	Arnberg	3 030	4,2	Potsdam	5,4	Ueberhaupt	5,8	Düsseldorf	28,6	Ueberhaupt	39,7			21		
22	Westfalen	2 900	4,0	Stralsund	5,4	Westf. Provinzen	5,7	Ueberhaupt	28,3	Stade	39,4			22		
23	Koblenz	2 750	3,8	Arnberg	5,4	Piegnitz	5,6	Danzig	28,1	Lüneburg	39,2			23		
24	Schlefen	2 610	3,6	Westf. Provinzen	5,3	Danzig	5,4	Westf. Provinzen	28,0	Westf. Provinzen	39,1			24		
25	Neue Provinzen	2 610	3,6	Koblenz	5,3	Hessen	5,4	Aachen	27,8	Alte Provinzen	39,0			25		
26	Aurich	2 590	3,6	Danzig	5,1	Neue Provinzen	5,4	Rheinprovinz	27,8	Westf. Provinzen	39,0			26		
27	Münster	2 480	3,5	Merseburg	4,9	Stralsund	5,3	Alte Provinzen	27,6	Hannover(Prov.)	39,0			27		
28	Ueberhaupt	2 410	3,4	Westfalen	4,8	Schlefen	5,2	Merseburg	27,4	Danzig	38,6			28		
29	Alte Provinzen	2 350	3,3	Münster	4,7	Westfalen	5,2	Hildesheim*)	26,8	Merseburg	38,5			29		
30	Trier	2 340	3,2	Hannover(Prov.)	4,7	Koblenz	5,1	Westf. Provinzen	26,5	Hildesheim*)	35,6			30		
31	Piegnitz	2 280	3,2	Pommern	4,5	Schleswig	5,1	Pommern	25,9	Arnberg	35,5			31		
32	Hannover ^(Land-drabz.)	2 210	3,1	Erfurt	4,5	Aurich	5,1	Piegnitz	25,2	Erfurt	35,3			32		
33	Opper	2 200	3,1	Aurich	4,5	Frankfurt	5,0	Schlefen	24,9	Pommern	35,2			33		
34	Stettin	2 130	3,0	Lüneburg	4,5	Hannover(Prov.)	4,9	Arnberg	24,2	Piegnitz	34,8			34		
35	Westf. Provinzen	2 120	2,9	Kassel	4,5	Pommern	4,8	Erfurt	24,1	Schlefen	34,4			35		
36	Hannover(Prov.)	1 940	2,7	Stade	4,4	Hildesheim*)	4,8	Minden	24,1	Koblenz	34,4			36		
37	Danzig	1 930	2,7	Frankfurt	4,3	Minden	4,7	Frankfurt	24,1	Westfalen	34,1			37		
38	Potsdam	1 930	2,7	Schlefen	4,3	Münster	4,6	Westfalen	24,1	Frankfurt	33,4			38		
39	Stade	1 930	2,7	Trier	4,2	Trier	4,6	Koblenz	24,0	Münster	33,2			39		
40	Brandenburg	1 880	2,6	Königsberg	4,1	Osnabrück	4,6	Königsberg	23,9	Minden	32,8			40		
41	Frankfurt	1 810	2,5	Piegnitz	4,0	Stade	4,5	Münster	23,9	Trier	32,5			41		
42	Pommern	1 770	2,5	Minden	4,0	Königsberg	4,3	Trier	23,7	Königsberg	32,3			42		
43	Bromberg	1 610	2,2	Hildesheim*)	4,0	Lüneburg	4,3	Kassel	22,9	Kassel	31,1			43		
44	Posen (Prov.)	1 540	2,1	Preußen	3,7	Posen (Rgby.)	4,0	Osnabrück	22,8	Osnabrück	30,9			44		
45	Posen (Rgby.)	1 500	2,1	Osnabrück	3,5	Kassel	3,7	Preußen	22,6	Preußen	29,9			45		
46	Königsberg	1 490	2,1	Posen (Rgby.)	3,4	Preußen	3,6	Posen (Rgby.)	22,2	Posen (Rgby.)	29,6			46		
47	Preußen	1 460	2,0	Posen (Prov.)	3,3	Posen (Prov.)	3,6	Posen (Prov.)	21,5	Posen (Prov.)	28,4			47		
48	Lüneburg	1 430	2,0	Bromberg	3,2	Opper	3,3	Marienwerder	20,2	Bromberg	26,4			48		
49	Gumbinnen	1 320	1,8	Marienwerder	3,1	Bromberg	3,1	Bromberg	20,1	Marienwerder	26,2			49		
50	Marienwerder	1 310	1,8	Gumbinnen	3,0	Köslin	3,1	Gumbinnen	19,5	Opper	25,4			50		
51	Osnabrück	1 240	1,7	Opper	2,7	Marienwerder	2,9	Opper	19,4	Köslin	24,9			51		
52	Köslin	1 040	1,4	Köslin	2,6	Gumbinnen	2,3	Köslin	19,2	Gumbinnen	24,8			52		

*) Landdrostei-Bezirk Hildesheim mit dem Bezirke der Berghauptmannschaft Klauenthal.

Indem hiernach bei der Grundsteuer (in der 1. Reihe) der Regierungsbezirk Wiesbaden hinter Erfurt, das Herzogthum Holstein mit dem Bezirke Magdeburg, die Bezirke Hildesheim, Kassel und Schleswig zwischen Minden und Arnberg, der Bezirk Mürich zwischen Koblenz und Münster, der Landdrosteibezirk Hannover zwischen Liegnitz und Oppeln, Stade zwischen Potsdam und Frankfurt, Lüneburg zwischen Königsberg und Gumbinnen, Osnabrück gar zwischen Marienwerder und Köslin rangiren, wird dasjenige, was in Betreff der Grundsteuer der neu erworbenen Landestheile bereits oben angeführt ist, nur lediglich bestätigt.

In der 2., 3., 4. und 5. Reihe wird die bevorzugte Stellung des Regierungsbezirks Wiesbaden vorzugsweise durch den Einfluß der Stadt Frankfurt a. M. bedingt, ebenso wie dies bezüglich der Provinz Brandenburg in Folge der Einwirkung der Stadt Berlin der Fall ist. Ähnlich wirkt der Einfluß der Stadt Hannover auf die Stellung des Landdrosteibezirks Hannover ein, dessen Bevölkerung fast zum 5. Theile jener Stadt angehört. Holstein, Schleswig und Mürich rangiren theils und zwar vorzugsweise in Folge des durchgehenden soliden Wohlstandes ihrer Bevölkerung, theils aber auch ebenfalls aus Anlaß des Vorhandenseins größerer Städte (Altona, Kiel, Flensburg, Emden) unter den höchst besteuerten Bezirken. Der Regierungsbezirk Kassel und der Landdrosteibezirk Osnabrück stellen sich den Bezirken der Provinzen Preußen und Posen an die Seite und sind niedriger besteuert, als irgend ein Regierungsbezirk der Rheinprovinz und der Provinzen Westfalen, Sachsen und Brandenburg. Die übrigen Bezirke der neuen Provinzen rangiren mit den in mittlerer Höhe besteuerten Bezirken der altländischen Provinzen.

Die Reihenfolge, welche die einzelnen Kreise (in Schleswig-Holstein die Steuerveranlagungsbezirke) in den alten und neuen Provinzen nach Maßgabe des durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung treffenden Betrages an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, klassifizirten Einkommensteuer und Klassensteuer, beziehungsweise Mahl- und Schlachtsteuer bilden, gestaltet sich folgendermaßen:

Betrag für den Kopf der Bevölkerung an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Klassen- und klassifizierter Einkommensteuer und Wahl- und Schlachtsteuer

Nr.	Kreis zc.	Str.	Nr.	Kreis zc.	Str.	Nr.	Kreis zc.	Str.	Nr.	Kreis zc.	Str.
1	Frankfurt a. M., Stadtkr.	165,0	51	Harburg.	46,6	106	Brieg.	39,9	161	Segeberg, V. B.	34,1
2	Berlin, Stadt.	141,0	52	Kleve.	46,3	107	Eupen.	39,9	162	Ostprignitz.	34,7
3	Stettin, Stadtfr.	128,4	53	Celle.	46,3	108	Tergau.	39,7	163	Marienburg (Hannover).	34,7
4	Kiel, Stadt, V. B.	127,9	54	Glogau.	46,1	109	Demmin.	39,6	164	Grevenbroich.	34,6
5	Breslau, Stadtfr.	127,7	55	Memel.	45,9	110	Teltow.	39,6	165	Angermünde.	34,6
6	Köln, Stadtfr.	122,4	56	Wernigerode.	45,6	111	Langensalza.	39,6	166	Königsberg i. N.	34,5
7	Wiesbaden, Stadt-kreis.	120,8	57	Norderdithmarschen, V. B.	45,3	112	Düren.	39,6	167	Euskirchen.	34,5
8	Magdeburg, Stadtfr.	111,3	58	Leer.	45,1	113	Thorn.	39,3	168	Aachen, Landfr.	34,5
9	Hannover, Stadt-kreis.	101,4	59	Stade'r Marschkr.	45,1	114	Neuhaus a. d. Oste.	39,3	169	Lebus.	34,4
10	Altona, Stadtkr.	100,9	60	Hadersleben (Osteramt), V. B.	45,0	115	Sterlohn.	39,0	170	Waldburg.	34,4
11	Potsdam, Stadtfr.	100,3	61	Cismar, V. B.	44,7	116	Unterlahnkreis.	38,9	171	Roesfeld.	34,4
12	Münster, Stadtfr.	99,4	62	Greifswald.	44,0	117	Aurich.	38,8	172	Dannenberg.	34,4
13	Aachen, Stadtfr.	99,2	63	Verden.	43,9	118	Siegen.	38,6	173	Sitterbog-Ludewigsd.	34,4
14	Königsberg i. Pr., Stadtfr.	97,2	64	Apenrade, V. B.	43,8	119	Wittenberg.	38,5	174	Niederbarnim.	34,4
15	Danzig, Stadtfr.	93,5	65	Reinbeck.	43,7	120	Nordhausen.	38,5	175	Grimmen.	34,4
16	Frankfurt a. d. O., Stadtfr.	87,7	66	Gottorf, V. B.	43,4	121	Neuhaldensleben.	38,3	176	Saalkreis.	34,4
17	Flensburg, Stadt, V. B.	85,6	67	Wanzleben.	43,3	122	Marienburg i. Pr.	38,2	177	Landsberg a. Warthe.	34,4
18	Kassel, Stadtkr.	85,5	68	Tauer.	43,2	123	Liepenburg.	38,2	178	Sagan.	34,4
19	Schleswig, Stadt, V. B.	85,4	69	Sonderburg, V. B.	43,2	124	Osnabrück.	38,2	179	Kempen, Rheinprovinz.	34,4
20	Trier, Stadtfr.	80,0	70	Essen.	43,1	125	Vielefeld.	38,0	180	Fallingb.	34,4
21	Halle a. S., Stadtfr.	79,9	71	Süderdithmarschen, V. B.	42,9	126	Gladbach.	37,9	181	Brandenburg.	34,4
22	Elberfeld, Stadtfr.	75,8	72	Tondern, V. B.	42,6	127	Köln, Landfr.	37,6	182	Hütten-Eckeburg.	34,4
23	Koblenz.	70,9	73	Duisburg.	42,5	128	Tübingen.	37,6	183	fürde, V. B.	34,4
24	Düsseldorf.	69,9	74	Hadersleben (Westeramt), V. B.	42,4	129	Rheingaukreis.	37,5	184	Gifhorn.	34,4
25	Barmen, Stadtfr.	62,1	75	Anklam.	42,4	130	Hannover, Land-kreis.	37,5	185	Goldberg.	34,4
26	Eiderstedt, V. B.	62,0	76	Stade'r Geestkreis.	42,4	131	Pippstadt.	37,2	186	Bitterfeld.	34,4
27	Posen.	61,4	77	Tilsit.	42,1	132	Lennepe.	37,1	187	Mühlhausen i. Thür.	34,4
28	Erfurt.	60,5	78	Zeitz.	42,1	133	Saahig.	37,1	188	Mettmann.	34,4
29	Bonn.	59,4	79	Göttingen.	42,0	134	Paderborn.	37,0	189	Rinteln.	34,4
30	Raumburg a. S.	57,6	80	Merseburg.	41,8	135	Altena.	37,0	190	Reichenbach i. Schle.	34,4
31	Neumünster, V. B.	55,9	81	Oberbarnim.	41,7	136	Wiesbaden, Land-kreis.	37,0	191	Serichow.	34,4
32	Görlitz.	55,7	82	Ploen, V. B.	41,7	137	Pretz, V. B.	37,0	192	Rotenburg (Hannover).	34,4
33	Halberstadt.	53,8	83	Pinneberg, V. B.	41,6	138	Wennigsen.	36,9	193	Greifenberg.	34,4
34	Westphalland.	53,1	84	Kalbe a. S.	41,4	139	Serichow I.	36,8	194	Glab.	34,4
35	Rees.	52,9	85	Minden.	41,3	140	Gamm.	36,8	195	Striegau.	34,4
36	Ostphalland.	50,6	86	Lüneburg.	41,3	141	Fraustadt.	36,7	196	Sorau.	34,4
37	Husum, V. B.	50,3	87	Weißenfels.	41,2	142	Rottbus.	36,6	197	Recklinghausen.	34,4
38	Franzburg.	50,1	88	Osterburg.	41,1	143	Delitzsch.	36,6	198	Bergheim.	34,4
39	Hannau.	49,7	89	Saarbrücken.	41,1	144	Westprignitz.	36,3	199	Hoya.	34,4
40	Ranzau, V. B.	49,2	90	Muppin.	40,9	145	Soest.	36,2	200	Marburg.	34,4
41	Hildesheim.	48,5	91	Meiße.	40,9	146	Hameln.	36,2	201	Münster, Landfr.	34,4
42	Regnitz.	48,4	92	Oschersleben.	40,9	147	Flensburg (Amt), V. B.	36,1	202	Girschberg.	34,4
43	Fehmarn, V. B.	48,4	93	Bromberg.	40,7	148	Hagen.	36,0	203	Arnsberg.	34,4
44	Emden.	48,0	94	Bochum.	40,7	149	Pyritz.	35,9	204	Dels.	34,4
45	Steinburg, V. B.	47,8	95	Neuß.	40,6	150	Traventhal, V. B.	35,9	205	Zeitz.	34,4
46	Rendsburg, V. B.	47,2	96	Obertauernskreis.	40,4	151	Salzwedel.	35,8	206	Grünberg.	34,4
47	Elbing.	47,1	97	Maunsfeld, Seekreis.	40,3	152	Moers.	35,6	207	Einbeck.	34,4
48	Oschersleben.	47,0	98	Otterndorf.	40,3	153	Saarlouis.	35,6	208	Fürstenthum.	34,4
49	Krefeld.	47,0	99	Lehe.	40,3	154	Templin.	35,5	209	Hörter.	34,4
50	Prenzlau.	46,6	100	Schweidnitz.	40,2	155	Lygumkloster, V. B.	35,3	210	Warendorf.	34,4
			101	Wollmirstedt.	40,2	156	Rügen.	35,2	211	Braunsberg.	34,4
			102	Stendal.	40,1	157	Querfurt.	35,1	212	Marienburg.	34,4
			103	Kreuznach.	40,1	158	Uelzen.	35,1	213	Geldern.	34,4
			104	Dortmund.	40,0	159	Gardelegen.	35,0	214	Mayen.	34,4
			105	Guben.	39,9	160	Frankenstein.	34,8	215	Bedum.	34,4
										Bunzlau.	34,4

*) V. B. bedeutet Veranlagungsbezirk (in Schleswig-Holstein).

q m d m d (

Betrag für den Kopf der Bevölkerung an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Klassen- und klassifizierter Einkommensteuer und Mahl- und Schlachtsteuer

Nr.	Kreis u.	Gr.	Nr.	Kreis u.	Gr.	Nr.	Kreis u.	Gr.	Nr.	Kreis u.	Gr.
216	Osterode (Hannover)	31,2	276	Wittlich	28,5	336	Rochem	25,5	391	Pölkau	22,7
217	Oberlahnkreis	31,2	277	Oblau	28,4	337	Wolfhagen	25,5	392	Mehrungen	22,6
218	Krossen	31,1	278	Schweinitz	28,4	338	Ziegenhain	25,5	393	Schildberg	22,6
219	Untertamuskreis	31,1	279	Meppen	28,4	339	Pr. Eylau	25,4	394	Breschen	22,4
220	Sprottau	31,0	280	Eschwege	28,3	340	Samter	25,4	395	Falkenberg	22,4
221	Weylar	31,0	281	Löwenberg	28,2	341	Buk	25,3	396	König	22,3
222	Bardesholm, V.B.	30,8	282	Simmern	28,1	342	Kösten	25,3	397	Schubin	22,3
223	Bolkshain	30,7	283	Weylau	28,0	343	Schievelbein	25,3	398	Sieg.	22,3
224	Strehlen	30,7	284	Inowraclaw	27,9	344	Pr. Stargard	25,2	399	Dramburg	22,2
225	Guhrau	30,7	285	Gnesen	27,9	345	Belgard	25,2	400	Schlochau	22,2
226	Kröben	30,6	286	Mhrweiler	27,9	346	Rotenburg (Hessen)	25,2	401	Flatow	22,1
227	Freistadt	30,6	287	Meeritz	27,8	347	Stallupönen	25,1	402	Schodziesen	22,1
228	Herford	30,6	288	Beestow-Storfow	27,8	348	Ramslau	25,1	403	Kirchhain	22,1
229	Sölingen	30,6	289	Montjoie	27,8	349	Tost-Gleiwitz	25,1	404	Johannisburg	22,0
230	Bersenbrück	30,6	290	Insterburg	27,6	350	Heinsberg	25,1	405	Frankenberg	22,0
231	Nimptsch	30,5	291	Pr. Holland	27,6	351	Heilsberg	25,0	406	Unter-Westerwaldkreis	22,0
232	Saarburg	30,5	292	Lübben	27,6	352	Schrimm	25,0	407	Wartenberg	21,9
233	Wiedom-Wollin	30,4	293	Bernkastel	27,6	353	Schlawa	25,0	408	Wipperfurth	21,9
234	Steinau	30,4	294	Friedland	27,5	354	Hoyerswerda	25,0	409	Labiau	21,7
235	Weipensee	30,4	295	Bittburg	27,4	355	Kreuzburg	25,0	410	Heideking	21,6
236	Dthweiler	30,4	296	Spremberg	27,3	356	Stuhm	24,9	411	Schlesingen	21,5
237	Luckau	30,3	297	Lübbek	27,3	357	Gummersbach	24,9	412	Neidenburg	21,3
238	Neumarkt	30,3	298	Borken	27,3	358	Schleiden	24,8	413	Gzarnitau	21,3
239	Fischhausen	30,2	299	Rastenburg	27,3	359	Arnsvalde	24,7	414	Wongrowiec	21,3
240	Leobschütz	30,2	300	Birnbaum	27,2	360	Schmalkalden	24,7	415	Pleschen	21,3
241	Lingen	30,2	301	Krotoschin	27,2	361	Borbis	24,6	416	Ober-Westerwaldkreis	21,3
242	Dillkreis	30,2	302	Stolp	27,1	362	Kassel, Landkr.	24,5	417	Bütow	21,1
243	Edartsberge	30,1	303	Sternberg	27,1	363	Rosenberg i. Westpr.	24,4	418	Darkehmen	20,9
244	Warburg	30,1	304	Kalau	27,1	364	Habelschwert	24,4	419	Löben	20,9
245	Niedermlünde	30,0	305	Merzig	27,1	365	Ragnit	24,3	420	Neurode	20,8
246	Jülichau-Schwiebus	30,0	306	Rammin	27,0	366	Dyppeln	24,3	421	Groß-Strelitz	20,6
247	Wiedenbrück	30,0	307	Beuthen	27,0	367	Rössel	24,2	422	Angerburg	20,6
248	Gelnhausen	30,0	308	Fritzlar	27,0	368	Wittich-Trachenberg	24,2	423	Neustadt i. Westpr.	20,3
249	Steinfurt	29,9	309	St. Goar	26,9	369	Witzenhausen	24,1	424	Neustettin	20,3
250	Schönnau	29,8	310	Ratibor	26,9	370	Bomst	24,0	425	Wittgenstein	20,2
251	Sangerhausen	29,8	311	Hünfeld	26,9	371	Tecklenburg	24,0	426	Schlüchtern	20,2
252	Randow	29,7	312	Neustadt i. Oberschl.	26,8	372	Deutsch-Krone	23,9	427	Sensburg	19,9
253	Fulda	29,7	313	Niederung	26,7	373	Obornik	23,9	428	Gersfeld	19,8
254	Halle (Westf.)	29,6	314	Königsberg i. Pr., Landkreis	26,7	374	Dipe	23,9	429	Altenstein	19,7
255	Geilenkirchen	29,6	315	Danzig, Landkr.	26,4	375	Verdauen	23,8	430	Osternode i. Ostpr.	19,6
256	Gumbinnen	29,5	316	Malmedy	26,4	376	Strasburg	23,8	431	Goldsap	19,4
257	Kulm	29,5	317	Diepholz	26,4	377	Wogilno	23,6	432	Dlegko	19,2
258	Grottkau	29,5	318	Trier, Landkr.	26,3	378	Rothenburg in Oberlausitz	23,6	433	Lauenburg	19,1
259	Mansfeld, Gebirgskr.	29,5	319	Hinterlandkreis	26,3	379	Ziegenrück	23,5	434	Lebau	19,0
260	Erkelenz	29,4	320	Negenwalde	26,2	380	Heiligenbeil	23,5	435	Hummelburg	18,5
261	Osterholz	29,4	321	Heiligenstadt	26,2	381	Damm	23,5	436	Ortelsburg	18,4
262	Meisenheim, Amth.	29,2	322	Meßchede	26,2	382	Wirf	23,3	437	Zellerfeld*)	18,4
263	Greifenhagen	29,1	323	Prüm	26,2	383	Schreda	23,3	438	Plef	18,3
264	Nienburg	29,1	324	Soldin	25,9	384	Melsungen	23,3	439	Berent	18,2
265	Raugard	29,0	325	Friedeberg i. N.	25,9	385	Altentkirchen	23,1	440	Lublinig	17,9
266	Nemvied	28,9	326	Melle	25,9	386	Ahaus	23,0	441	Rybnick	17,9
267	Mühlheim	28,8	327	St. Wendel	25,8	387	Köfel	22,9	442	Rosenberg (Schlef.)	17,7
268	Randesbüt	28,7	328	Hersfeld	25,8	388	Hofgeismar	22,9	443	Baldbroel	17,0
269	Münsterberg	28,7	329	Büren	25,7	389	Pyf	22,8	444	Adenau	16,6
270	Südthausen	28,7	330	Rheinbach	25,7	390	Schweß	22,8	445	Karthaus	15,6
271	Lauban	28,6	331	Brilon	25,6						
272	Breslau, Landkr.	28,6	332	Homburg	25,6						
273	Wohlan	28,6	333	Lüben	25,5						
274	Zell	28,6	334	Adelnau	25,5						
275	Trebnitz	28,5	335	Liebenwerda	25,5						

*) Für den hannoverschen Satz tritt erst mit dem 1. Januar 1868 die volle Besteuerung ein.

Auch diese Reihenfolge deutet, ebenso wie die vorhergehende, darauf hin, daß zwischen der Besteuerung der neuen und alten Provinzen im Großen und Ganzen, soweit solches bei der Natur der Sache für jetzt zu erreichen möglich, ein angemessenes Verhältniß hergestellt sein dürfte.

Berlin im November 1867.

Anlage A.

Berlin, den 27. April 1867.

An des Königs Majestät.

Innerhalb der durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember v. J. mit der preussischen Monarchie vereinigten Gebietstheile bestehen noch in den organischen Einrichtungen mancherlei Verschiedenheiten und Ungleichheiten, welche nicht in wohlbegründeten provinziellen Eigenthümlichkeiten ihre Berechtigung finden und daher, soweit sie dem allgemeinen Staatsinteresse zuwiderlaufen, beseitigt werden müssen.

Unter diesen Verschiedenheiten sind es insbesondere die abweichenden Systeme der direkten Besteuerung, hinsichtlich deren die Herstellung einer Gleichmäßigkeit mit den altländischen Theilen des preussischen Staats um so dringender geboten erscheint, als mit dem Fortbestehen der Ersteren nach verschiedenen Richtungen hin erhebliche Unzuträglichkeiten und Nachtheile verknüpft sind.

Ist die gleichmäßige Vertheilung der Staatslasten an und für sich die unerlässliche Voraussetzung einer gesunden und gedeihlichen Entwicklung des Volkslebens und der durch Letzteres bedingten Staatskräfte, so bildet gerade in Beziehung auf die neuen Erwerbungen des preussischen Staats, welche überwiegend im unmittelbarsten Anschluß an die älteren Theile desselben, größtentheils sogar mitten inne, mehrfach als wirkliche Enklaven belegen sind, die Verschiedenheit der bestehenden Steuerysteme das wesentlichste Hinderniß der nothwendigen organischen Verbindung zwischen den einzelnen Theilen und der innern Verschmelzung aller zu einer wahren Staatseinheit. So lange die neuen Landestheile den alten gegenüber in steuerlicher Beziehung noch als „Ausland“ behandelt werden müssen, vermag in der Bevölkerung das Bewußtsein einer vollständigen Zusammengehörigkeit nicht lebendig zu werden; die Verkehrsfreiheit zwischen den Bewohnern der verschiedenen Theile bleibt ebenso, wie die Konkurrenzfähigkeit zwischen den Gewerbetreibenden wesentlich beeinträchtigt; die Staatsregierung in ihren Dispositionen nach mannichfachen Richtungen hin beschränkt.

Abgesehen hiervon müssen im Interesse der allgemeinen Finanzverwaltung des Staats die Mißstände, welche mit der Aufstellung gesonderter Staatshaushaltsetats für die einzelnen Landestheile verbunden sind, möglichst schnell und so zeitig beseitigt werden, daß jedenfalls schon in dem nächsten Etat (für das Jahr 1868) die Einnahmen und Ausgaben für die Gesamtheit des Staats nachgewiesen und festgestellt werden, um behufs Erreichung aller staatlichen Zwecke einheitlich und planmäßig verfügen zu können. Dieses Ziel läßt sich aber nur erreichen, wenn schon jetzt mit der Einführung der preussischen direkten Steuern in den neuen Landestheilen vorgegangen und deren Veranlagung so beschleuniget wird, daß die Erhebung der neuen Steuern vom 1. Juli d. J. ab in Aussicht genommen werden kann. Eine weitere Verzögerung würde bei dem Umfange und den Schwierigkeiten der Veranlagungsarbeiten die Gefahr herbeiführen, daß der Staatshaushaltsetat für das Jahr 1868 nicht rechtzeitig oder doch nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit in seinen einzelnen Positionen zum Abschluß gebracht werden könnte.

Die beabsichtigte Aenderung der direkten Besteuerung in den neu erworbenen Gebieten unterliegt übrigens weder in Beziehung auf die Höhe der Belastung, welche den ersteren dadurch zu Theil werden wird, noch in Beziehung auf die Grundsätze und Formen, unter welchen diese Belastung eintreten soll, irgend welchen Bedenken. Es handelt sich hierbei nicht um die Aufstellung eines ganz neuen Steuerystems, vielmehr nur um die Einführung der in den alten Provinzen bereits bestehenden Steuern, welche mit Zustimmung der Landesvertretung festgestellt, beziehungsweise hinsichtlich der Gewerbesteuer modifizirt worden sind und sich in ihren Veranlagungsgrundsätzen und damit erzielten Erfolgen im Wesentlichen wohl bewährt haben. Allgemeine Abänderungen jener Steuer sind seither nicht in Aussicht genommen und lassen sich auch durch Heranziehung der neuen Landestheile nicht begründen. Möchten Aenderungen im Einzelnen sich vielleicht später als nothwendig herausstellen, so kann die diesfällige Möglichkeit doch die einstweilige Uebertragung der bestehenden Steuern auf die erworbenen Gebietstheile um so weniger bedenklich erscheinen lassen, als etwaige spätere Abänderungen demnächst allen Bewohnern des preussischen Staats gleichmäßig zu Statten kommen würden.

Mit Ausnahme der Herzogthümer Schleswig und Holstein, in welchen die Besteuerungsverhältnisse ganz eigenthümlich liegen, und der Stadt Frankfurt a. M., wo seither zwischen Staats- und städtischen Kommunalsteuern nicht unterschieden worden ist, sind in den übrigen neuen Erwerbungen dieselben Steuerarten, wie sie in Preußen bestehen, Grund- und Gebäude-, Personal- und Gewerbesteuer, vorhanden, wenn auch nach sehr verschiedenen Grundsätzen veranlagt und eben so verschieden das Einkommen der Steuerpflichtigen belastend. Mit der Grund- und Gebäudesteuer werden fast überall höhere, zum Theil erheblich höhere Erträge erzielt, als die nach dem Gesetz vom 21. Mai 1861 veranlagte Grundsteuer für Preußen ergibt. Andererseits beruhen die seitherigen persönlichen und gewerblichen Steuern in den neuen Gebieten zum Theil auf älteren, den heutigen Zuständen nicht mehr entsprechenden Einrichtungen, zum Theil aber auf Grundsätzen, welche wegen der dadurch herbeigeführten verhältnismäßig höheren Belastung der ärmeren Volksklassen den Anforderungen einer gerechten Vertheilung der Steuerlast nach dem Maßstabe der Prästationsfähigkeit nicht entsprechen.

Im Vergleich zu der altpreussischen Besteuerung tritt im Allgemeinen die Abweichung hervor, daß in der Mehrzahl der neuen Landestheile der Grundbesitz, wenn auch im Innern nicht gleichmäßig, zum Theil im höchsten Grade verschieden betroffen, doch im Ganzen höher, theilweise sogar erheblich höher als in den alten Provinzen belastet ist; dagegen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung zu den persönlichen Steuern, von welchen die Grundbesitzer zum Theil ganz frei, verhältnismäßig zu gering veranlagt sind.

Ungeachtet dieser Verschiedenheit der Steuersysteme wird der jetzige Gesamtbetrag der direkten Steuern in der überwiegenden Mehrzahl der Landestheile, wie die veranlagten sorgfältigen Ermittlungen unzweifelhaft erkennen lassen, bei der Einführung der altländischen direkten Steuern nirgend in irgend erheblichem Maße erhöht, in einzelnen Distrikten sogar ermäßigt werden; dagegen durchgängig eine anderweite Vertheilung der Staatslasten im Innern der einzelnen Gebiete nach sich ziehen, eine Vertheilung, welche, da sie als dem Prinzip der Gerechtigkeit entsprechend anzuerkennen, sich der Zustimmung des größeren Theils der Bevölkerung zu erfreuen haben dürfte. Das so lange gehegte Vorurtheil, daß die direkten Steuern in Preußen durchgängig erheblich höher seien, als in den übrigen deutschen Staaten, wird durch die Einführung des preussischen Steuersystems in der Mehrzahl der neu erworbenen Landestheile seine thatsächliche Widerlegung finden. So weit dennoch für einzelne der Letzteren eine wesentliche Erhöhung eintreten möchte, wird dieselbe keinesfalls den Betrag derjenigen Mehrbelastung übersteigen, welche von den übrigen, zum norddeutschen Bunde vereinigten Staaten behufs Erreichung der Zwecke desselben übernommen werden muß; daher auch von diesem Standpunkt die Maßregel selbst als nothwendig anzuerkennen sein.

Wie sich aus Vorstehendem ergibt, sind es überwiegend politische, nicht speziell finanzielle Rücksichten, welche die Gleichstellung der neuen Landestheile mit den alten in steuerlicher Beziehung gebieten, während die Einführung der preussischen Gesetzgebung über die direkten Steuern zugleich aus inneren, in den Vorzügen derselben beruhenden Gründen ihre Rechtfertigung findet.

Wie bereits erwähnt, haben in allen Landestheilen sehr umfassende sorgfältige Untersuchungen über die bestehenden Besteuerungsverhältnisse und deren Wirkungen unter Vergleichung mit den älteren Theilen des preussischen Staats stattgefunden. Die Resultate dieser Untersuchungen sind in besonderen Denkschriften niedergelegt und von Letzteren diejenigen, welche sich auf das ehemalige Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen und das Herzogthum Nassau beziehen, Ew. Königlichen Majestät seitens des mitunterzeichneten Finanzministers mittelst Berichts vom 29. Januar d. J. allerunterthänigst vorgelegt worden, während die für die übrigen Gebiete erst jetzt zum Abschluß gelangt sind.

Die Verschiedenheiten, welche in dieser Beziehung zwischen den einzelnen neu erworbenen Landestheilen bestehen, haben es jedoch unmöglich gemacht, die Vorschriften für die Herstellung der erforderlichen Einheit durch Einführung des preussischen Steuersystems in eine einzige Verordnung zusammenzufassen. Es ergab sich vielmehr als nothwendig, für die früheren einzelnen Ländergebiete und zwar:

- a) für das ehemalige Königreich Hannover,
- b) für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen,
- c) für das ehemalige Herzogthum Nassau mit der Landgrafschaft Hessen-Homburg, der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. und den ehemals Hessendarmstädtischen Gebietstheilen und
- d) für die Herzogthümer Schleswig und Holstein

abgesonderte Verordnungs-Entwürfe aufstellen zu lassen und Ev. Königliche Majestät Allerhöchster Bestätigung zu unterbreiten. Ein Gleiches wird in Betreff des Oberamts Meisenheim und der früher bayerischen Antheile geschehen, sobald die Verhandlungen über die Art und Weise, wie für diese der Gegenstand in einfachster Weise zu ordnen sein möchte, zum Abschluß gebracht sein werden.

Die neuen Landestheile befinden sich hinsichtlich der Verwaltungsorganisation, der Provinzial-, der kreisständischen und der Kommunalverfassung, sowie hinsichtlich anderer Zweige des öffentlichen Rechts in einem Uebergangsstadium, welches noch nirgend zu einem bestimmten Abschluß gebracht ist. In Betreff der Veranlagungsorganisation und der Formen zur Ausführung für die neuen Steuern mußten daher für die Zeit dieses Uebergangsstadiums mehrfach provisorische, von den preussischen Gesetzen abweichende Bestimmungen vorgesehen werden, um die Ausführung selbst zu ermöglichen, ohne den Erfolg in materieller Beziehung zu gefährden.

Es beruht hierin ein wesentlicher Theil derjenigen Unterschiede, welche zwischen den einzelnen Verordnungsentwürfen hervortreten und welche ebenso, wie die bei Veranlagung der Gebäude-, Klassen-, Einkommen- und Gewerbesteuer sich als nothwendig ergebenden Modifikationen in den den Ersteren beigefügten Spezialdenkschriften des Näheren erläutert und begründet sind.

Der zweite wesentliche Hauptpunkt, in welchem die fraglichen Entwürfe von einander abweichen, betrifft die Behandlung der Grundsteuer. Ungeachtet der erheblichen Mängel, welche den überall bestehenden Grundsteuer-Einrichtungen beizubohnen und ungeachtet der Höhe der veranlagten Grundsteuern, welche die in Preußen bestehende Grundsteuer zum Theil bedeutend übersteigen, mußte doch Anstand genommen werden, mit dem Grundsteuergesetz vom 21. Mai 1861 für die neuen Landestheile eine ähnliche Behandlungsweise, wie sie bezüglich der übrigen direkten Steuern stattfinden soll, in Vorschlag zu bringen. Zur Ausführung jenes Gesetzes bedarf es zunächst der Feststellung von Kontingenten für die neuen Landestheile in verhältnißmäßiger Gleichheit mit den Grundsteuerhauptsommen der altländischen Provinzen. Die zu dieser Feststellung erforderlichen Ermittlungen und Vorarbeiten, sowie die demnächstigen eigentlichen Veranlagungs- und Einschätzungsarbeiten sind nicht ohne Mitwirkung der im Gesetze bezeichneten Organe der Landes-, Provinzial- und Kreisvertretung, welche zur Zeit nicht vorhanden, durchzuführen. Theils zur Sicherstellung der verschiedenartigen, hierbei konkurrierenden Interessen, theils zur Feststellung derjenigen Mittel und Wege, welche zur Erreichung des Zwecks am angemessensten einzuschlagen sein möchten, bedarf es ferner sehr sorgfältiger, die lokalen Eigenenthümlichkeiten berücksichtigender Untersuchungen und Erwägungen, welche an und für sich einen nicht unerheblichen Zeit- und Kostenaufwand erfordern. Alle diese Umstände in Verbindung mit der Betrachtung, daß das Grundsteuergesetz überhaupt nicht ohne wesentliche Abänderungen in den neuen Landestheilen durchzuführen sein dürfte, mußten es angemessen erscheinen lassen, in der zu erlassenden Verordnung

- a) nur den Grundsatz auszusprechen, daß die Grundsteuerkontingente für die neuen Landestheile in verhältnißmäßiger Gleichheit mit den Grundsteuerhauptsommen der alten Provinzen festzustellen seien;
- b) der Verwaltung die Ermächtigung zu ertheilen, mit den zu letzterem Zweck erforderlichen Vorarbeiten (insbesondere Vermessung und Kartirung) unter Anwendung der behufs Ausführung des Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 erlassenen Vorschriften vorzugehen; ferner
- c) die Bestimmung, unter welchen besonderen Maßgaben event. das letztgedachte Gesetz, sowie das Gesetz von demselben Tage wegen der für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen zu gewährenden Entschädigung in den neuen Landestheilen zur Ausführung zu bringen und über den Zeitpunkt, von welchem ab die neu veranlagten Grundsteuern gegen Wegfall der bisher bestandenen in Hebung zu setzen, einem besonderen Gesetze vorzubehalten; endlich jedoch
- d) hinsichtlich der Besteuerung des Grund und Bodens in den neuen Landestheilen schon jetzt solche Erleichterungen eintreten zu lassen, welche sich zur Herstellung der erforderlichen Gleichmäßigkeit in dieser Beziehung mit den altländischen Provinzen als unerläßlich darstellen.

Auch in Betreff dieses Punktes und der darauf bezüglichen Spezialbestimmungen für die einzelnen Gebietstheile findet sich die erforderliche nähere Begründung unter Darlegung der gegenwärtig überall bestehenden Besteuerungsverhältnisse in den mehr erwähnten Denkschriften.

Was die Gebäudesteuer betrifft, so hat es, ungeachtet der Verbindung, in welche dieselbe

nach der Gesetzgebung vom 21. Mai 1861 mit der Grundsteuer von den Liegenschaften gebracht ist, doch nicht zweifelhaft erscheinen können, deren Einführung in den neuen Landestheilen sogleich anzuordnen, theils weil die Ausführung in einfacher Art zu ordnen und im Anschluß an die schon überall bestehenden Haussteuern leicht zu bewirken ist, theils weil damit fast sämtlichen neu erworbenen Gebieten gegen die gegenwärtige Belastung der Gebäude eine nicht unhebbliche Steuerermäßigung zu Theil werden wird, welche sich schon den neu einzuführenden persönlichen Steuern gegenüber als nothwendig darstellt.

Die nach dem Gesetz vom 30. Mai 1853 (Gesetzsammlung für 1853, Seite 449) eingeführte Abgabe von den Eisenbahnen, welche ebenfalls zu den direkten Staatssteuern gehört, bedarf zu ihrer Einführung keiner besonderen Vorarbeiten; überdies für die einzelnen Landestheile keiner verschiedenen Auffassung und Behandlung. Da jedoch die im Uebrigen hierbei event. zu beachtenden Verhältnisse sich noch nicht vollständig übersehen lassen, ist davon Abstand genommen, schon mittelst der vorliegenden Verordnungen eine hierauf bezügliche Bestimmung zu treffen; vielmehr behält sich das Staatsministerium vor, die Einführung der Eisenbahnabgabe mittelst einer alle neuen Landestheile umfassenden Verordnung so zeitig in Vorschlag zu bringen, daß mit deren Erhebung ebenfalls vom 1. Juli d. J. ab vorgegangen werden kann.

Gemeinsam für alle Landestheile tritt die Nothwendigkeit hervor, daß einen Theils die auf die Steuerverwaltung bezüglichen allgemeinen gesetzlichen Vorschriften gleichzeitig zur Geltung gebracht werden und andern Theils die Elementarerhebung und Verwaltung der Steuern für jetzt und bis die in dieser Beziehung für die altländischen Theile des Staats bestehenden gesetzlichen Vorschriften und Einrichtungen vollständig zur Ausführung gebracht sein werden, einzuweisen den in den neuen Landestheilen vorgesehnen Einrichtungen angepaßt und provisorisch geordnet wird.

Zu den erwähnten allgemeinen Bestimmungen gehört insbesondere, daß unter Aufhebung der entgegengesetzten Vorschriften

- a) über die Höhe der veranlagten direkten Steuern und die Verpflichtung zur Zahlung derselben der Rechtsweg fortan nur insoweit stattfinden darf, als dies nach den Grundsätzen der preussischen Gesetzgebung zulässig ist, und
- b) in Betreff der Verjährung der direkten Steuern die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juni 1840, welche überdies den Steuerpflichtigen sehr viel günstiger sind, als die ähnlichen in den verschiedenen Landestheilen bestehenden, zur Anwendung gebracht werden müssen.

Die aufgestellten Verordnungsentwürfe sind überall unter Mitwirkung der betreffenden Zentralbehörden in den verschiedenen Landestheilen, mehrfach auch unter Zuziehung von Veranensmännern aus den Steuerpflichtigen selbst sorgfältig durchberathen und geprüft; daher zuversichtlich erwartet werden darf, daß sich die vorgeschlagenen Bestimmungen durchweg als den Verhältnissen entsprechend und praktisch durchführbar erweisen werden. So weit es ohne die gesetzliche Grundlage überhaupt zulässig, sind übrigens die Vorarbeiten für dies Veranlagungswerk schon überall im lebendigsten Gange und dergestalt gefördert, daß alsbald nach dem Erscheinen der Allerhöchsten Verordnung mit der eigentlichen Veranlagung und Einschätzung der steuerpflichtigen Objekte und Personen vorgegangen und der rechtzeitige Abschluß des Ganzen zu dem bestimmten Termine, ungeachtet des Umfangs der Arbeiten und der zu überwindenden Schwierigkeiten, mit einiger Sicherheit in Aussicht genommen werden kann.

Euer Königlich Majestät überreicht das Staatsministerium in der Anlage zunächst die Verordnungsentwürfe:

- a) für das ehemalige Königreich Hannover,
- b) für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen,
- c) für die Herzogthümer Schleswig-Holstein,

nebst den dazu gehörigen Denkschriften mit der allerunterthänigsten Bitte, dieselben Allergnädigst vollziehen und demnächst mittelst der im Entwurf beigelegten Allerhöchsten Ordre dem mitunterzeichneten Finanzminister zur weiteren Veranlassung huldreichst zufertigen lassen, auch gestatten zu wollen, daß dieser Bericht und die Spezialdenkschriften zur näheren Erläuterung der Verordnungen selbst demnächst durch den Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Der Verordnungsentwurf in Betreff des ehemaligen Herzogthums Nassau u. s. w. hat kürzester Frist Euer Königlich Majestät Allerhöchster Bestätigung seitens des Staatsministeriums unterbreitet werden.

Das Staatsministerium.

Anlage B.

Berlin, den 21. September 1867.

An des Königs Majestät.

In Gemäßheit der Verordnungen vom 28. April, 11. Mai, 4. und 24. Juni d. J. (Gesetzsammlung Seite 533, 538, 543, 593, 761 und 842), mittelst deren die preussische Gesetzgebung über die direkten Steuern vom 1. Juli d. J. ab in den verschiedenen, durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember v. J. mit der preussischen Monarchie vereinigten neuen Landestheile eingeführt worden ist, hat die Veranlagung der gedachten Steuern für das zweite Halbjahr 1867 dort stattgefunden und, soviel sich bis jetzt übersehen läßt, ein Resultat ergeben, welches ebensowohl den Anforderungen genügt, die im finanziellen Interesse des Staates auf Grund der Gesetze an die Steuerkraft der neuen Staatsangehörigen erhoben werden müssen, als auch die durch die Lage der Verhältnisse gebotene schonende Rücksicht auf die Interessen der Steuerpflichtigen nicht außer Acht läßt.

Die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer sowie die Gewerbesteuer sind nach den Bestimmungen der Gesetze vom 1. Mai 1851 und vom 30. Mai 1820 alljährlich von Neuem, und zwar so zeitig zu veranlagern, daß sie vom Anfange des neuen Jahres ab in Hebung gesetzt werden können. Demgemäß mußte, ungeachtet der erst eben beendigten ersten Veranlagung, schon jetzt das Verfahren wegen der Einschätzung für 1868 in Angriff genommen werden. Gegen diese Maßregel sind jedoch von mehreren Seiten aus den neuen Landestheilen Bedenken erhoben worden, deren Gewicht ich mich nicht verschließen kann.

Die der Verwaltung angehörigen Beamten in den neuen Landestheilen, auf welche auch hinsichtlich der Steuerveranlagung zurückgegangen werden mußte, sind nicht bloß durch die Arbeiten für die erste Veranlagung der Steuern, sondern auch durch die gleichzeitig auszuführen gewesenen anderweitigen organisatorischen Arbeiten bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte in Anspruch genommen worden. Gegenwärtig liegen denselben noch die mit der Durchführung der neuen Kreis-, Provinzial- u. d. Ordnungen verbundenen Arbeiten ob. Die zur Unterstützung derselben in die neuen Landestheile kommittirten altländischen Beamten müssen der Mehrzahl nach, da sie für ihren eigentlichen Dienst nicht länger entbehrlich sind, thunlichst bald zurückberufen werden. Inzwischen hat überall das Verfahren über die Reklamationen gegen die neue Steuerveranlagung begonnen, welches, mit Einschluß des Rekursverfahrens, wegen der im Gesetze vorgeschriebenen Fristen sich bis in das Jahr 1868 hinein erstrecken und die Thätigkeit der bezeichneten Beamten in hohem Grade in Anspruch nehmen wird. Sollten die Letzteren nun genöthigt werden, ihre Thätigkeit während der letzten Monate des laufenden Jahres zwischen diesen unaufschiebblichen Arbeiten und der neuen Steuerveranlagung zu theilen, so würde es ihnen unmöglich sein, jeder von beiden Arbeiten die erforderliche Sorgfalt zu widmen, so daß Mißgriffe nach der einen oder anderen Seite unvermeidlich sein würden. Ueberdies möchte es für einen großen Theil des Publikums in der That schwer verständlich bleiben, daß mit der zweiten Veranlagung vorgegangen wird, bevor noch über die Reklamationen gegen die erste Entscheidung getroffen ist.

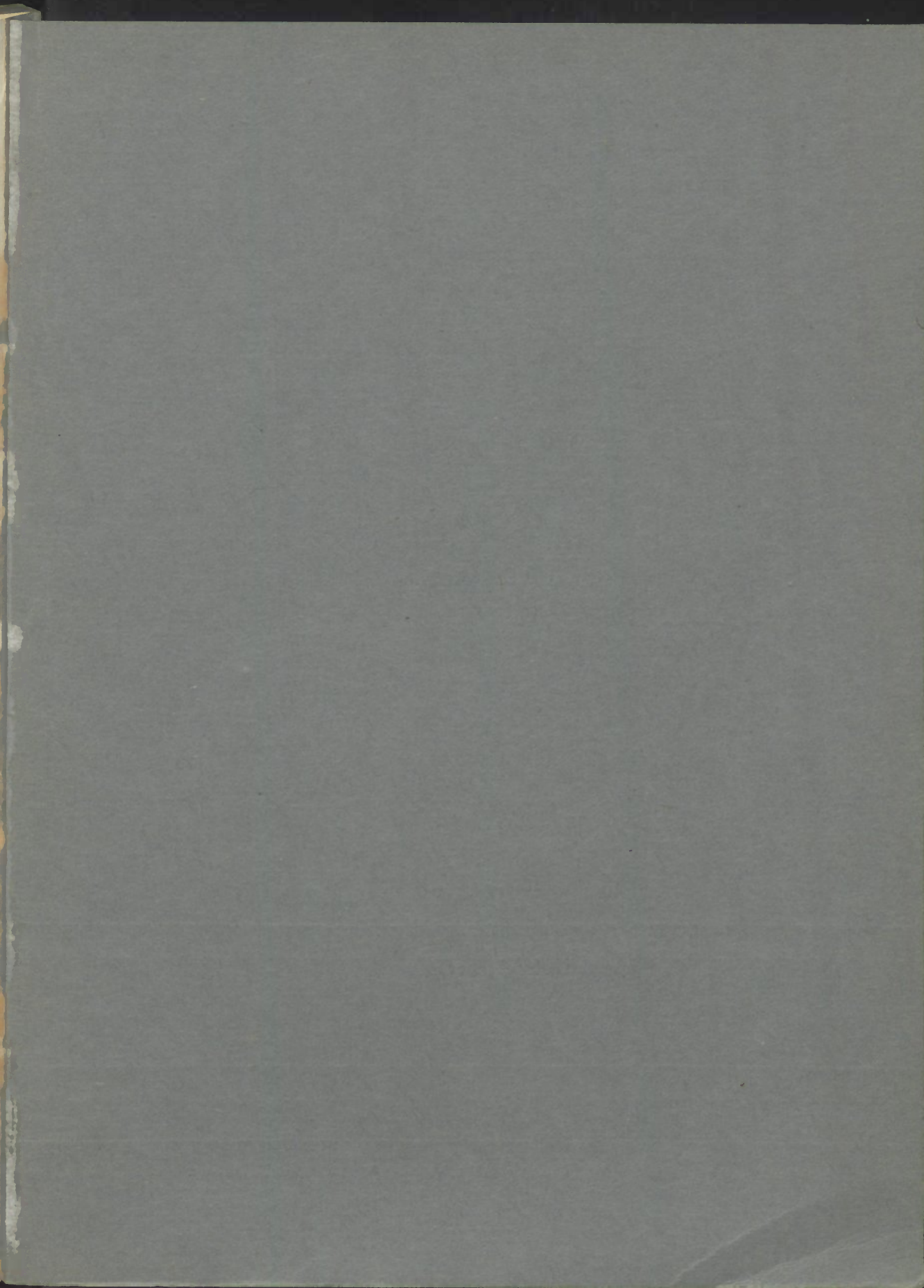
Endlich ist von einer jetzt sogleich vorzunehmenden zweiten Veranlagung kein Resultat in Aussicht zu nehmen, welches dem Interesse der Steuerpflichtigen sowohl als des Staates in höherem Grade entsprechen möchte, als dasjenige der kaum beendigten ersten Veranlagung. In Betracht, daß die anderweite Organisation gegenwärtig noch nicht durchgeführt ist, würde bei einer jetzt vorzunehmenden zweiten Veranlagung wiederum auf diejenigen provisorischen Behelfe zurückgegangen werden müssen, welche bei der ersten Veranlagung unter thunlichster Benützung bestehender Einrichtungen zu Hülfe genommen sind. Da hiernach die zweite Veranlagung durch eben dieselben Organe zu bewirken sein würde, von welchen die erste ausgeführt worden ist, da in der kurzen Zwischenzeit Veränderungen in den Verhältnissen der Steuerpflichtigen, welche auf

die Steuersätze von Einfluß sein möchten, kaum eingetreten sein dürften, da es endlich an Anhaltspunkten für eine Berichtigung der ersten Veranlagung, welche nur durch die Entscheidung der gegen die letztere angebrachten Reklamationen und Beschwerden und eine sorgfältige und umsichtige Prüfung der erzielten Veranlagungsergebnisse zu gewinnen sind, zur Zeit noch gänzlich fehlt, so würde von der neuen Veranlagung im günstigsten Falle nur ein wesentlich gleiches Resultat zu erwarten sein, als durch die erste erreicht worden ist. Insbesondere würde es aber dem Interesse der Steuerpflichtigen nicht entsprechen, wenn sie jetzt und bevor eine Entscheidung auf die gegen die erste Veranlagung erhobenen Reklamationen ergangen ist, von Neuem veranlagt werden sollte, indem dieselben dadurch, falls ihre Reklamationen demnächst für begründet erachtet werden möchten, in die Lage kommen würden, gegen die ohne Rücksicht darauf erfolgte neue Veranlagung von Neuem reklamieren zu müssen.

Eine jetzt sogleich zu erneuernde Veranlagung der Einkommensteuer würde selbst der Bestimmung des Gesetzes nicht genügen, indem nach §. 26. des Gesetzes vom 1. Mai 1851 die Resultate der Prüfung der Veranlagungsnachweisungen für das Vorjahr seitens der Bezirkskommission bei der Veranlagung der Steuer für das folgende Jahr beachtet werden sollen.

Praktische Bedenken, welche der Beibehaltung der Veranlagung für das zweite Halbjahr 1867 im Jahre 1868 entgegenstehen möchten, walten nicht ob; die letztere beizubehalten erscheint vielmehr aus den vorangeführten Rücksichten dringend geboten.

Der Finanzminister.





206\$01465910